

Werner Anzenberger

Faschismus

Eine Arbeitsunterlage

7

Politik und Zeitgeschehen



Politik und Zeitgeschehen 7

Faschismus

Eine Arbeitsunterlage

Werner Anzenberger

Faschismus
Eine Arbeitsunterlage

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Bildmanagement: Anja Grabuschnig

Recherche und Textverarbeitung: Anja Wolfsberger

Stand: Februar 2023

Impressum:

Layoutentwurf/Umschlaggestaltung: Thomas Jarmer

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2023 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Druckerei: CITYPRESS GmbH, Neutorgasse 9, 1010 Wien

Printed in Austria

Vorwort	6
Einleitung	10
Der historische Faschismus	16
Italien	16
Das Deutsche Reich	31
Österreich	45
Iberische Halbinsel	64
a) Spanien	64
b) Portugal	68
Ost- und Südeuropa	70
Sonderfälle	78
a) Kroatien	78
b) Slowakei	79
Demokratien im Westen und Norden	81
Kernelemente des Faschismus	86
Nationalismus	89
Unterminierung des Rechtsstaates	93
Verwerfung der Demokratie und Einparteienstaat	94
Der korporative Staat	100
Antimarxistisch und antisozialistisch	102
Rassismus und Antisemitismus	104
Sozialstaat und Gewerkschaften	106
Gewalt	111
Massenbewegung und Propaganda	113
Faschismus. Eine formlose Beliebigkeit?	115
Die Aufarbeitung	116
Neofaschismus. Postfaschismus. Rechtsextremismus	126
Verwendete und weiterführende Literatur	136
Personenverzeichnis	146
Zum Autor	150

1 Vorwort

Faschist! Oft, wohl viel zu oft, fällt dieses Wort. Es wird dem Gegenüber an den Kopf geworfen. Dem politisch „Andersdenkenden“, dem „Uneinsichtigen“ am Stammtisch, dem „Gegner“, der in seiner Weltsicht wieder einmal völlig danebenliegt. Vielfach wird das „F-Wort“ gerne auch kombiniert mit anderen sprachlichen Zuordnungen: Klerikalfaschist, Beamtenfaschist, Regierungsfaschist. Austrofaschist, Nazifaschist. Sozialfaschist, Linksfaschist.

Faschist! Ein kurzes Wort, ein abschließendes Urteil. Dem Adressaten soll klar gemacht werden, dass seine politische, seine gesellschaftliche Haltung für die Gemeinschaft und ihre Grundordnung nicht tragbar ist. Die einen stoßen sich an den – oftmals sachlich argumentierbaren, zuweilen aber nur vermuteten – demokratischen und rechtsstaatlichen Defiziten ihres Gegenübers. Andere wiederum – ganz im Gegensatz dazu und in völliger Perversion des Begriffes – geißeln dessen Liberalität. Oder es beunruhigt ein sozialer Gestaltungswille, der tief und schmerzhaft in bisher Gewohntes eingreift. Und die Werthaltung des Urteilenden selbst? Ist er, der Selbstgerechte, vielleicht selbst der *Faschist*, für den er den anderen hält? Das ist oft nur schwer zu beurteilen.

Was aber ist nun *Faschismus*? Gibt es ihn überhaupt? Und: Hat es ihn je als eine – abgrenzbare und damit rational erkennbare – Ideologie, als ein politisches Projekt, eine politische Bewegung oder gar ein tatsächlich verwirklichtes Staatskonzept gegeben? In Italien, dem Ursprungsland des Faschismus, hat Mussolini vieles von dem, was er und andere Faschisten sich für den idealen Staat ausgedacht hatten, realpolitisch nie umgesetzt. Im Gegensatz dazu entwickelte sich in Hitlers nationalsozialistischem Deutschland nach Vorbild Italiens ein Faschismus, den sich italienische Faschisten in dieser Monstrosität und Menschenverachtung wohl niemals hätten vorstellen wollen.

Dieses kleine Buch, eine Arbeitsunterlage für Schüler:innen, Student:innen und die Erwachsenenbildung, will im Lichte des aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstandes eine Orientierungshilfe bieten.

„Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.“ So lautete einer der vielen Slogans der Nachkriegszeit nach 1945, der dem Wunsch Europas nach Frieden und Freiheit, dem „*Nie wieder!*“ Ausdruck verlieh. Diese Arbeitsunterlage

soll Anlass sein, nicht an der Oberfläche plakativer Parolen zu verbleiben. Sondern sich mit dem Begriff Faschismus tiefer auseinanderzusetzen. Dies ist schon deshalb notwendig, weil Faschismus – wie oben bereits angeklungen – kaum wissenschaftlich fassbar ist. Ein kompakter Überblick der vielfältigen *Spielarten des Faschismus*, des ganzen Panoramas *faschistischer Phänomene*, soll geboten werden. Der Text wird mit weiterführenden Erläuterungen und Begriffsdefinitionen ergänzt.

Ausgehend von den geistigen Grundlagen und realpolitischen Ausprägungen des *historischen Faschismus*, wird der Versuch unternommen, sich einem Begriff, den jeder kennt, der aber so unterschiedlich – und oft auch so unbedacht – interpretiert wird, zu nähern. Ein weitergehender Anspruch kann und soll nicht erhoben werden. Man mag dies bedauern, doch wäre ein darüber hinaus gehendes Versprechen gewiss unredlich.

In der kritischen Betrachtung, in der nüchternen Analyse, zerfällt der Begriff Faschismus schlussendlich in einzelne *Kernelemente*. Ein vielfältiges Spektrum an Kriterien, die dem Faschismus zu eigen sind, tut sich auf: Faschismus ist antidemokratisch und nationalistisch. Faschismus ist antimarxistisch und antikommunistisch ebenso wie anti-sozialdemokratisch. Der Faschismus ist eine rechtsextreme Ideologie, die den Rechtsstaat unterläuft und dessen wesentliche Schutzfunktionen einschränkt oder überhaupt beseitigt. Faschismus ist ein menschenverachtendes Konzept, das die Grundrechte des einzelnen Menschen – wie persönliche Freiheit, Recht auf Privat- und Familienleben oder Meinungsfreiheit – missachtet. Faschismus ist aber auch eine Ideologie, die vielfach imperialistisch ausgerichtet ist.

Die faschistische Ideologie setzt auf angebliche – pseudowissenschaftlich unterlegte – ethnisch-genetische Unterschiede in der Menschheit selbst. Der Faschismus behauptet, es gäbe Menschenrassen, die zum Herrschen geschaffen seien. Und andere, die der *Herrenrasse* zu dienen hätten. Einzelnen Menschengruppen – wie Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, körperlich und geistig Behinderte – sprach die nationalsozialistische Variante dieser Ideologie – ein *Faschismus plus* (Pelinka) – überhaupt jeglichen menschlichen Wert ab. Die Konsequenz? Die industrielle Massenvernichtung von Menschen mit der unfassbaren – historisch

1 Vorwort

einzigartigen – Anmaßung, eine – tatsächlich willkürlich definierte – Menschen-
gruppe in Europa, ja auf der ganzen Welt, auszulöschen.

Beschäftigt man sich mit dem Begriff Faschismus, erkennt man gesellschaftliche
Konzepte, die nur schwer auf den Punkt zu bringen, aber umso gefährlicher
sind. Faschismus fordert einen *starken Mann* an der Spitze (wenig überraschend,
keine *starke Frau*). Faschismus konstruiert eine *soziale Volksgemeinschaft*, die
alle Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessen, vor allem zwischen Arbeit
und Kapital, harmonisch überwinden könne. Eine Volksgemeinschaft, die in sich
geschlossen ist und von der alle, die nicht in das Konzept passen und als *Un-
gerade* bezeichnet werden, ausgeschlossen sind. Faschismus stützt sich auf ver-
führende und verhetzende Propaganda und Massenmobilisation. Das billige, po-
pulistisch-verkürzende Schlagwort ersetzt den demokratischen Diskurs, in dem
die Interessen aller sozialen Gruppen der pluralistischen Gesellschaft gewaltfrei
verhandelt werden.

Lohnt es, sich auch heute noch mit dem Begriff *Faschismus* auseinanderzu-
setzen? Gewiss. Schließlich haben sich die europäischen Staaten, vor allem die
Europäische Union, nach 1945 ein neues demokratisches Selbstverständnis
gegeben, das den Faschismus für immer bannen soll. Erklärtes Ziel der *euro-
päischen Wertegemeinschaft* ist es, kompromisslos der Geschichtsklitterung,
der Verharmlosung oder gar Verherrlichung der historischen Faschismen ent-
gegentreten. Eine Sisyphus-Arbeit: Das Wiederaufflackern von faschistischem
Gedankengut, das Zurschaustellen faschistischer Symbole, die rhetorischen
Versatzstücke und Denkschablonen der *Neuen Rechten*, der *Neo- und Postfa-
schisten*, der *Identitären* und anderer rechtsextremer Strömungen sind – immer
und immer wieder – kritisch sichtbar zu machen. Eine aufrechte und klare anti-
faschistische Haltung ist gefragt.

Ich danke *Anja Grabuschnig* und *Lisa Wassner* für die Zusammenstellung des
Bilderapparats und die administrative Unterstützung. *Anja Wolfsberger* danke
ich für zahlreiche Grundrecherchen und die Textverarbeitung, *Peter Autengruber*
und *Gerald Netzl* für das sorgfältige Lektorat.

Werner Anzenberger

SKRIPTEN ÜBERSICHT



SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte
		GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB
		GK-9 Geschichte der Kollektivverträge

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

2 Einleitung

Der Faschismus ist eine rechtsextreme politische Ideologie. (S. Kasten 1)

Begriffe

1

Ideologie

Unter Ideologie versteht man grundsätzlich ein System von Weltanschauungen, gesellschaftlichen Grundeinstellungen und Wertungen, die an eine bestimmte soziale Gruppe oder eine definierte Kultur gebunden sind.

Daraus ableitend definiert Ideologie aber auch eine politische Theorie, in der gesellschaftliche und kulturelle Ideen der Erreichung politischer und wirtschaftliche Ziele dienen. Die Ideologie bildet im Besonderen das Fundament von totalitären – wie nationalsozialistischen und stalinistischen – Systemen.

Der Begriff Faschismus leitet sich aus den *Fasci italiani di combattimento* ab, die *Benito Mussolini* 1919 gegründet und 1921 zum *Partito Nazionale Fascista* (PNF/Nationale Faschistische Partei) umgewandelt und ausgebaut hat. (Seite 16)

Eine *Fasces*, von deren Wortstamm sich der Begriff Faschismus ableitet, ist ein Liktorenbündel. In der Antike, bei den Etruskern und später im Römischen Reich, war dieses Bündel das Amtssymbol der höchsten Machthaber. Liktoren sind Amtsdienner, die das Bündel aus Ruten mit einem Beil in der Mitte als Symbol unbedingter, unangreifbarer Macht den Repräsentanten der staatlichen Gewalt vorantrugen. Die *Fasces* soll damit zum einen auf ein einheitliches, bundähnliches und kooperatives Zusammenwirken aller Kräfte in einer Gesellschaft hinweisen. Zum anderen fordert es aber auch den absoluten Gehorsam aller Machtunterworfenen.

Bereits in der Zwischenkriegszeit war es üblich, alle ultranationalistischen, antimarxistischen und antiparlamentarischen Bewegungen, Ideologien oder Herrschaftssysteme als *faschistisch* zu bezeichnen. Als Vergleichsmaßstab, als *Role model*, dient bis heute das *Mussolini-Regime*.



Liktor mit Fasces.

Die faschistische Gesellschaftstheorie setzt auf nationale Einheit und Expansion, die Verteidigung und Vergrößerung eines selbstdefinierten generationengebundenen Territoriums (*Blut und Boden*), die Verherrlichung einer eigenen, völkischen Kultur, die Gewalt des Stärkeren als Wurzel des Rechts sowie auf die Bekämpfung des liberalen und rechtsgebundenen Verfassungsstaates. Der Faschismus stilisiert sich zu einem Bollwerk gegen jede Form von Sozialismus. Er richtet sich gegen den antidemokratischen Kommunismus ebenso wie gegen die Sozialdemokratie.

An der Spitze eines faschistischen Staates steht ein Führer (*starker Mann*), dem weitgehende Machtbefugnisse zukommen. Alle Menschen des national definierten Territoriums bilden – soweit sie dem Wertanspruch der faschistischen Ideologie genügen können – eine *Volksgemeinschaft*. In dieser werden – anders als in demokratischen Systemen – keine unabhängigen politischen Vorstellungen und Ansprüche einzelner Interessengruppen formuliert und auf Grundlage von allgemeinen und gleichen Wahlen oder in Plebisziten (Volksabstimmungen) verhandelt und entschieden. Vielmehr erfolgt die politische Willensbildung durch den Führer bzw. eine kleine politische Elite. Bestimmte Gruppen der Bevölkerung – vor allem ethnische Minderheiten oder politisch Andersdenkende – werden ausgegrenzt und damit ausdrücklich nicht der Volksgemeinschaft zugezählt.

Der Faschismus erhebt den Anspruch, in dieser von ihm definierten und eng begrenzten *sozialen Volksgemeinschaft* die unterschiedlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen, ohne Konflikte auszugleichen und damit *natürlich* aufzuheben. Finden die staatlich vorgegebenen beruflichen und sozialen Kooperationen (*Fasci*) nicht von selbst harmonische Lösungen, können sie Konflikte doch nicht vermeiden oder entsprechen ihre Verhandlungsergebnisse nicht den diktatorischen Vorstellungen, entscheidet schlussendlich autoritär der Führer.

Die Vorstellung, dass die natürlichen Interessenkonflikte in einer Gesellschaft auf eine solche Art und Weise – und ohne Einsatz brachialer Gewalt – gelöst werden könnten, ist freilich eine naive Illusion.

Begriffe

2

Autoritäre Diktatur

Darunter versteht man ein politisches System, in dem Demokratie und pluralistische politische Willensbildung (Parteienvielfalt) ausgeschaltet sind. Die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte sind erheblich eingeschränkt oder aufgehoben. Das Regime unterbindet den individuellen Handlungs- und Gestaltungsraum mit polizeistaatlichen Methoden.

Der politische Machtanspruch der Diktatur beschränkt sich allerdings mittel- oder unmittelbar auf den politischen Prozess. Dadurch bleiben – anders als in einer totalitären Diktatur – Freiräume persönlicher Entfaltung erhalten.

Totalitäre Diktatur

Das Herrschaftssystem steigert den Autoritarismus, indem es auch tief in den privaten Gestaltungs- und Handlungsraum der Bürger- und Bürgerinnen eingreift. Der Kontroll- und Repressionsapparat ist allumfassend.

Ein totalitäres Regime entsteht dadurch, dass eine Gruppe politischer Akteure einer Gesellschaft – gegen den Willen vieler – ein neues Gefüge aufzuzwingen versucht. Nach diesem haben die normunterworfenen Menschen in allen Belangen zu leben. Widerstand wird mit besonders rücksichtsloser Gewalt gebrochen. (Patzelt 2013, S. 579, 597)

Die Geschichts- und Politikwissenschaft ordnet sowohl autoritäre als auch totalitäre Systeme dem *Faschismus* zu, soweit bestimmte Kernelemente erfüllt sind. So waren die Regime von Italien unter Mussolini, Österreich unter Dollfuß und Schuschnigg, Spanien unter Franco grundsätzlich autoritär. Das nationalsozialistische Deutsche Reich hingegen war totalitär.

Die Verallgemeinerung des Faschismus-Begriffs von der Eigenbezeichnung einer historischen politischen Bewegung und der von dieser geprägten Diktatur in Italien zur *Gattungsform* autoritärer – oder auch totalitärer – Herrschaftssysteme (s. Kasten 2) ist umstritten. Vor allem stellt sich die Frage, ob das nationalsozialistische Deutsche Reich mit seinem totalitär-aggressiven Vernichtungswahn



Hannah Arendt (1906-1975 New York) war eine jüdische Historikerin und Politikwissenschaftlerin. 1951 erschien ihr grundlegendes Werk *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*.

alle Repressions- und Gewaltfantasien des ursprünglichen Mussolini-Systems hinter sich gelassen hat, noch als Faschismus bezeichnet werden kann. *Anton Pelinka* (2022) spricht – nicht zuletzt im Hinblick auf die exzessiv-mörderische Übersteigerung des Rassismus und Antisemitismus – von *Faschismus plus*.

Der Faschismus versteht sich als revolutionäre, republikanische und antiklerikale Bewegung. In der Praxis stützte sich der Faschismus in Europa allerdings nicht nur auf bestehende (Italien) – oder gerade überwundene (Österreich) – Monarchien und die katholische Kirche. Der Faschismus setzt den bereits vorhandenen und politisch umgeformten Militär- und Polizeiapparat als sein wichtigstes diktatorisch-repressives Herrschaftsinstrument ein. Die Beeinflussung und Steuerung der Masse erfolgen durch Medienmonopol und Propaganda.

Wie der Marxismus setzte auch der Faschismus auf einen *starken Staat*. Im Gegensatz zu demokratischen, grundrechtsgestützten und rechtsstaatlichen Systemen – die als Sozial- und Wohlfahrtsstaaten ebenfalls erhebliche staatliche Gestaltungs- und Eingriffsmacht beanspruchen – kommt im Faschismus dem Staat und seiner Elite autoritäre – im Extremfall totalitäre – (All)Macht zu.

Der Begriff „*starker Staat*“ ist daher als Abgrenzungselement zwischen Diktatur und Demokratien nur bedingt tauglich. In demokratischen Staaten forcieren etwa Konservative den Staat im Hinblick auf Recht und Ordnung, die Liberalen im Hinblick auf den Schutz der Freiheit. Sozialdemokraten wiederum sehen in einem starken Staat den Garanten für soziale Sicherheit und Chancengleichheit (Sozial- und Wohlfahrtsstaat).

Das Aufkommen des Faschismus ist im Zusammenhang mit Unsicherheit und Verlustängsten zu sehen, welche die enormen gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts mit sich gebracht haben. Die zunehmende gesellschaftliche Mobilität, die Landflucht, die Entwurzelung aus Jahrhunderte lang gelebten Traditionen führten zu einem Glauben an „einfache Lösungen“ und radikale Gesellschaftsentwürfe. Gerade jene, die das Gefühl hatten, „noch etwas zu verlieren zu haben“ – vor allem das Kleinbürgertum und die Bauern – stemmten sich gegen das egalitäre Konzept der Moderne und der Aufklärung. In diesem Lichte kann es nicht überraschen, dass der Faschismus gerade die mittleren Schichten ansprach. Schlussendlich aber ergriffen Paranoia, Verführbarkeit und Massen-

2 Einleitung

psychose weite Teile der Bevölkerung. Die Philosophin *Hannah Arendt* bringt es auf den Punkt: Faschismus war und ist eine unselige Verbindung zwischen Elite und Mob.

Nach 1945 gelobte Europa, sich vom Faschismus, der den Kontinent in Schutt und Asche gelegt hatte, nicht nur zu befreien, sondern ein Wiederaufkommen mit allen Mitteln zu verhindern. Die neu errichteten parlamentarischen Demokratien in weiten Teilen Europas nach 1945, vor allem die 1957 mit den Verträgen von Rom gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und spätere Europäische Union (EU), sahen und sehen sich als Gegenentwurf zu den überwundenen autoritären und totalitären Regimen. (S. Kasten 3)

Texte (Auszug):

3

Am 19. September 2019 verabschiedete das Europäische Parlament die **Entschließung P 9_TA(2019)0021**.

Bedeutung der Erinnerungen an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas und ... zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins ... (2019/2819 (RSP)).

„*Das europäische Parlament* – unter Hinweis auf die universellen Grundsätze der Menschenrechte und die Grundprinzipien der europäischen Union als einer auf gemeinsamen Werten beruhenden Gemeinschaft

(...)

... [gibt] mit dieser Entschließung Ausdruck, dass Europa als Wertegemeinschaft der Demokratie und der friedlichen Kooperation sich als Gegenentwurf zu früheren, überwundenen autoritären, vor allem aber totalitären Systemen – wie dem Nationalsozialismus (Faschismus) und dem Stalinismus – versteht“.

Die Entschließung des Europaparlaments ist grundsätzlich zu begrüßen.

– · –



Hitler-Stalinpakt, 1939.
(links: Josef Stalin, rechts: Außenminister Joachim von Ribbentrop)

Problematisch ist allerdings, dass nicht ideengeschichtlich zwischen den beiden totalitären Systemen differenziert wird. Es entsteht der Eindruck, dass die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu gleichen Teilen dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion zugeordnet wird. Solches wäre freilich unangebracht.

Im Sommer 1939 schloss Hitler mit Stalin einen Pakt, der Osteuropa in eine nationalsozialistische und eine stalinistisch-kommunistische Sphäre aufteilte. Damit war die militärische Deckung des deutschen Dritten Reiches gegeben. Am 1. September 1939 begann Hitler den Angriffskrieg gegen Polen. (S. Kasten 3) Die Gleichsetzung des faschistischen deutschen Totalitarismus mit dem marxistischen Totalitarismus Stalins und eine „geteilte Kriegsschuld“ durch die EU ist unzulässig. (S. Kasten 3)

Die Absage Europas an den Faschismus beinhaltet den Anspruch, alle undemokratischen Ideologien, Bewegungen und Parteien des Rechtsextremismus mit demokratischen Mitteln am Aufbau eines neuen Faschismus zu hindern.

Die vielfach als *Neofaschisten* oder als *Neonazis* bezeichneten Anhänger der überwundenen faschistischen Diktaturen in Europa betreiben Geschichtsrevision in dem Sinne, dass sie Gewalt und Repression des historischen Faschismus verharmlosen und dessen Rückkehr – wenn auch zuweilen verbrämt und in „gemilderter Form“ – anstreben. Diese neuen Ideologien bekennen sich zum Führerprinzip („starker Mann“), zu rassistisch begründetem Elitedenken und – mit den üblichen faschistischen Versatzstücken wie *Blut und Boden* – zu einem übersteigerten Nationalismus. Sie agieren militant anti-sozialistisch, anti-egalitär und anti-feministisch. Sie sind homophob und minderheitenfeindlich. Und sie pflegen latente – zuweilen auch offene – Gewaltbereitschaft. (Seite 126)

Wie weit der Begriff Faschismus geeignet ist, diktatorisch-rechtsradikale Staatsformen *außerhalb von Europa* treffend zu beschreiben, bleibt umstritten. Es ist allerdings nachweisbar, dass Regime in südamerikanischen Ländern wie Chile, Argentinien und Brasilien, in Japan vor 1945 oder in Ägypten 1933 bis 1938 faschistische Kernelemente aufwiesen.

3 Der historische Faschismus

Italien (Das Mussolini-Regime)

Das Wort *fascies* – aus dem sich der Begriff *Faschismus* ableitet – war eng verbunden mit dem Selbstverständnis der italienischen *Arbeiterbewegung*. Das Rutenbündel war ursprünglich ihr Symbol. Die Arbeiterbewegung verstand sich als *revolutionäre Kraft*. *Fasci*, das waren die sozialistischen Arbeiterorganisationen, wie beispielsweise die *Fasci siciliani* in Süditalien.

Begriffe

4

Ursprungsfaschismus

In der europäischen Faschismusforschung gilt das Mussolini-Regime in seinen Anfängen als *Ursprungsfaschismus*. Der *Italofaschismus* entwickelte eine Faszination, der sich die gesamte antidemokratische – also autoritäre – Rechte in Europa nicht entziehen konnte.

Wolfgang Schieder (2008, S. 19) schreibt dazu: „Es liegt auf der Hand, dass der Italofaschismus nicht die gesamten 26 Jahre seiner historischen Existenz unverändert die gleiche Leitfunktion gegenüber anderen Faschismen ausübte, die Untergliederung seiner Geschichte ermöglicht es vielmehr seinen Modellcharakter epochal zu differenzieren, wobei man von einer abnehmenden Ausstrahlung ausgehen kann. Breites Aufsehen erregte der Italofaschismus schon in seinen Anfängen. Die gewalttätige Ausbreitung in Oberitalien, welche den Faschismus seit Herbst 1920 in kurzer Zeit zur größten rechtsradikalen Massenbewegung in Europa aufsteigen ließ, stieß außerhalb Italiens auf größte Resonanz. Noch sehr viel größer war die Wirkung, als es Mussolini 1922 gelang, mit seiner staatsfeindlichen Massenpartei an die politische Macht zu kommen. Der sorgfältig inszenierte „Marsch auf Rom“ war die Geburtsstunde des faschistischen Mythos in Europa. Die größte Ausstrahlung ging aber dann von Mussolinis Faschismus aus, als er von seiner Regierungsübernahme an systematisch auf den Aufbau einer Diktatur hinarbeitete, die ihresgleichen in Europa bisher nicht kannte. Der Italofaschismus wurde zum Markenzeichen der Diktatur eines charismatischen Führers, der in sich die widersprüchlichsten Elemente vereinte und so einen



Benito Mussolini

„dritten Weg“ zwischen Reaktion und Revolution, Kapitalismus und Sozialismus sowie vor allem Massenkonsens und polizeistaatlicher Unterdrückung anzuzeigen schien. In der eigentlichen Regimephase nahm die Symbolwirkung des faschistischen Regimes in Italien allmählich ab, vor allem seitdem Hitler in Deutschland eine ungleich totalitäre Variante des Faschismus etablieren konnte. Doch setzte Mussolini in Europa noch einmal in makabrer Weise Maßstäbe, als er 1935/36 in Abessinien den ersten faschistischen Vernichtungskrieg führte und dies zu einer beispiellosen innenpolitischen Zustimmungskampagne für sein Diktaturregime nutzen konnte.“

1912 stieg Benito Mussolini zum Chefredakteur der Zeitschrift *Avanti!* auf. Zuvor konnte er bereits in kleineren – ebenfalls sozialistisch ausgerichteten – Medien Erfahrungen für (publizistische) Propaganda und populistische Politik sammeln. Bald distanzierte sich Mussolini allerdings von der sozialistischen Ideenwelt, insbesondere dem *Internationalismus*, und vertrat in *Avanti!* – immerhin das Zentralmedium des *Partito Socialista Italiano* (PSI) – offen nationalistische Positionen. Mussolini hatte einen guten Riecher: Der Nationalismus war der italienischen Arbeiterbewegung nicht wirklich fremd. Schließlich war es ja die Arbeiterbewegung gewesen, die mit großer nationaler Euphorie wesentlich zur Einigung Italiens beigetragen hatte. Sie unterstützte – vorwiegend aus sprachlich und kulturellen Gründen – das *Risorgimento* und die *Irredenta*, die Angliederung der „unerlösten“ italienisch-sprachigen Gebiete der Habsburg-Monarchie.

Personen

Benito Mussolini (1883–1945),

ursprünglich Journalist, führte marxistisch-syndikalistische und nationalistisch-rechtsradikale Geistesströmungen im *Partito Nazionale Fascista* zusammen. 1922 marschierte er mit paramilitärischen Einheiten nach Rom und erzwang seine Bestellung zum Ministerpräsidenten. Von 1926 bis 1943 führte er als *Duce* das Königreich Italien bzw. die *Repubblica Sociale Italiana* (Republik von Salò). Die Ideologie der italienischen Mussolini-Bewegung

5

3 Der historische Faschismus

und des diktatorischen Herrschaftssystems (Faschismus) ist *Role model* für zahlreiche rechtsextreme autoritäre und totalitäre Regime in Europa des 20. Jahrhunderts, aber auch in anderen Teilen der Welt.

Mussolini wuchs in einer bescheidenen Familie in Predappio in der Emilia-Romagna auf. Er besuchte die Internatsschule der Salesianer in Faenza. Über seinen Vater, einem Schmied und Mitglied des Stadtrates, fand er zur sozialistischen Literatur von Karl Marx und Bakunin. Dazu las er die Nationalisten Mazzini und Garibaldi. Mussolini arbeitete einige Jahre als Bauarbeiter und Ladehelfer in der Schweiz. Da er der Einberufung zum Wehrdienst nicht nachkam, verurteilte ihn ein italienisches Militärgericht 1903 wegen Desertion.

Mussolini begann journalistisch zu arbeiten. In seinen Schriften, die anfangs revolutionär-syndikalistisch geprägt waren, zeigte sich bereits früh eine Tendenz, gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge durch biologische Konzeptionen zu interpretieren. Pseudowissenschaftliche rassistische Abgrenzungsbegriffe wie „Auslese“ oder „Beseitigung der Schwachen“ finden sich in seinen Beiträgen ebenso wie die Wandlung des marxistisch definierten Begriffs der *Klasse* zugunsten der (faschistischen) *Masse*.

Mussolini bekleidete bis 1943 das Amt des Ministerpräsidenten des Königreiches Italien. Als *Duce del Fascismo* („Führer des Faschismus“) und *Capo del Governo* („Chef der Regierung“) führte er ab 1925 als autoritärer – zuletzt, in zahlreichen Aspekten totalitärer – Diktator Italien.

Mussolinis Italien stand als „Achsenmacht“ im Zweiten Weltkrieg auf Seite des Deutschen Reiches. Nach der Landung britischer und amerikanischer Truppen in Sizilien im Juli 1943 verfiel die Macht der *Personaldiktatur* zusehends. Ende Juli wurde Mussolini von König Viktor Emanuel III. informell abgesetzt und festgenommen.

Italien unterzeichnete Anfang September 1943 den Waffenstillstand mit den Westalliierten. Ein Kommandounternehmen deutscher Fallschirmjäger befreite Mussolini und setzte ihn an die Spitze der *Republik von Saló*. Sie umfasste jene Reste Italiens, welche die Alliierten noch nicht befreit hatten. Mussolini wurde an einer Straßensperre festgenommen, in einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt und am 28. April 1945 erschossen.

Mussolini verschärfte den Nationalismus in der eigenen Partei und vertrat immer offener und radikaler Positionen, die den nationalistischen Wahn *Blut und Boden* – ein wesentliches Kernelement des Faschismus – in den Vordergrund rückten. Er setzte sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 für eine Intervention Italiens auf Seite der Alliierten ein, obwohl Italien lange zuvor ein Bündnis mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn eingegangen war. Noch im Herbst desselben Jahres wurde er als Chefredakteur von *Avanti!* entlassen und aus dem *Partito Socialista Italiano* (PSI) ausgeschlossen. Der Hauptgrund lag darin, dass der PSI – wie andere Arbeiterbewegungen Europas auch – grundsätzlich internationalistisch ausgerichtet war. Damit waren Nationalismus und Krieg nur schwer zu vereinbaren.

Mit finanzieller Unterstützung der italienischen Regierung, einiger Industrieller und ausländischer Diplomaten gründete Mussolini die Zeitung *Il Popolo d'Italia*. Bereits 1915 folgte – zur Unterstützung des Kriegseintritts Italiens – die Gründung einer neuen politischen Bewegung, der *Fasci di Azione Rivoluzionaria*. Diese Bewegung verband Mussolini nach Ende des Ersten Weltkrieges mit den *Fasci dei lavoratori* und den *Fasci Siciliani*. Nun stand ihm eine treuergebene politische Kampfbewegung zur Verfügung, die *Fasci italiani di combattimento* („Italienische Kampfverbände“).

Unter dem Symbol der Rutenbündel gelang es Mussolini, auch Anhänger des Syndikalismus, einer Weiterentwicklung des Gewerkschafts-Sozialismus, zu sammeln. Man kann daher zu Recht behaupten, dass der Faschismus auch starke marxistische Wurzeln besitzt.

Spätestens 1921 hatte Mussolini allerdings erreicht, seine neue politische Plattform scharf gegen Sozialismus und Kommunismus abzugrenzen. Marxistisch-kommunistische und sozialdemokratische Bewegungen waren in der Folge ebenso bevorzugte Feindbilder des Faschismus wie liberal und konservativ ausgerichtete demokratisch-parlamentarische Kräfte. Ab 1921 nannte sich die Bewegung *Partito Nazionale Fascista* (National-faschistische Partei; PNF). Diese Partei wurde nun von großen Teilen der katholischen Kirche, des Beamtentums und dem italienischen Militär unterstützt.

3 Der historische Faschismus

Mit Hilfe von *Paramilitärs* (s. Kasten 6), einem nahezu hysterisch-hypnotischen Personenkult und einer die Massen bewegenden Propaganda inszenierte Mussolini 1922 den *Marsch auf Rom*. Er erzwang mit Waffendrohung, ihn zum italienischen Ministerpräsidenten zu ernennen. Geschickt unterminierte er mit seinen Gefolgsleuten den demokratischen Verfassungsstaat. Ein erzwungenes Ermächtigungsgesetz räumte ihm – dem *Duce* – umfängliche Befugnisse ein. Mussolini konnte weitgehend ohne Parlament regieren.

Begriffe

6

Paramilitärische Verbände

Paramilitärs sind Gruppen, Einheiten und Verbände, die mit militärischen Gewaltmitteln ausgestattet, aber – obwohl grundsätzlich legal – nicht in die Organisation des staatlichen Militärs oder der Sicherheitsbehörden eingebunden sind.

In *Italien* formierten sich ab 1919 die *Squadristen*. Diese *Aktionskommandos* („Schwarzhemden“) standen als paramilitärische Verbände – entschlossen und gewaltbereit – auf Seite des aufkommenden Faschismus. 1922 marschierte Mussolini mit diesen Squadristen-Verbänden „auf Rom“ und erzwang seine Bestellung zum Ministerpräsidenten. Die Macht, die ihm unter Androhung von militärischer Gewalt übertragen worden war, sollte er freiwillig nie mehr abgeben.

In *Österreich* wurden unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges die ersten *Heimwehren*, paramilitärische Verbände der Christlichsozialen und Deutschnationalen, gegründet. Früh entwickelten sie eine autoritäre, anti-republikanische Grundhaltung.

Im Gegenzug dazu gründete sich 1923 der *Republikanische Schutzbund*. Sein Ziel war es, die Republik und ihre Errungenschaften zu verteidigen.

Die – oftmals gewaltsame – Austragung der Interessenkonflikte verlagerte sich vielfach aus den Parlamenten auf die Straße. Anträge der Opposition, das Waffenmonopol des Staates – eine Selbstverständlichkeit im modernen



Korneuburger Eid, 1930.

demokratischen Verfassungsstaat – herzustellen, wurden von der Regierung („Bürgerblock“) verworfen.

1930 schworen die Heimwehren im *Korneuburger Eid*, den gewaltenteilenden demokratischen Verfassungsstaat zu beseitigen. 1931 maschierte Walter Pfrimer mit Heimwehrverbänden „auf Wien“, um die demokratische Republik zu stürzen. 1933 setzte Engelbert Dollfuß nach Verfassungsbruch wesentliche Teile der faschistischen Programmatik der Heimwehren um.

Der Schutzbund wiederum, schon 1933 verboten, war Hauptträger des Aufstandes im Februar 1934. Der militärisch geführte Widerstand scheiterte nach wenigen Tagen.

Im *Deutschen Reich* bestanden zahlreiche paramilitärische Verbände, die – außerhalb der staatlichen Kontrolle – innen- und außenpolitische Konflikte austrugen. Rechtskonservative und marxistisch-kommunistische Verbände unterstützten politische Programme, die auf die Destabilisierung der demokratischen Weimarer Republik und schließlich deren Beseitigung zielten. 1920 putschten *Walther von Lüttwitz* und *Wolfgang Kapp* mit ihren nationalistisch-radikalen *Freicorps* gegen den demokratischen Staat. 1923 folgte der Ludendorff/Hitler-Putsch. Kommunistische Paramilitärs („Rote Armee“) auf der anderen Seite des Radikalismus hatten die Räterediktatur in Bayern 1919 geschützt.

Im Gegensatz dazu war das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* ein Wehrverband, der den demokratischen Verfassungsstaat schützen sollte. Er wurde politisch von der Sozialdemokratie, den Liberalen und gemäßigten Konservativen getragen. Anders als der Schutzbund in Österreich übte das Reichsbanner keinen offenen militärischen Widerstand gegen die Zerstörung der Demokratie. Die Sozialdemokraten beschränkten sich auf ihr Votum gegen die Ermächtigungsgesetze im Reichstag, mit denen die Machtübernahme Hitlers endgültig besiegelt wurde. (S. Kasten 15)

Der politische Pluralismus und der demokratische Parlamentarismus wurden beseitigt, Parteien verboten, Bürger- und Freiheitsrechte – wie die Medienfreiheit

3 Der historische Faschismus

– aufgehoben. In den Jahren 1925 und 1926 erreichte schließlich Mussolini sein wichtigstes Ziel: Mit Hilfe einer Parteimiliz, die vor politischen Morden nicht zurückschreckte, war eine *Einparteiendiktatur* geschaffen. Sie wurde formell vom *Großen Faschistischen Rat* geführt. Tatsächlich regierte Mussolini weitgehend uneingeschränkt.

Begriffe

7

Repression und Terror

Der faschistischen Gewalt und Willkür – ob nun aus politischen oder ethnischen Gründen – sind tausende italienische Staatsbürger zum Opfer gefallen. Dazu zählen auch jene Opfer, die der Terror der Schwarzhemden zwischen 1920 und 1922 gefordert hatte. (Wenninger, 2017, 61, Anm 48) Der Imperialismus Italiens am Balkan, in Frankreich und in Afrika forderte weiteren enormen Blutzoll.

Als Beispiel für die Intensität des originär italienisch-faschistischen Terrors vor der Kapitulation des Königreiches 1943 steht das *Konzentrationslager Gonars*. Italien hatte als Verbündeter Hitlers beim Überfall auf Jugoslawien 1941 große Teile von Slowenien besetzt. Die slowenische Hauptstadt Laibach/Ljubljana wurde nahezu vollständig mit Stacheldraht abgeriegelt.

In *Gonars* wurden von 1942 bis 1943 vorwiegend Slowenen und Kroaten festgehalten. Ein bevorzugter Haftgrund war, junge Männer daran zu hindern, zu den Partisanen *der jugoslawischen Befreiungsarmee* überzulaufen.

Die Gefangenenanzahl schwankte stark. Im September 1942 befanden sich knapp 6.400 Gefangene im Lager, davon viele Frauen und Kinder. Die Arbeits- und Überlebensbedingungen waren enorm hart. Die Sterblichkeit – vielfach wegen Unterernährung und katastrophaler hygienischer Bedingungen – wurde von den Lagerverantwortlichen als selbstverständlich in Kauf genommen. Vor allem Kinder hatten kaum Überlebenschancen.



Gedenkstätte ehemaliges
Konzentrationslager Gonaus.

1932 ließ Mussolini die Ideologie der *Neuen Ordnung* Italiens, ein politisches Sammelsurium aus unterschiedlichen Strömungen und Ideen der Jahrhundertwende, als Grundlage eines diktatorischen Herrschaftssystems in einem eigenen Dokument (*La Dottrina del Fascismo*) festhalten. Grundpfeiler des Faschismus war ein extremer Nationalismus. Italien beanspruchte für sich eine Großmachtstellung im Mittelmeerraum. Diktatorisch wurden Einheitsorganisationen von Arbeitern und Unternehmern (Korporationen) verordnet. Sie sollten den *Klassenkampf* unterbinden und einen homogenen *Volkskörper*, eine *soziale Volksgemeinschaft* schaffen.

Philosophisch verband das Regime Thesen von *Niccolò Machiavelli* und *Friedrich Nietzsche*. Das autoritäre Führerprinzip und skrupelloses Machtstreben wurden als natürliche Elemente einer „gesunden“ Gesellschaft legitimiert. Der revolutionäre Anspruch – „die direkte Aktion als schöpferisches Gestaltungsprinzip“ (*George Sorel*) – wurde aufrechterhalten. Die Verschmelzung von Staat und alleinregierender Partei – überwacht und getragen von einem repressiven Sicherheitsapparat, von Geheimpolizei und Militär – sicherten die Diktatur ab.

Personen

7

Antonio Gramsci (1891–1937)

war italienischer Schriftsteller, Politiker und Philosoph. Er vertrat, ausgehend von der marxistischen Philosophie, die These der *politischen Hegemonie*: „Die Vorherrschaft einer sozialen Gruppe zeigt sich auf zwei Arten, als Beherrschung und als intellektuelle sowie moralische Führung. Eine soziale Gruppe ist dominant, wenn sie die gegnerischen Gruppen unterwirft und die verbündeten Gruppen anführt. Eine soziale Gruppe kann, ja muss sogar vor der Machtübernahme die Führung übernommen haben; wenn sie dann an der Macht ist ... wird sie dominant, aber sie muss weiterhin führend bleiben.“

Gramsci war auch als marxistisch-kommunistischer Politiker tätig. 1926 überlebte Mussolini ein Attentat. Dies nahm er zum Anlass, mit aller Härte gegen die Opposition vorzugehen. Gramsci wurde unter Missachtung seiner parlamentarischen Immunität festgenommen. Er starb in Isolationshaft.

3 Der historische Faschismus

Der italienische Faschismus griff tief in die Gesellschaft ein. Ein *neuer italienischer Mensch* sollte erschaffen werden. Dieser hatte männlich, sportlich-körperbetont und voller Tatkraft zu sein. Und vor allem gewaltbereit. Jugendorganisationen wurden gegründet, um die neuen gesellschaftlichen Werte bereits in frühen Lebensjahren zu indoktrinieren.

Der Faschismus setzte auf *Masse*. In Massenkundgebungen und durch einfachverständliche, von der Diktatur gelenkte oder überhaupt vorgegebene Medieninformationen sollte die gesamte Gesellschaft einem neuen Wertesystem, einer neuen, allgemein gültigen Weltanschauung unterworfen werden. Dieser neue gesellschaftliche *Kollektivismus* hatte zum Ziel, einen bedingungslosen *Nationalstolz* hervorzubringen. Dieser gründete sich auf Sprache und Kultur, auf *Blut und Boden*. In die *soziale Volksgemeinschaft* hatte sich der einzelne Mensch widerspruchslos zu fügen. Gesellschaftliche Randgruppen, ethnische Minderheiten, deren Muttersprache nicht italienisch war, und politisch Andersdenkende sollten assimiliert und angepasst werden. Widersetzten sie sich diesem Anspruch wurden sie aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und politisch verfolgt.

Die Phänomene Massenmobilisation und Massenhysterie hatte der französische Psychologe und Soziologe *Gustave Le Bon* bereits in seinem 1895 veröffentlichten Werk *Psychologie der Massen* untersucht. (S. Kasten 8) Le Bon ließ seine Erfahrungen mit dem *Bonapartismus* einfließen. Darunter versteht man ein „Zwischenmodell“ zwischen alter Königsherrschaft und demokratischer Republik in Frankreich. Das populistische System war Grundlage der Herrschaft *Napoleons III.* Dieser hatte 1851 die zweite französische Republik beseitigt.

Bonapartismus ist ein autoritäres System, das sich ständig auf den *Volkswillen* beruft, diesen aber im eigenen Sinne manipuliert und lenkt. *Karl Marx* sprach zutreffend von einer autoritären Diktatur, in der die Bürger für wirtschaftliche Prosperität auf Freiheit und Mitbestimmung verzichten. Der spätere Faschismus zeigt zu diesem Herrschaftssystem gewisse Parallelen.

Le Bon vertrat die Auffassung, dass der einzelne Mensch – selbst der Angehörige einer hochkultivierten Gesellschaft – unter bestimmten Umständen in der Masse seine Kritikfähigkeit verliert und sich primitiv-barbarischen Emotionen



Antonio Gramsci

hingibt. Die Masse integrierte die einzelnen Menschen zu einer umfassenden *Gemeinschaftsseele*. Diese besondere Situation mache den Menschen leichtgläubig, er unterliege einer psychischen Ansteckung. Führern, *starken Männern*, gelinge es, Menschen, die sich selbst als Masse definieren wollen, zu lenken und zu manipulieren. Im Zuge dieser *kollektiven Gehirnwäsche* würden aus kritikfähigen menschlichen Wesen „Halbverrückte“ oder „wahrhaft Überzeugte“.

Le Bons Werk bietet eine Anleitung, wie man durch politische Meinungsmache und Glaubenslehren die Massen beeinflussen kann. Er führt vor Augen, wie die dafür notwendigen Führerschaften entstehen, wie unbedingter Gehorsam erzeugt wird. Schon früh erkannte Le Bon die Anfälligkeit der Massen für *Schlagworte* und *geschickte Täuschungen*: „Je dreister die Lüge, die man den Massen suggeriert, desto wahrscheinlicher wird sie geglaubt und massenhaft übernommen.“ Le Bon, ein Demokrat im Übrigen, zeichnete aus seinen Erkenntnissen, geschöpft aus den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts, ein pessimistisches Zukunftsbild. Die europäischen Faschismen des 20. Jahrhunderts sollten diese triste Prognose bei weitem – und mit furchtbaren Konsequenzen – übertreffen.

Personen

Gustave Le Bon (1841–1931)

8

war Mediziner, Anthropologe, Psychologe und Soziologe. Le Bon beobachtete die Februar-Revolution in Frankreich 1848, den Zusammenbruch der Monarchie unter Napoleon III. und die Errichtung der kommunistischen Kommune in Paris von 1871.

Die revolutionären Ideenwelten in Europa des 19. Jahrhunderts führten ihn zu Studien über das *Massenphänomen*. Le Bon misstraute aber der menschlichen Natur und ihrer Verführbarkeit. Er hatte früh Instrumente und Strategien autoritärer und totalitärer Bewegungen, wie die Schaffung einer Massenbasis durch Propaganda, beschrieben. Sein Werk entwickelte Einfluss auf faschistische Bewegungen ebenso wie dessen Kritiker und Gegner.

3 Der historische Faschismus

Elias Canetti (1905–1994)

war ein bulgarisch-österreichisch-britischer Schriftsteller. In seinem Roman *Die Blendung* und dem Drama *Komödie der Eitelkeit* beschrieb Canetti sehr früh Phänomene des autoritären und totalitären Faschismus. 1981 erhielt er den Literaturnobelpreis.

Massenphänomene und Massenmobilisation erklärte Canetti anschaulich in seinem zentralen Werk *Masse und Macht*: „Der wichtigste Vorgang, der sich innerhalb der Masse abspielt, ist die *Entladung*. Vorher besteht die Masse eigentlich nicht, die Entladung macht sie erst wirklich aus, sie ist der Augenblick, in dem alle, die zu ihr gehören, ihre Verschiedenheiten loswerden und sich als *Gleiche* fühlen.

Nur alle zusammen können sich von ihren Distanzen befreien. Genau das ist es, was in der Masse geschieht. In der Entladung werden die Trennungen abgeworfen und alle fühlen sich *gleich*. In dieser Dichte, da kaum Platz zwischen ihnen ist, da Körper sich an Körper preßt, ist einer dem anderen so nahe wie sich selbst. Ungeheuer ist die *Erleichterung* darüber. Um diesen glücklichen Augenblickes willen, da keiner mehr, keiner besser als der andere ist, werden die Menschen zur Masse.“ (Canetti 1980, S. 12–13)

Die italienische faschistische Diktatur war sicherlich nationalistisch-chauvinistisch durchsetzt. Sie unterstrich die Abgrenzung von anderen Kulturen und förderte die Menschenverachtung. Der italienische Faschismus war aber – in seinen Grundsätzen – nicht explizit *rassistisch*.

(Neu)Italiener in den – nach dem Sieg der Ententemächte 1918 – angegliederten Gebieten, wie im deutschsprachigen Südtirol oder auf dem slawischsprachigen Westbalkan (Istrien, Dalmatien), wurden unter enormen *Assimilationsdruck* gesetzt. Die Repression richtete sich auf die Angleichung von Sprache und Kultur, nicht aber auf wirtschaftlich-soziale Unterwerfung oder gar physische Auslöschung. Selbst als Mussolini bei der Eroberung Abessiniens 1935 Giftgas einsetzte, war dieser imperialistische Gewaltexzess nicht prioritär rassistisch ausgerichtet.

Personen

9

Boris Pahor (1913–2022)

slowenischsprachiger Schriftsteller und KZ-Überlebender, thematisierte in seinen Romanen die Italisierungspolitik des faschistischen Regimes Mussolinis. Unter dieser hatte er bereits als Grundschüler gelitten.

In seinem Buch *Piazza Oberdan* (2009) schildert Pahor, wie ein italisierungsbegeisterter Lehrer ein slowenisch-sprachiges Mädchen aus dem Karst, das versehentlich in der Muttersprache gesprochen hatte, zur Strafe mit den Zöpfen an einen Garderobehaken hängte: „Und so stößt er sie bis zur Tür. Bis zur Türschwelle. Bis zum eisernen Kleiderhaken. Und seine Stirn berührt den Haken, dass es ihn schmerzt und er den Kopf hebt. Doch in diesem Augenblick werden die Hände noch unruhiger. Sie zittern beinahe, als hätten sie einen Ausweg aus dem Wirbel der Kinderaugen gefunden. Gleichzeitig beben sie. Während die Handfläche das Eisen berührt und die zweite Hand Julka hochhebt und die festgeflochtenen Zöpfe auf den Haken steckt.“

Auch der *Antisemitismus* – ob nun religiös als *Antijudaismus* oder als *Rassismus* verstanden – war ursprünglich in Italien nicht wesentlich ausgeprägter als in den übrigen europäischen Ländern. Mussolini selbst war mit einer Jüdin verheiratet. Ab Mitte der 1930er Jahre – in Folge der Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland – verschärfte sich der Antisemitismus allerdings



links:
Gustave Le Bon

Mitte:
Elias Canetti

rechts:
Boris Pahor

3 Der historische Faschismus

auch in Italien. Die antijüdischen Rassengesetze (*Leggi razziali*) wurden 1938 – nicht zuletzt unter Druck des neuen Bündnispartners Deutschland – erlassen. Der staatliche Antisemitismus in der italienischen Diktatur zielte zwar auf Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Jüdinnen und Juden, nicht aber auf deren Vernichtung.

Der *autoritäre* Faschismus in Italien unterschied sich damit in den Fragen des Rassismus und Antisemitismus ganz entschieden vom *totalitären* Faschismus des Nationalsozialismus. Auch für die italienischen Faschisten stand jedoch fest, dass man es – differenziert – sowohl auf dem Balkan als auch in Ostafrika, wenn schon nicht biologisch, so doch kulturell, mit „*minderwertigen Rassen*“ zu tun habe. Wie jeder exzessive Nationalismus trieb der italienische Faschismus den Chauvinismus gegenüber anderen ethnischen und sprachlichen Kulturen auf die Spitze. „*Hier an den Grenzen des Vaterlandes setze die Feldzeichen. Von hier aus bildeten wir die Übrigen durch Sprache, Gesetze und Künste.*“ ließ Mussolini 1928 auf das „*Siegerdenkmal*“ in Bozen schreiben.

Der Mussolini-Faschismus forderte – wie später auch der Nationalsozialismus – die Eroberung von Lebensraum (*spazio vitale*). In diesem Sinne erweiterte Italien seinen Machtanspruch im Mittelmeerraum auf den afrikanischen Kontinent. Von 1923 bis 1932 führte das Land den *Zweiten italienisch-libyschen Krieg*. 1935 folgte dann – im Übrigen mit Unterstützung des austrofaschistischen Regimes in Wien – der schon erwähnte *Abessinienkrieg*.

Ab 1936 beteiligte sich die Diktatur Mussolinis am *Spanischen Bürgerkrieg* auf Seite des faschistischen Putschisten *Franco*. 1939 besetzte sie *Albanien*. Im Mai 1939 unterzeichneten Mussolini und Hitler den *Stahlpakt*. Dieses Freundschafts- und Beistandsabkommen sah eine enge militärische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung – auch im Falle eines Angriffskriegs – vor. 1940 beteiligte sich Italien als Verbündeter des Deutschen Reiches (*Achsenmacht*) am Feldzug gegen die Westalliierten. Es folgte das gewaltsame Vorgehen gegen Griechenland und Jugoslawien. Der Überfall auf die Sowjetunion 1941 durch Nazi-Deutschland wurde ebenso unterstützt wie die Landnahmen in Nordafrika.

Wie das Deutsche Reich terrorisierte auch die italienische Diktatur die Bevölkerung in den besetzten Ländern. Die Liquidierung der äthiopischen Intelligenz



Siegesdenkmal (italienisch Monumento alla Vittoria) in Bozen.

und des Klerus in Abessinien kann man durchaus mit dem deutschen Besatzungsterror in Polen vergleichen.

Ethnische Säuberungen, Masseninternierungen in italienischen Konzentrationslagern sowie Geiselnahme und Geislerschießungen waren gängige Instrumente der faschistisch-italienischen Eroberungs- und Besatzungspolitik.

Nach der Landung der Alliierten in Sizilien am 10. Juli 1943 geriet Mussolini zunehmend unter politischen Druck. Die Stimmung in der Bevölkerung, ohnehin nie besonders „germanophil“, schwenkte endgültig gegen das Bündnis mit dem Deutschen Reich. Auf Empfehlung des *Faschistischen Großrates* setzte König Viktor Emanuel am 25. Juli 1943 – wohl nicht wirklich gewollt, aber in der Konsequenz unkorrigierbar – Mussolini als italienischen Ministerpräsidenten ab. Der zuvor allmächtige *Duce* wurde in den Arrest abgeführt.

In einer spektakulären Aktion (*Unternehmen Eiche*) befreiten ihn deutsche Fallschirmjäger am 28. August 1943 aus seinem Gefängnis *Campo Imperatore* im Gran Sasso-Massiv. Mussolini wurde nach Deutschland ausgeflogen, wo er am 14. September 1943 mit Hitler in der *Wolfsschanze* (Rastenburg/Kętrzyn) zusammentraf. Mussolini sollte nach Italien zurückkehren und bis 1945 die faschistische *Republik von Saló* regieren.

Begriffe

10

Die *Risiera di San Sabba*,

eine stillgelegte Reisfabrik in Mugga/Triest, war nach dem Waffenstilland zwischen dem Königreich Italien und den Alliierten am 8. September 1943 in ein nationalsozialistisches Konzentrationslager umgewandelt worden. Es verfügte über ein Krematorium. Dennoch kann es nicht als *Vernichtungslager* bezeichnet werden.

An die 20.000 bis 25.000 Gefangene wurden in der Risiera festgehalten. Zahlreiche von ihnen, insbesondere Jüdinnen und Juden, deportierte man in die Vernichtungslager. Geiseln, politische Gefangene und Partisanen wurden gefoltert und ermordet. Man schätzt die Zahl jener Menschen, die unmittelbar in der Risiera getötet wurden, auf 3.000 bis 5.000.

3 Der historische Faschismus

Mussolinis Macht war allerdings weitgehend gebrochen. Er hing am Gängelband des Deutschen Reiches. Das Italienische Königsreich – von den Alliierten in weiten Teilen befreit – hatte bereits am 8. September 1943 den Waffenstillstand unterzeichnet. Die faschistischen Institutionen waren bereits zuvor – in überraschend kurzer Zeit – eliminiert worden.

Der italienische Faschismus hatte von Anfang an einen *totalitären Anspruch* erhoben. Die Gesellschaft sollte – in einem *totalen Staat* – nach einem völlig neuen Wertesystem umgeformt werden. Allerdings kam das Mussolini-Regime – zumindest bis zum *Stahlpakt* mit Hitler – nicht über ein autoritäres Herrschaftssystem hinaus. (S. Kasten 2)

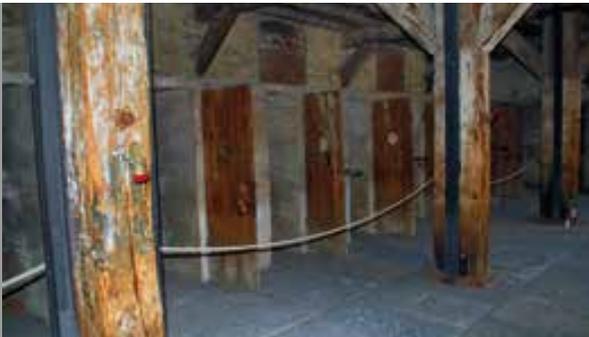
Personen

11

Giovanni Gentile (1875–1944)

war Professor für Philosophie an mehreren italienischen Universitäten. In seinen Werken verherrlichte er gesellschaftliche Eliten und den Nationalismus. Traditionelle Religion lehnte er radikal ab.

In seiner These des *Aktualismus* vereinigten sich sämtliche Erscheinungen, sämtliche Gedanken und jedes Tun ideell zu einem *reinen Akt*. Dieser *atto puro* sei der Ausdruck höchster Sittlichkeit. Einen solchen Akt setzt letztlich der Führer, der *Duce* eines autoritären oder totalitären Staates. Dieser wisse alles und handle immer sittlich, weise und gerecht.



Ehemaliges Konzentrationslager Risiera di San Sabba. Die Zellen der Gefangenen.



Giovanni Gentile

Gentile verfasste das *Manifest der faschistischen Intellektuellen*. Es richtete sich an alle Nationen und wurde öffentlich von rund 250 italienischen Intellektuellen unterstützt. Die Veröffentlichung erfolgte im April 1925 in allen Tageszeitungen Italiens.

In seinem Manifest bezeichnet Gentile den Faschismus als „Geist des Fortschritts und Antriebs für alle nationalen Kräfte“. Dieser werde den „alten demokratischen Liberalismus“ hinwegfegen. Nur der faschistische Staat sei dem „Gemeinwohl der Nation“ verpflichtet. Er stehe über jeglichen partikularen Interessen.

Ausdrücklich unterstützte Gentile die Aufhebung der Pressefreiheit: „Eine bestimmte Presse“ setze die Nation der Gefahr aus, sie „in die größte Unordnung hineinzustürzen“.

Gentiles verworrene Ideen beeinflussten nicht nur die historischen Faschisten in Europa. Sie dienen auch zahlreichen rechtsextremen und neofaschistischen Bewegungen und Programmen heutiger Zeit als ideologische Grundfolie.

Das Deutsche Reich

Für Adolf Hitler war Benito Mussolini ein „strahlendes Vorbild“ (Weiß 2013). Mussolini sei einer der „Großen dieser Erde“, schwärmte der spätere Diktator bereits 1924 in seinem programmatischen Buch *Mein Kampf*. (S. Kasten 12)



links:
Buchcover Mein Kampf.

rechts:
Kritische Edition von Hitlers „Mein Kampf“.
© Anzenberger privat

3 Der historische Faschismus

Begriffe

12

Mein Kampf

Mein Kampf ist eine politisch-ideologische Kampfschrift, die Adolf Hitler nach dem gescheiterten Putsch am 9. November 1923 in Festungshaft verfasste. Die Fertigstellung erfolgte 1924, die Veröffentlichung in zwei Bänden 1925 und 1926.

Die Schrift gibt gute Einblicke in die verworrene und verhetzende Weltanschauung des Autors. Sie hatte vor allem zum Ziel, die NSDAP als Führerpartei wieder aufzubauen.

Nach der Befreiung Deutschlands gingen die Urheberrechte an diesem Werk auf den Freistaat Bayern über. Dieser untersagte jeglichen Nachdruck. Gegen Urheberrechtsverletzungen ging man konsequent vor.

2016 veröffentlichte das Institut für Zeitgeschichte in München eine kommentierte Ausgabe zu wissenschaftlichen Zwecken.

Dem ausgewiesenen Antidemokraten Hitler faszinierte an Mussolini wohl vor allem dessen revolutionärer Elan. Er schätzte die Erzwingung des Machtübergangs und den darauffolgenden zügigen Umbau des Staates zu einer straffen Diktatur. Mehr noch bewunderte Hitler am Duce allerdings dessen „Entschlossenheit, Italien nicht mit dem Marxismus zu teilen, sondern das Vaterland vor ihm zu retten“.

Als Hitler diese Überlegungen in Mein Kampf festhielt, saß er in Festungshaft. Er war strafrechtlich verurteilt worden, weil er gegen die demokratische rechtsstaatliche Weimarer Republik geputscht hatte.

Der gescheiterte Putsch 1923 ließ in Hitler die Überzeugung reifen, dass eine Machtübernahme nur unter – missbräuchlicher – Benützung der demokratischen Institutionen der Weimarer Republik gelingen könne. In die Parlamente, um sie zu zerstören!



Adolf Hitler, 1924.

Personen

15

Adolf Hitler (1889–1945)

stand an der Spitze der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Er war von österreichischer Herkunft und regierte als Diktator von 1933 bis zu seinem Selbstmord 1945 das Deutsche Reich.

Im November 1923 putschte er erfolglos mit Ludendorff gegen die demokratischen Weimarer Republik. In Festungshaft schrieb er seine berühmt-berühmte Propagandaschrift *Mein Kampf*. Hitler gab damit der antidemokratischen und rassistisch-antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus das geistige Fundament.

Das Deutsche Reich unter seiner Führung gilt bis heute als unmenschlichste und zerstörerischste Diktatur der Geschichte. Sowohl die Angriffskriege in Europa, die sich im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945 ausweiten sollten, als auch die industrielle Massenvernichtung von Menschen in Konzentrations- und Vernichtungslagern sind von Adolf Hitler persönlich und federführend (mit)zuerantworten.

Adolf Hitler sah sich selbst nicht als Faschist. Tatsächlich war er es aber. Sein Staatskonzept war eng an jenes Mussolinis angelehnt. So schreibt Hitler in *Mein Kampf*: „In dieser Zeit [1922] fasste ich die tiefste Bewunderung für den großen Mann südlich der Alpen [Mussolini], der in heißer Liebe zu seinem Volk mit den inneren Feinden Italiens nicht paktierte, sondern ihre Vernichtung mit allen Mitteln erstrebte.“

Im Jänner 1933 gelang es den Nationalsozialisten, auf vorerst verfassungskonformem, legalem Wege die Macht zu ergreifen. Reichspräsident Paul von Hindenburg betraute am 30. Jänner 1933 Hitler mit den Aufgaben des Reichskanzlers. Er erhielt unter anderem die Unterstützung der konservativ-katholischen *Zentrumspartei*. In der Folge zerschlugen Hitler und die nationalsozialistischen Eliten in nur wenigen Monaten, mit teils legalen, teils illegalen Mitteln, immer aber unter der Androhung oder tatsächlichen Ausübung von Gewalt,

3 Der historische Faschismus

die parlamentarisch-demokratische *Weimarer Republik* und errichteten eine radikal-nationale totalitäre Diktatur.

Begriffe

16

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz des Deutschen Reichstages vom 24. März 1933)

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

...

Begriffe

17

Hakenkreuz

Das Hakenkreuz, die Swastika, ist ein jahrtausendaltes Symbol, das in fernöstlichen Religionen als Glückssymbol verwendet wird. Im 19. Jahrhundert wurde dieses Symbol zum Zeichen einer angeblichen indogermanischen Rasse, der Arier, verklärt. Man deutete das Hakenkreuz zudem antisemitisch und rassistisch.

Die Nationalsozialisten veränderten das Hakenkreuz stilistisch und erhoben es zum Parteisymbol. Ab 1935 war das Hakenkreuz prägender Teil der Flagge des totalitären Deutschen Reiches.



Reichskanzler Hitler während seiner Rede zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes.

Nachdem am 1. Februar 1933 der Reichstag aufgelöst worden war, schränkten die nationalsozialistischen Machthaber die politischen und demokratischen Rechte im Rahmen von Notverordnungen des Präsidenten drastisch ein. Durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 verlor das neugewählte Parlament, der Reichstag, als oberster, demokratisch zu wählender Souverän des Volkes, praktisch jede Gestaltungs- und Kontrollkompetenz. Viele Parlamentarier, wie auch andere Gegner des Regimes, waren bereits vor dieser entscheidenden Parlamentssitzung ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslager gesperrt, vielfach auch gefoltert worden. Andere waren aus Furcht vor der Repression ins Ausland geflohen.

Um die verfassungsrechtlich gebotene Zwei-Drittel-Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz im Reichstag sicher zu stellen, wurde zuerst – unter der latenten Gewaltdrohung illegal anwesender bewaffneter und uniformierter SA- und SS-Angehöriger – die Geschäftsordnung des Reichstages abgeändert. Schließlich stimmten nur die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen jenes „Gesetz“, das Hitler den Weg in die Diktatur ebnet sollte.

Personen

18

Otto Wels (1873–1939)

war zum Zeitpunkt des Beschlusses über das berüchtigte Ermächtigungsgesetz im Reichstag am 23. März 1933 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD). In einer mutigen Rede begründete Wels, warum seine Fraktion – als einzige der im Reichstag noch vertretenen Parteien – die Generalvollmacht an Hitler und damit die Errichtung einer Diktatur ablehnte:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen. Die Ehre nicht.“

Im Juli 1934 behauptete die nationalsozialistische Propaganda, es stünde ein Putsch der SA unmittelbar bevor. Die SA, ein nationalsozialistischer paramilitärischer Verband, wurde von *Ernst Röhm* geführt, der in innerparteilicher Opposition zu Hitler stand. In der Folge wurden am Tegernsee führende Funktionäre

3 Der historische Faschismus

der SA festgenommen, ihr Stabschef Röhm ermordet. Das Regime sprach von der Niederschlagung eines Putsches (*Röhm-Putsch*), tatsächlich handelte es sich um eine gezielte Aktion der Diktatur, mit den Führern der SA die letzten innerparteilichen Gegner Hitlers auszuschalten. Der Rechtsdogmatiker des nationalsozialistischen Regimes, *Carl Schmitt*, rechtfertigte selbst diesen Gewaltexzess als *rechtskonform*. (S. Kasten 19)

Personen

19

Carl Schmitt (1888–1985)

war Staats- und Verfassungsrechtler, aber auch Rechtsphilosoph. In zahlreichen Schriften und Reden rechtfertigte er die vielfachen Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen des NS-Regimes. 1933 trat Schmitt in die NSDAP ein; er gehörte ihr bis zum Ende der NS-Herrschaft an.

Die Morde zur vorgeblichen Prävention eines Aufbruches im Juli 1934 (*Röhm-Putsch*) erachtete Schmitt als *legal*. Die Wurzel alles Rechts, so Schmitt, sei schlussendlich die *Gewalt des Stärkeren*. Eine solche Gewalt sei selbstverständlich legitimer Teil einer *Führer-Ordnung*. Sie stünde dem Führer – als juristisches Prinzip – zur Durchsetzung seines Willens jedenfalls zu.

Die Nürnberger Gesetze, die eine Entrechtung der Jüdinnen und Juden vorsah, bezeichnete Schmitt als eine *Verfassung der Freiheit*.



„Deutschland erwache“ Standarte der NSDAP mit dem Hakenkreuz.



Otto Wels

Schmitt war selbst innerhalb der nationalsozialistischen Eliten umstritten. Aufgrund der Protektion des mächtigen Führers des Reichs-Wirtschaftsministeriums *Hermann Göring* behielt er allerdings seine Funktion als Preußischer Staatsrat und seine Professur an der Universität von Berlin.

Begriffe

20

Die **NSDAP**,

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, war eine politische Partei, die in den Anfängen der Weimarer Republik gegründet wurde. Ihr Programm war geprägt von einer scharfen Ablehnung der Demokratie und der Vorstellung, dass jegliches Recht in der physischen Gewalt wurzelt. Der rassistische Antisemitismus war ebenso wesentliches Element ihres Programms wie chauvinistischer Nationalismus. Die NSDAP verstand sich als straffe *Führerpartei*. 1921 übernahm der spätere Reichskanzler Adolf Hitler den Parteivorsitz.

Nach der Machtergreifung 1933 und der Etablierung der totalitären Diktatur konnte die NSDAP ihren politischen Alleinstellungsanspruch verwirklichen.

Die NSDAP war grundsätzlich eine *Kaderpartei*. Anträge auf Mitgliedschaft wurden in der Regel streng geprüft. Zeitweise verhängte man Aufnahmesperrn. Im Mai 1943 zählte die NSDAP 7,7 Millionen Mitglieder. Selbst am Höhepunkt der nationalsozialistischen Macht reichte die Organisationsdichte offensichtlich nicht zu einer Massenpartei.

1933 wurden die *Reichsparteitage* der NSDAP in *Nürnberg* inszeniert. Sie dienten als umfassend-totalitäre Propagandaveranstaltungen der (mediale) Massenmobilisierung, der Legitimation der Hitler-Diktatur und der Festigung von Ideologie und Regime. Das Parteesymbol der NSDAP war das Hakenkreuz. (S. Kasten 17) Nach Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 wurden die NSDAP und ihre nachgegliederten Organisationen in Deutschland und in Österreich verboten.

3 Der historische Faschismus

Immer schärfer ging das Regime im Sinne einer enggefassten *sozialen Volksgemeinschaft* gegen angebliche oder willkürlich definierte *Feinde* vor. Dies konnte kaum jemanden überraschen. Die nationalsozialistische Menschenverachtung war vielfach in zahlreichen Publikationen und Reden – und zwar schon lange vor dem Verfassungsbruch und der Beseitigung der Demokratie 1933 – angekündigt worden.

Die deutsche Diktatur war wesentlich schärfer als andere faschistische Systeme in Europa rassistisch und antisemitisch ausgerichtet. Hier liegt auch eine wesentliche Unterscheidung zum Mussolini-Regime in dessen Anfängen, den *Ursprungsfaschismus*. 1935 wurden die Nürnberger Rassengesetze erlassen. Sie zogen – auf pseudowissenschaftlicher Grundlage – diskriminierende Grenzen zwischen „Ariern“ und „Juden“. Eheschließungen zwischen „Deutschen“ und „Juden“ bzw. „jüdischen Mischlingen“ wurden verboten oder eingeschränkt. Die *Reinheit des deutschen Blutes* sei als höchstes Gut zu schützen. Die Nürnberger Rassengesetze waren der Auftakt eines monströsen Vernichtungswahns. Der Plan, alle Menschen, die man zu Juden erklärte, industriell zu ermorden, stand bereits nach der *Reichspogromnacht 1938* im Raum. Bei der *Konferenz in Wannsee* zu Jahresbeginn 1942 wurde er endgültig beschlossen. Er sollte – in ganz Europa – etwa sechs Millionen Menschen das Leben kosten.



„Parteitag des Sieges“,
Nürnberg 1933.



Carl Schmitt

Widerstand

14

Jorge Semprún (1923-2011)

musste als Jugendlicher 1936, zu Beginn des Spanischen Bürgerkrieges, mit seiner Familie nach Paris fliehen. Als Student der Philosophie an Sorbonne schloss er sich unter dem Decknamen Gérard der (kommunistischen) Resistance gegen die nationalsozialistischen Besatzer an. 1943 wird Semprún in das KZ-Buchenwald deportiert. 1945, nach Paris zurückgekehrt, unterstützt er den Widerstand gegen das Franco-Regime.

Über die Deportation in einem Eisenbahnwagen in das KZ Buchenwald schrieb Semprún mehr als eineinhalb Jahrzehnte später das Buch „Die große Reise“. Beim „Ausladen“ ließen die NS-Schergen ihre Hunde auf die Kinder los. Bald waren nur noch zwei übrig „... der kleinere begann zurückzubleiben, die SS-Männer brüllten hinter ihnen ...“ Keines der Kinder überlebte.

Auch in der Außenpolitik verschärfte das „Dritte Reich“ die Aggression: 1936 ließ Hitler das Rheinland besetzen, das seit Ende des Ersten Weltkrieges unter französischer Verwaltung stand. Damit revidierte das Deutsche Reich – einseitig und völkerrechtswidrig – die Bestimmungen des *Friedensvertrages von Versailles*.

Im März 1938 erfolgte der – ebenfalls völkerrechtswidrige – „Anschluss“ Österreichs. Im Oktober 1938 marschierte die deutsche Wehrmacht im Sudetenland ein, im März 1939 zerschlug sie die Reste der – bis dahin demokratischen – *Tschechoslowakischen Republik*. Die *slowakischen Teile* des Landes, die aufgrund des *Ersten Wiener Schiedsspruch* im November 1938 nicht an Ungarn fielen, bildeten einen eigenen „unabhängigen“, ebenfalls faschistisch ausgerichteten Staat. (*Slowakischer Staat*)

Am 1. September 1939 überfiel das nationalsozialistische Deutschland Polen. Die Westalliierten – Großbritannien und Frankreich – hatten sich gegenüber Hitler bis zu diesem Zeitpunkt defensiv verhalten, um den Frieden zu wahren (*Appeasement-Politik*). Nun aber erklärten sie den Krieg. Er sollte sich von einem

3 Der historische Faschismus

europäischen Bürgerkrieg zu einem globalen Krieg, dem *Zweiten Weltkrieg*, ausdehnen und – nach vorsichtigen Schätzungen – 70 Millionen Menschen das Leben kosten.

Widerstand

13

In den *besetzten Gebieten*

Europas leisteten Menschen mutigen – zuweilen erbitterten – Widerstand. Im sogenannten *Nacht-und Nebelerlass*, einer geheimen Richtlinie, verordnete Hitler die brutale Verfolgung des Widerstands in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Norwegen. Zahlreiche Menschen, davon auch völlig Unbeteiligte, wurden nach Deutschland verschleppt und heimlich abgeurteilt. Manche wurden selbst bei erwiesener Unschuld in Haft behalten. Die Angehörigen erhielten keinerlei Auskünfte. Ihr spurloses Verschwinden diente als Mittel der Abschreckung. Bis April 1944 wurden nachweislich an die 7.000 Menschen von der NS-Justiz in Deutschland abgeurteilt, die Todesurteile werden auf 340 geschätzt. Tausende wurden in Konzentrationslager verschleppt, ein großer Anteil ermordet.



Einmarsch in Österreich.
Rundfahrt Hitlers,
14./15. März 1938.

Hitler, aber auch sein engstes Umfeld, lehnten es ab, das nationalsozialistisch-totalitäre Deutsche Reich *faschistisch* zu nennen. (S. dazu schon o.) Die propagandistische Bezeichnung der Diktatur 1933 bis 1945 als faschistisches System erfolgte durch die Alliierten während des Krieges. Heute wird die wissenschaftliche Einordnung des Dritten Reiches unter dem Begriff Faschismus – zu Recht – kaum mehr in Frage gestellt.

Die Gründe dafür sind evident: Der italienische Faschismus diente – klar erkenntlich – als *Blaupause*, als Vorbild der nationalsozialistischen Diktatur. In beiden Ländern verwirklichte sich eine spezifisch gewalttätige Politikform mit charismatischem Führertum. Im Süden der Alpen war der *Duce* am Werk, im Norden der *Führer*. Beide Staatsideologien waren mit archaischen Mythen und heroischem Männlichkeitswahn überfrachtet. Beide Regime setzten auf Massenmobilisierung und Propaganda. Immer wieder betonten der Duce Mussolini und der Führer Hitler die innere, geistige Verwandtschaft ihrer Bewegungen. Die faschistischen Transformationsprozesse – wie auch in Österreich ab März 1933 (s. Seite 45) und Spanien ab 1936 (s. Seite 64) – verliefen in Italien und Deutschland zwar zeitversetzt, inhaltlich aber vielfach parallel.

Die Differenzen, die zwischen zwei radikal-nationalistischen Ideologien geradezu naturgesetzlich aufbrechen müssen, traten gegenüber einem gemeinsamen



Ehemaliges Konzentrationslager Natzweiler-Struthof, Elsaß/Frankreich.

3 Der historische Faschismus

Weltbild zurück. Zwar berief sich das faschistische Italien auf seine angeblichen „Werte und Wurzeln in der Römischen Antike“. Und die Faschisten in Deutschland betonten im Gegenzug, die „germanische Kultur“ sei der „dekadenten“ griechisch-römischen Tradition weit überlegen. Doch waren beide Regime – zumindest in der propagandawirksamen Darstellung und mit hanebüchenen Argumenten und Konstrukten – in der Lage, diese nationalistischen Gegensätze und Widersprüche zu glätten.

Territorialpolitisch gelang es ohnehin, die nationalen Interessengegensätze aufzuheben. Die großdeutsche Bewegung, auf die sich der Nationalsozialismus immer berufen hatte, musste schlussendlich auf *Südtirol* verzichten. Und damit auf den Anspruch im Deutschlandlied: *von der Etsch bis an den Belt ...*

Auch der Konflikt um Österreich wurde bereinigt. Mussolinis Italien hatte zwar – zumindest seitdem demütigenden Bittgesuch des austrofaschistischen Diktators Engelbert Dollfuß im August 1933 in Riccione – als Schutzmacht für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Österreichs funigiert. Bei Hitlers Putschversuch (Bauer 2014) im Juli 1934 ließ Mussolini Militär an der Brenner Grenze aufmarschieren.

Doch spätestens ab 1936 war endgültig Entspannung angesagt. Als Gegenspieler der westlichen Demokratien fanden die beiden faschistischen Systeme ihre Gemeinsamkeiten. Die deutsche Industrie lieferte Waffen für Italiens Abessinienkrieg, die Schutzmachtfunktion Mussolinis für das austrofaschistische Österreich wurde relativiert. Im Mai 1939 unterzeichneten der deutsche und der italienische Außenminister im Beisein Hitlers in Berlin eine Freundschafts- und Beistandsvereinbarung (den Stahlpakt).

Sowohl italienische als auch deutsche national-radikale Intellektuelle fanden in ihren eigenen nationalen Erzählungen viel Verbindendes. Italien sah sich um die Früchte des „Bündnisverrates“ gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn und der Kriegsbeteiligung auf Seite der Entente hingegangen („belasteter Sieg“).

Auf der anderen Seite der Alpen fühlte der radikal-nationalistische Intellektuelle *Arthur Moeller van der Bruck* sich und das Deutsche Reich ebenfalls betrogen. Die deutsche Nation sei im Friedensvertrag von Versailles gedemütigt, ja zum



links: Mildred Harnack-Fish

rechts: Claus Graf Schenk von Stauffenberg

„europäischen Paria“ degradiert worden. Als Konsequenz dieser historischen Entwicklungen, die als untragbar empfunden wurden, behaupteten sowohl der italienische als auch der deutsche Faschismus einen Expansionsanspruch ihrer Staaten auf Kosten anderer Länder und Völker; schlussendlich eine Legitimation zur gewaltsamen Eroberung von „völkischem Lebensraum“.

Widerstand

17

Mildred Harnack-Fish (1902–1943)

wurde in den USA geboren. In der Zwischenkriegszeit zog sie mit ihrem Mann Arvid nach Berlin. Dort war sie als Lehrbeauftragte und Übersetzerin tätig. Mit ihrem Mann baute sie das Widerstandsnetz Rote Kapelle auf. Man versuchte, vorwiegend der Sowjetunion, Informationen zukommen zu lassen.

Mildred Harnack-Fish wurde im September 1942 verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Hitler selbst ordnete eine Revision des Verfahrens an; dieses endete mit Todesurteil. Vor ihrer Hinrichtung 1943 übersetzte sie noch ein Gedicht von Johann Wolfgang Goethe. Ihre letzten Worte sollen gewesen sein: „*Und ich habe Deutschland so geliebt!*“

Die radikale Rechte in Deutschland war von den Erfolgen ihrer italienischen Gleichgesinnten fasziniert. Die Strategien für eine revolutionäre Machtübernahme waren dieselben: Mit gewaltbereiten martialischen Aufmärschen und der gewalttätigen Sprengung von Veranstaltungen des politischen Mitbewerbs destabilisierte man den pluralistisch-demokratischen Verfassungsstaat. Dann forderte man die Beteiligung an der Macht, um eben jenen „Bürgerkrieg“, mit dem man selbst ständig drohte und den man vorantrieb, zu vermeiden. Nur wenn sie selbst, die Faschisten, endlich Herren im Hause wären, das sie gerade angezündet hatten, könnten sie dieses Haus, „das teure Vaterland“, retten.

Faschistische Systeme legen Wert darauf, ihre verfassungs- und rechtswidrigen Taten als „rechtsstaatlich legitim“, zu verschleiern. Diese *Doppelstrategie*, die *Scheinlegitimität*, ist ein wesentliches, verbindendes Element aller faschisti-

3 Der historische Faschismus

schen Bewegungen. Sowohl die Machtübernahme in Italien und Deutschland als auch in Österreich und Spanien zeigen dies gut auf.

Widerstand

18

Claus Schenk-Graf von Stauffenberg (1907–1944)

war Berufsoffizier und begrüßte 1933 die Machtübernahme Hitlers. Er unterstützte anfangs die nationalsozialistisch-faschistischen Positionen.

Nach der desaströsen Niederlage der Deutschen Wehrmacht in Stalingrad und der zunehmenden Einsicht, dass die nationalsozialistische Diktatur ein Unrechtstaat war, entwickelte er mit Gleichgesinnten wie *Werner von Haeften* und *Henning von Tresckow* ein Konzept des militärischen Widerstands innerhalb der Wehrmacht.

Der Versuch, Adolf Hitler mit einem Sprengstoff-Attentat am 20. Juli 1944 (*Unternehmen Walküre*) zu töten und in einem Staatsstreich die nationalsozialistische Diktatur zu beseitigen, scheiterte. Stauffenberg wurde am nachfolgenden Tag im Hof des Berliner Bendlerblocks standrechtlich erschossen.

Der Widerstand des Juli 1944 – der auch von Offizieren in Österreich unterstützt worden war – gründete sich zum einen auf religiös-ethische Grundhaltungen und zum anderen auf den – ungeschriebenen – militärischen Ehrenkodex. Er zielte auf die Verhandlung eines akzeptablen, überlebenschfähigen Friedens mit den Alliierten ab.

Die Wiedererrichtung des demokratischen Verfassungsstaates hatte allerdings in den Plänen der Aufständischen für eine Nachkriegsordnung keinen Platz. Dies macht ihren mutigen Kampf für die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus – wie auch jenen des kommunistisch-marxistischen Widerstands – nicht weniger wertvoll.



Ausrufung der Republik Österreich am 12. 11. 1918.

Österreich

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, besiegelt durch den Waffenstillstand in der Villa Giusti in Padua am 3. November 1918, löste sich die österreichisch-ungarische Monarchie auf. Die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrates wählten im Oktober 1918 einen Staatsrat als Exekutivausschuss.

Die Staatsregierung unter Karl Renner wurde am 18. Oktober 1918 angelobt. Sie beanspruchte die Regierungsgewalt für das mehrheitlich deutschsprachige Gebiet der Monarchie. Kaiser Karl verzichtete unter massivem politischen Druck am 11. November 1918 auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Dieser Akt, der allerdings verfassungsrechtlich viele Fragen offenließ, ermöglichte den drei großen politischen Kräften im Reichsrat – Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen – die *Republik Deutsch-Österreich* am 12. November 1918 auszurufen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für den neuen Staat waren extrem schwierig. Seine Grenzen blieben vorerst unklar. Auf Kleinstaatniveau geschrumpft, waren die deutschsprachigen Gebiete weitgehend von den gewohnten und eingespielten ökonomischen Netzwerken und Märkten abgeschnitten. Auf den Straßen destabilisierten rückflutende, desillusionierte und marodierende Soldaten die politische Lage. Not und Elend, die Pandemie der Spanischen Grippe und Tuberkulose konnten durch die bloß rudimentär vorhandenen sozialen Sicherungssysteme kaum bekämpft und gemildert werden.

Der *Friedensvertrag von Saint-Germain* reduzierte Österreich endgültig auf eine „abgenagte Hühnerkeule“ mit kaum mehr als sechs Millionen Einwohnern. Ähnlich wie das verbündete Deutschland (*Friedensvertrag von Versailles*) empfanden weite Teile der Bevölkerung das neugeschaffene Völkerrecht als Diktat, das den Aufstieg des Faschismus in beiden Staaten begünstigt haben mag.

Die Sozialdemokraten (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs; SDAPÖ) gewannen die ersten Wahlen zur *Konstituierenden Nationalversammlung* am 16. Februar 1919. Sie regierten mit der Christlichsozialen Partei bis November 1920. Der Koalition gelang es, einen tragbaren Verfassungskompromiss auszuverhandeln: Die neugeschaffene Republik Österreich stützte sich auf eine

3 Der historische Faschismus

parlamentarische, *bürgerlich-liberale* Demokratie mit starken rechtsstaatlichen Grundfesten. Die Sozialdemokratie der Ersten Republik war austromarxistisch ausgerichtet (s. Kasten 18). Ziel war es, Marxismus und Demokratie zu verbinden. Daher hatte sich die Partei in Versammlungen ihrer Vertrauensleute klar gegen das – diktatorisch-kommunistische – Rätssystem entschieden.

Begriffe

18

Austromarxismus

Aus der Wiener sozialistischen Studentenbewegung ging eine junge marxistische Schule hervor, die im Sinne der Lehre von *Karl Marx* einen *dritten Weg* zwischen Reform und Revolution zur Veränderung des Gesellschaftssystems suchte. Die bekanntesten Vertreter dieser Schule waren *Max Adler*, *Rudolf Hilferding* und *Otto Bauer*.

Der Austromarxismus sollte ökonomische Elemente des Marxismus – wie die Verstaatlichung von großen Produktionsbetrieben, Banken und Versicherungen – und den liberalen demokratischen Verfassungsstaat moderner Prägung verbinden. Verstaatlichungen in erheblichem Umfang verwirklichte im Übrigen nach 1945 die *große Koalition* zwischen der – mittlerweile nicht mehr austromarxistischen – Sozialdemokratie und der Österreichischen Volkspartei in großem Umfang.

Die Sozialdemokratie hielt auf dieser Grundlage bis zum Ende der Ersten Republik am demokratisch-rechtsstaatlichen Modell fest. Entschieden positionierte sie sich gegen das marxistisch-kommunistische Rätssystem. Hier lag auch der Kern des Unterschieds zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. „Die Sozialdemokraten glaubten an die Kraft des Parlaments, das von den Kommunisten verachtet wurde.“ (Hanisch, 2011, S. 35).

Die revolutionäre innenpolitische Lage unterstützte allerdings indirekt die Sozialdemokraten. Auf den Straßen, in den Betrieben und Kasernen, formierten sich Arbeiter- und Soldatenräte und forderten den radikalen Umbau des Staates nach dem Modell der Sowjetunion.

Dies versetzte die Sozialdemokraten in die Lage, auf demokratischem Wege – also nicht revolutionär unter Anwendung von Gewalt, sondern evolutionär nach fairen Wahlen und durch Interessenausgleich in den Parlamenten – ihre progressive Sozialpolitik voranzutreiben. Die bürgerlichen politischen Kräfte – Christlichsoziale und Deutschnationale – trugen das Projekt mit, um den revolutionären Umbruchstendenzen entgegenzuwirken. Mit dem Achtstunden-Tag, dem Betriebsräte- und Kollektivvertragsgesetz, den umfassenden Sozialversicherungsgesetzen, dem Verbot der Kinder- und Frauennachtarbeit und der Errichtung der Arbeiterkammer, wurde eine erste Grundlage für den späteren Sozial- und Wohlfahrtsstaat geschaffen.

Die österreichische Bundesverfassung, maßgeblich gestaltet vom international renommierten Rechtsgelehrten Hans Kelsen (s. Kasten 19), gilt in ihren Grundelementen bis heute. Sie baut auf Zusammenarbeit und Kooperation der unterschiedlichen politischen Kräfte (Pluralismus). Ihre Kernelemente sind der demokratische Kompromiss, das „Salz der Demokratie“ (Kelsen) und der Rechtsstaat mit starken Abwehrrechten gegenüber dem Staat (Grundrechte). Der Gleichheitssatz (s. Kasten 19) verwirklichte den Anspruch der Aufklärung, dass alle Menschen mit gleichen Rechten geboren sind.



Rede Otto Bauers bei einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei.

3 Der historische Faschismus

Personen

19

Hans Kelsen (1881–1973)

war einer der bedeutendsten Rechtswissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Als *Rechtspositivist* war er Begründer der *Reinen Rechtslehre*. Er gilt als maßgeblicher Architekt der österreichischen Bundesverfassung von 1920. Später war er Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Kelsen wurde von rechtsextremen und autoriären Kräften angefeindet und 1930 aus dem Land gedrängt.

In Art. 7 „seiner Verfassung“ findet sich der *Gleichheitsgrundsatz*: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.“

Der Gleichheitssatz, ein Kernelement jeder modernen Verfassung, ist – wie große Teile der Bundesverfassung von 1920 bzw. 1929 – auch heute noch in Kraft.

Bald allerdings war die Gefahr der *Sowjetisierung Mitteleuropas* überwunden. 1919 waren die Rätssysteme in Ungarn und Bayern mit militärischer Gewalt zerschlagen worden. Nun formierten sich in Österreich rechtsautoritäre, teilweise bereits faschistisch geprägte politische Kräfte. Sie setzten sich zum Ziel, den „*revolutionären Schutt*“ – wie sie die zivilisatorischen Errungenschaften der Demokratie, den Rechtsstaat und die sozialen Sicherungssysteme despektierlich nannten – wieder „wegzuräumen“. All diese elitär-diktatorisch ausgerichteten Bewegungen, Strömungen und Parteien entsprangen einer schwer abgrenzbaren, rechtskonservativen und deutschnationalen Gemengelage (Wenninger 2013, S. 65–67). Sie einigte eine antidemokratische, antipluralistische und anti-sozialistische Grundhaltung.

Nach dem Justizpalastbrand 1927 (s. Kasten 20) drängten die rechtsextremen Kräfte innerhalb der christlichsozialen und deutschnationalen Parteien die gemäßigten und demokratietreuen Vertreter immer stärker zurück.



Hans Kelsen

Begriffe

20

Schattendorf und Justizpalastbrand

Am 30. Jänner 1927 hielt die regionale Frontkämpfervereinigung eine Veranstaltung im burgenländischen Schattendorf ab. Der Republikanische Schutzbund demonstrierte dagegen und marschierte vor dem Gasthaus auf.

Frontkämpfer schossen aus dem Obergeschoss des Gebäudes. Ein Kind, der sechsjährige Josef Gröbinger, und ein kroatisch-sprachiger Kriegsinvalider wurden getötet.

Ein *Geschworenengericht* in Wien sprach die Täter frei. Der *Wahrspruch* erfolgte äußerst knapp, nämlich im Verhältnis 7:5. Der Richter bezog Stellung für die Angeklagten und bezeichnete diese als „ehrenwerte Männer“.

Das Urteil empörte die – vorwiegend sozialdemokratisch organisierte – Arbeitnehmerschaft. Ohne Aufruf der Partei, aber zusätzlich befeuert von einem scharfen Artikel des Chefredakteurs der *Arbeiter-Zeitung*, *Friedrich Austerlitz*, zog eine große Menschenmenge am 15. Juli 1927 in spontaner Demonstration auf die Ringstraße.

Es kam zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Unter ungeklärten Umständen wurden die Redaktionsstuben von „bürgerlichen“ Medien und schließlich auch der Justizpalast angezündet. Der Wiener Polizeipräsident *Johannes Schober* und der Innenminister *Karl Hartleb* ließen in die Menge schießen. Der Einsatz der Polizeigewalt war exzessiv und völlig unverhältnismäßig. Das Resultat: 89 Tote lagen in den Straßen Wiens. Geschätzte eintausend Menschen wurden verletzt.

Der Vorfall zeigte die politische Führungsschwäche der Sozialdemokratie drastisch auf. Er befeuerte die rechtsextremen, autoritären Kräfte in ihrem erklärten Ziel, die demokratische Republik zu beseitigen.

Bereits 1920 waren christlichsoziale und nationale *Heimwehren* gegründet worden. In ihrer antidemokratischen Haltung trugen sie die politische Auseinan-

3 Der historische Faschismus

dersetzung aus den Parlamenten auf die Straße. Im Gegenzug gründeten die Sozialdemokraten den *Republikanischen Schutzbund*. Beide *paramilitärischen Verbände* (s. Kasten 8) fochten ihre politischen Gegensätze gewaltsam aus.

1930 schworen in *Korneuburg* christlichsoziale und deutschnationale Heimwehren einträchtig einen Eid, die demokratische Verfassung zu beseitigen und eine faschistische Diktatur zu errichten. Sie erklärten, die Gewaltenteilung – eine zivilisatorisch besonders wertvolle Errungenschaft der liberal-freiheitssichernden Staatstheorien der Aufklärung – „reformieren“ zu wollen: Statt der klassischen staatlichen Gewalten *Legislative, Exekutive und Judikative* sollten nun allein der „*Gottesglaube, der eigene harte Wille und das Wort der Führer*“ maßgeblich sein.

1931 marschierte der *Steirische* – bereits explizit faschistisch ausgerichtete – *Heimatschutz* mit anderen paramilitärischen Heimwehrverbänden *auf Wien*. Wie Mussolinis Marsch auf Rom (s. Seite 16) hatte die Machtdemonstration das Ziel, die „dekadente Demokratie“ zu beseitigen und eine (faschistische) Diktatur zu errichten.

Die weltweite Wirtschaftskrise ab 1929 ruinierte auch Unternehmen und Finanzwirtschaft in Österreich. Sie führte zu Massenarbeitslosigkeit. Das soziale Elend verschärfte die Radikalisierung sowohl am rechten als auch am linken Rand der Gesellschaft. Allerdings gelang es der Sozialdemokratie, ihren linken – vor allem verbal radikalen – Rand bis zuletzt an das demokratische Projekt zu binden.



Kriminalpolizei vor dem Parlament.



Justizpalastbrand, 1927.

1932 wurde *Engelbert Dollfuß* (s. Kasten 21) zum Bundeskanzler ernannt. Bereits in seinem ersten Regierungsjahr versuchte er, den demokratischen Verfassungsstaat zu unterlaufen und mit *Verordnungen* diktatorisch das Parlament zu umgehen. Im März 1933 nutzte er eine krisenhafte Sitzung des österreichischen Nationalrats, in der – ohne über die Konsequenzen nachzudenken – alle drei Präsidenten ihr Amt niedergelegt hatten. Verfassungswidrig und mit Waffengewalt unterband Dollfuß die verfassungs- und geschäftsordnungskonforme Wiederzusammenkunft des Nationalrats am 15. März 1933.

Personen

21

Engelbert Dollfuß (1892–1934)

war ein christlichsozialer Politiker. 1931 bis 1933 nahm er in der Regierung die Position des Landwirtschaftsministers ein. 1932 avancierte er zum Bundeskanzler. Ab März 1933 regierte er diktatorisch.

Seine Politik richtete sich vorgeblich gegen den Nationalsozialismus. Wesentlich härter traf sie aber die demokratischen Kräfte, insbesondere die Sozialdemokratie. Die österreichische Diktatur, die sich bis zum „Anschluss“ 1938 halten sollte, fußte auf faschistischen Grundsätzen nach Vorbild des italienischen Mussolini-Systems.

Im Juli 1934 wurde Dollfuß bei einem – unmittelbar von Adolf Hitler angeordneten – Putschversuch getötet. Diesen Umstand nützen autoritäre, diktaturaffine Kräfte bis heute, ihn zum *Märtyrerkanzler* zu stilisieren. Die Behauptung, er habe Österreich gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschen Reich wirksam verteidigt, ist allerdings in keiner Weise haltbar. Die Historikerin *Lucile Dreidemy* hat diesen *Opfer-Helden-Mythos* in ihrem Buch *Der Dollfuß-Mythos* (Wien 2013, 7–16) hellsichtig entlarvt.

Kurt (von) Schuschnigg (1897–1977)

war ein christlichsozialer Politiker. Schuschnigg hat als Justizminister des Kabinetts Dollfuß sowohl den Verfassungsbruch 1933 als auch schwere Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Freiheitsentziehungen, Folterungen und Justizmorde maßgeblich mit zu verantworten. Von Juli 1934 bis

3 Der historische Faschismus

März 1938 stand Schuschnigg als Diktator an der Spitze des Staates. 1936 übernahm er auch die Führung der Einheitspartei der Diktatur, die *Vaterländische Front*, und beanspruchte den Titel *Frontführer*.

Bereits vor dem Verfassungsbruch hatte er den katholisch-antisemitischen Wehrverband *Ostmärkische Sturmsharen* gegründet (1930). Gewandet in graue Uniformhemden, schwarze Krawatten und graue Kappen, waren diese gewaltbereiten Einheiten *klerikalfaschistisch* ausgerichtet und destabilisierten die Demokratie und den Rechtsstaat der Ersten Republik.

Als österreichischer Führer-Kanzler konnte Schuschnigg dem Nationalsozialismus wenig entgegensetzen. Er beugte sich sowohl im Juliabkommen 1936 als auch im Februar 1938, als er von Hitler nach Berchtesgaden zitiert worden war, dem Druck des Dritten Reiches.

Nach dem *Anschluss* Österreichs wurde Schuschnigg von der nationalsozialistischen Diktatur bis 1945 als *Schutzhäftling* in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert.

Nach der Befreiung Österreichs war er selbst für die neuformierte bürgerliche Sammelpartei (ÖVP) politisch untragbar. Er ging in die USA und lehrte dort als Professor für Staatsrecht. 1968 kehrte er nach Österreich zurück.

Schuschnigg wurde – wie viele austrofaschistische Rechtsbrecher – für seine schweren Straftaten nie belangt.



Kurt Schuschnigg bei seiner Rede anlässlich der Einweihung des „Dollfuß-Heimes“ in Gänserndorf, 1936.



Engelbert Dollfuß

In der Folge behauptete Dollfuß, das Parlament habe sich „selbst ausgeschaltet“. Diese in keiner Weise zutreffende Schutzbehauptung sollte – auch noch jahrzehntelang in der wiedererrichteten Zweiten Republik Österreich – als Rechtfertigung für die Diktatur von 1933 bis 1938 vorgeschoben werden.

Nach der Ausschaltung des Nationalrates wurden auch weitere Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates eingeschränkt oder eliminiert. Die *Grundrechte*, insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit, wurden beschnitten, der *Verfassungsgerichtshof* gelähmt, die demokratische Willensbildung in der Arbeiterkammer (s. Kasten 37) aufgehoben. In *Wöllersdorf* errichteten die Putschisten ein *Anhaltelager* für politische Häftlinge. Das Regime führte auch die Todesstrafe im *Standgerichtsverfahren* (s. Kasten 22) wieder ein. Die Abschaffung der Todesstrafe hatte die Republik einige Jahre zuvor noch als zivilisatorischen Fortschritt gefeiert.

Begriffe

22

Standrecht

Standrecht bezeichnet ein *Wehrrecht*, in dem die Gerichtsbarkeit auf den höchsten Befehlshaber des Militärs und der Sicherheitskräfte übergeht.

Das Standrecht dient dazu, in tatsächlichen oder vorgeblichen Krisensituationen des Staates mit befehlsverweigernden oder widerständigen Menschen *kurzen Prozess* zu machen. Standgerichtsprozesse sollen als abschreckendes Beispiel dienen. Vornehmlich werden Todesurteile gefällt und unmittelbar danach vollstreckt.

Die Dollfuß-Putschisten führten bereits wenige Monate nach dem Staatsstreich im Frühjahr 1933 Standrecht und Todesstrafe wieder ein. Sie taten dies mit dem offensichtlichen Ziel, jeglichen Widerstand gegen den Verfassungsbruch und die Verfestigung ihrer Diktatur zu unterbinden.

Am 12. Februar 1934 erhob sich der Republikanische Schutzbund – nach einer gut geplanten, zielgerichteten Provokation des Regimes – gegen das autoritäre Regime. Die Bundesführung der Sozialdemokratie stellte sich allerdings

3 Der historische Faschismus

nur widerwillig hinter den Aufstand. Die Aussichtslosigkeit des Vorhabens war offensichtlich. *Koloman Wallisch* (s. Kasten 22 u. 23), der steirische Abgeordnete zum Nationalrat und – einige Tage später – selbst Opfer des Regimes, sprach von „organisiertem Selbstmord“.

Nach wenigen Tagen hatten die bewaffneten Kräfte des Regimes – Gendarmerie, Polizei, Bundesheer und Heimwehren – den Aufstand niedergeschlagen. Der Historiker Kurt Bauer zählt in einer jüngeren Publikation (2019) 350 bis 360 Tote, davon überwiegend Zivilisten. Neun Widerstandskämpfer wurden hingerichtet. (S. Kasten 23)

Februaraufstand 1934 („Bürgerkrieg“)

23

Die ständigen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Regimegegnern und die triste wirtschaftliche Lage, erhöhte die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmerschaft.

Der Linzer Schutzbundkommandant *Richard Bernaschek* kündigte in einem Brief an die Parteizentrale der Sozialdemokratie in Wien an, sich im Falle einer weiteren Hausdurchsuchung der Exekutive und der Heimwehr im Parteilokal *Hotel Schiff* mit Waffengewalt zu wehren. Die Wiener Zentrale antwortete schriftlich und chiffriert, dass von jeder Gegenwehr abzusehen sei.

Die Partei, insbesondere ihr prominentester politischer Kopf *Otto Bauer*, ahnten, dass das Regime nur einen Vorwand suchte, die letzten Reste der demokratischen Republik, insbesondere die noch bestehende und ökonomisch-sozial erfolgreiche sozialdemokratische Selbstverwaltung in Wien und die freien Gewerkschaften, zu beseitigen.

Die regimetreuen Behörden fingen die Nachricht ab. Bernaschek ließ auf die Bewaffneten, die verfassungswidrig und damit illegal das Hausrecht brechen wollten, schießen.

In der Folge erhob sich der Republikanische Schutzbund in den Industriegebieten von Nieder- und Oberösterreich, der Steiermark und in Wien. Das



Koloman Wallisch (1889–1934)

Georg Weissel (1899–1934)

Regime ging militärisch mit aller Härte gegen die Aufständischen vor. Wohnbauten, in denen sich die verfassungstreuen Truppen verschanzt hatten, ließ die Diktatur mit Artillerie beschießen.

Bruck an der Mur in der Steiermark, die Heimat des Abgeordneten zum Nationalrat *Koloman Wallisch*, konnte einen Tag lang gehalten werden, Floridsdorf unter *Georg Weissel*, Offizier der Wiener Berufsfeuerwehr, bis in die Morgenstunden des 15. Februar.

Es ist anzunehmen, dass ausschließlich Männer in diesem – völlig ungleichen – militärischen Kampf die Waffen führten. Doch unterstützten zahlreiche Frauen – wie etwa *Hilde Zechner* – in Bruck, unter wohl noch größerer Lebensgefahr, die Aufständischen. Sie sorgten für Proviant, Informationen und medizinische Hilfsdienste.

Neun Aufständische wurden im Standrechtsverfahren hingerichtet, darunter auch *Georg Weissel* und *Koloman Wallisch*. Bei Wallisch spricht die wissenschaftliche Forschung von einem besonders zynischen *Justizmord*, den der Kanzlerdiktator Dollfuß, der Justizminister Schuschnigg und der Sicherheitschef und Heimwehrführer von Wien, *Emil Fey*, unmittelbar oder mittelbar zu verantworten haben.

Otto Bauer, der den Aufstand nur zögerlich politisch deckte, floh in die Tschechoslowakei; ebenso der Mitbegründer des Republikanische Schutzbundes und Abgeordnete zum Nationalrat *Julius Deutsch*. Die Flucht ist nachvollziehbar. Für beide bestand akute Lebens(Hinrichtungs)gefahr. Ihr Ausharren im aufständischen Wien wäre sinnlos gewesen. (Anzenberger, 2018, S. 16-17)

Die militärischen Kämpfe des Februar 1934 sind nicht als *Bürgerkrieg* zu qualifizieren. Dafür fehlen die innen- und außenpolitischen sowie organisatorischen Voraussetzungen. Im Gegensatz zum späteren *Putsch* der Nationalsozialisten im Juli 1934, werden die Kämpfe des Februars als *Aufstand* bezeichnet. Diese Definition unterstreicht, dass es sich um eine legitime Erhebung auf Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates handelte.

3 Der historische Faschismus

Der Februaraufstand 1934 in Österreich gilt als erster militärischer Widerstand gegen den Faschismus in Europa.

Mit der „Mai-Verfassung 1934“ war die Erste (demokratische) Republik Österreich endgültig beseitigt und durch eine autoritäre Diktatur ersetzt. Das neue „Grundgesetz“ ließ die Diktatur – wohl völlig bewusst – am *Tag der Arbeit* (1. Mai) in Kraft treten. Dies empfanden weite Teile der Arbeiterschaft, die für ihre Partizipation an den Staatsgeschäften jahrzehntelang unter großen Opfern gestritten hatten, als schmerzhafte Provokation. Den vorgeblichen Anspruch, Österreich mit der Errichtung eines „Ständestaates“ vor der nationalsozialistischen Bedrohung zu bewahren, konnte diese „Verfassung“ freilich nicht erfüllen.

Stimmen der Zeit

24

„Demokratisch, solange wir können, Diktatur nur, wenn man uns zwingt und soweit man uns zwingt.“ (**Otto Bauer**, 1927)

„Wenn die Sozi... Dummheiten machen, werden wir mit aller Brutalität vorgehen. In den nächsten fünf Minuten ist das Standrecht in Österreich.“ (**Engelbert Dollfuß** bereits Anfang 1933 in einer Vorstandssitzung der Christlichsozialen Partei)

„Unter deiner Führung wird ein neues wohlgeordnetes, selbstständiges, katholisches Österreich entstehen!“... Heil unserem Dollfuß, dem Führer! (**Generalsekretariat der Christlichsozialen Partei**, 1933)

„Die Einwendung, dass sich die Sozialdemokraten des offenen Aufbruchs schuldig gemacht hätten, ist gänzlich hinfällig. Sie wären selbst nach der Staatslehre des Heiligen Thomas von Aquin zum Widerstand gegen eine offenbar unrechtmäßige Regierung berechtigt gewesen.“ (**Alexander Spitzmüller**, „bürgerlicher“ Journalist, 1955)

„Gott schütze Österreich.“ (**Kurt Schuschnigg**, 1938)



Das Kruckenkreuz war das Symbol der österreichischen Diktatur 1933 bis 1938.

Im Juli 1934 putschten die Nationalsozialisten. Dollfuß hatte zuvor noch in einem vertraulichen Gespräch am Mattsee versucht, sie in seine Regierung einzubinden. Hitler hatte den Putsch angeordnet und unterstützt (Bauer 2014). Im Ringen zwischen autoritärer und totalitärer Diktatur wurde Dollfuß im Kanzleramt angeschossen. Er verstarb. Medizinischer und religiöser Beistand waren ihm verweigert worden.

An seine Stelle trat Kurt Schuschnigg. (S. Kasten 21) Er sollte mehrmalige Angebote der Sozialdemokratie, gemeinsam und im Schulterschluss gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen, ablehnen. Die Grundbedingung der Opposition, im Gegenzug schrittweise zur Demokratie zurückzukehren und insbesondere die Grundrechte wieder in Kraft zu setzen, wollte der „kleine“ Diktator nicht erfüllen. Vielmehr paktierte er mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich.

1938 kollabierte die österreichische Diktatur unter dem deutschen Druck. Schuschnigg kapitulierte mit dem Hinweis, er wolle „kein *deutsches* Blut vergießen“. Sein larmoyant-pathetischer Abschiedsgruß an ein Land, das er den Zumutungen einer Diktatur ausgesetzt hatte? „*Gott schütze Österreich.*“

Das nationalsozialistische Deutsche Reich übernahm in großer Geschwindigkeit die Behörden und Institutionen des Landes. Das überwältigende Votum für den „Anschluss“ in einer Volksabstimmung war erpresst. Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ende der österreichischen Eigenständigkeit von innerstaatlichen nationalsozialistischen Eliten und beachtlich großen Teilen der Bevölkerung herbeigeführt und unterstützt worden war.



Artilleriebeschuss von Wohnhäusern in Wien.

3 Der historische Faschismus

Aus Österreich wurde die *Ostmark* und später, 1942, die *Alpen- und Donau-Reichsgaue*. Das Land war Teil eines verbrecherischen Staates, der nahezu ganz Europa unterwerfen sollte. Zahlreiche prominente Täter der Angriffskriege und der industriellen Menschenvernichtung wie *Adolf Eichmann*, *Ernst Kaltenbrunner* oder *Odilo Globocnik* stammen aus dem untergegangenen Österreich. Österreicherinnen und Österreicher waren nicht nur Opfer der nationalsozialistischen deutschen Aggression. Sie waren vielfach auch Täter. Es dauerte sehr lange, bis Österreich erstmals öffentlich seine Mitschuld eingestand. (Seite 116)

Widerstand

28

Kärntner Slowenen

leisteten als Partisanengruppe der *Osvobodilna Fronta* (OF; Befreiungsfront) bewaffneten Widerstand gegen die nationalsozialistischen Unterdrücker. Die OF war von slowenischen Antifaschist:innen in Ljubljana gegründet worden, nachdem das Deutsche Reich Jugoslawien im April 1941 überfallen hatte.

Kärntner Slowenen, die aus der Wehrmacht desertiert waren, schlossen sich der OF an, um auf Seite der Alliierten für die Befreiung Europas zu kämpfen. Die Bereitschaft zum Widerstand wuchs, nachdem das NS-Regime ab 1942 die Unterdrückung der Slowen:innen in Kärnten/Koroška verschärft und zweihundert Kärntner Familien nach Deutschland deportiert hatte.

Die Partisanengruppen in Kärnten und im Norden Sloweniens standen auch in engem Kontakt mit den *Koralmpartisanen*. Diese kämpften gegen das Hitler-Regime im südlichen steirischen Randgebirge, an der Grenze zwischen Steiermark und Kärnten.

Sepp (Josef) Filz (1906–1994),

Deckname „Josch“, gründete 1943 mit Max Muchitsch („Ferdl“), Anton Wagner („Tič“) und Ferdinand Andrejowitsch („Faust“) die *Partisanengruppe Leoben-Donawitz*. In der gebirgigen Obersteiermark – Eisenerzer Alpen, Hochschwab und Ennstaler Alpen– übte die Gruppe militärischen Widerstand gegen die nationalsozialistischen Besatzer und für ein Wiedererstehen des freien demokratischen Österreich. Die Bedingungen



Sepp Filz und Heimo Halbrainer.

für den Widerstand waren besonders schwierig. Man war von anderen Partisanengruppen – etwa die Koralm partisanen im Süden – völlig abgeschnitten.

Die Gruppe verübte Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnanlagen und andere Sabotageakte, um die Kriegswirtschaft zu stören und den Sieg der Alliierten zu beschleunigen.

Fritz Molden (1924–2014)

war ein bekannter österreichischer Journalist, Autor und Verleger. Schon in jungen Jahren übte er als Mitglied des *katholischen Untergrunds* Widerstand gegen den Nationalsozialismus. 1942 wurde er in ein *Strafbataillon* an der Ostfront versetzt und verwundet.

Als loses Mitglied einer Widerstandsgruppe um den Generalmajor *Erwin Lahousen* versuchte Molden, in der Schweiz das Widerstandsnetz gegen den Nationalsozialismus zu stärken. Molden gelang es schließlich, mit den Alliierten in Kontakt zu treten. Er fungierte als Mittelsmann zwischen den alliierten Geheimdiensten, insbesondere dem *Office of Strategic Services* (Codename „Agent K-28“) und der österreichischen Widerstandsbewegung *O5*.

Molden kehrte im September 1944 aus der Schweiz nach Österreich zurück. Dort unterstützte er den Nachrichtendienst des örtlichen Widerstandes, der über Funk den Alliierten Informationen über angebliche Pläne der Nationalsozialisten zukommen lassen sollte. Man befürchtete die Errichtung der *Alpenfestung*, eines letzten Bollwerkes der untergehenden Diktatur.

Das Herrschaftssystem 1933 bis 1938 – obwohl korporatistisch konzipiert (s. Seite 100) – war kein Ständestaat, wie vom Regime selbst – und auch einigen Historikern und Kommentatoren – euphemistisch behauptet. Vielmehr entwickelte sich nach dem Verfassungsbruch 1933 eine durchgebildete Diktatur. Man kann das Regime von 1933 bis 1938 einen Polizeistaat, eine Kanzlerdiktatur oder auch eine Regierungsdiktatur nennen. Doch ist mit diesen Bezeichnungen

3 Der historische Faschismus

wohl wenig gewonnen. So stand auch im Deutschen Reich mit Hitler ein Kanzler und – naturgemäß – eine Regierung an der Spitze des Staates. Man käme aber wohl kaum auf die Idee, das nationalsozialistische Deutsche Reich als eine Kanzlerdiktatur zu bezeichnen.

Begriffe

25

Austrofaschismus?

„Austro-Faschismus? Die Suppe ist zu dünn“ (Lothar Höbelt, 2017, S. 62)

„Begrifflich könnte man also sagen, dass eine korrekte Bezeichnung für jene Jahre wohl lauten müsste: Die Regierungsform war eine antimoderne, imitationsfaschistische Diktatur.“ (Helmut Konrad, 2014 S. 43)

„Aufgrund seiner Anleihen beim und Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus, teils auch mit dem deutschen Faschismus, zum einen, aufgrund seiner Eigenständigkeiten und Besonderheiten zum anderen, ist dafür der Begriff Austro-Faschismus adäquat anwendbar.“ (Emmerich Tálos, 2013, S. 586)

„Im österreichischen Regime ist der Versuch zu sehen, „in Anlehnung an Italien ein faschistisches System ‚von oben‘“ zu etablieren. Das Produkt dieser Bemühungen zeichnete sich neben seiner chronischen Instabilität durch eine Reihe von Spezifika aus, die es uns gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer eigenen Unterkategorie auszugehen: dem Austrofaschismus.“ (Lucile Dreidemy/Florian Weninger, 2013 S. 7)

„Insgesamt ist es daher durchaus angebracht, die Diktatur als österreichspezifisch-faschistisches Gewaltregime zu bewerten.“ (Werner Anzenberger, 2017 S. 49)

„Weil außerdem kaum ernsthaft bestritten werden kann, dass „das österreichische Herrschaftssystem der Jahre 1933-1938 dem Spektrum faschistischer Herrschaft zuzurechnen sei? ... bleibt dessen Benennung als austrofaschistisch doch am eingängigsten und prägnantesten, denn es wird damit

die österreichische Variante ... eines allgemeinen Phänomens benannt, das verschiedene Ausformungen und Spielarten kennt ..." (**Carlo Moos**, 2021, S. 499)

Wesentlich fruchtbarer ist es hingegen, das politische System in Österreich von 1933 bis 1938 am Prototyp Italien (s. Seite 16) zu messen. Und hier ergeben sich auffallende Parallelen. (Talos, 2013, S. 574) Die Kernelemente des Faschismusbegriffs (s. Seite 86) wie Antiparlamentarismus, die Aufweichung des Rechtsstaates und der Grundrechte, die Fiktion einer sozialen Volksgemeinschaft, der scharfe Antikommunismus und -sozialismus sowie das brutal-kompromisslose Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, traten in der österreichischen Diktatur gut erkennbar zu Tage. Dazu kam eine Verachtung für die Werte der Aufklärung und der Errungenschaften der französischen Revolution. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime war rechtsextrem und antimodern. Ausdrücklich wünschte es sich eine Rückkehr zu mittelalterlichen gesellschaftlichen Strukturen. (S. Kasten 33)

Andere Elemente des italienischen Prototyps fehlen, zumindest auf den ersten Blick: So gelang es der österreichischen Diktatur vielfach nicht, die Massen euphorisch mit Programmatik zu durchdringen oder gar gleichzuschalten. Die autoritär verordnete „neue“ politische *Retro-Heilslehre* war wohl zu wenig auf Veränderung, zu wenig revolutionär ausgerichtet, um die Masse der Bevölkerung zu begeistern. Für viele mag der in Österreich aufgezogene *Konkurrenzfaschismus* gegenüber jenem im Deutschen Reich unbeholfen und provinziell gewirkt haben.

Immerhin erreichte aber die Einheitspartei der Diktatur, die *Vaterländische Front*, eine stattliche Anzahl von Mitgliedern. Sie sollte bis März 1938 auf 3,3 Millionen anwachsen. (Talos, 2013, S. 172) Diese beachtliche Organisationsdichte, durchaus ein Hinweis auf eine doch existierende Massenbasis, geht über die Parteilbindung im italienischen, aber auch deutschen Faschismus hinaus.

3 Der historische Faschismus

Widerstand

26

Goldy Parin-Mattéy

gehört zu einer Gruppe des Widerstandes gegen den Austrofaschismus, die *Ute Sonnleitner*, Historikerin, als die „*Roten Grafen und Gräfinnen*“ bezeichnet hat. Diese Söhne und Töchter aus „gutem Hause“ begeisterten sich nicht nur für sozialistische Ideen, sie lehnten – aus einer liberalen Grundhaltung – die Diktatur zutiefst ab. Der *Kreis der Morellenfeldgasse* in Graz, benannt nach einer Wohnung in Sankt Leonhard, traf sich regelmäßig, um zu diskutieren und Widerstandsaktionen gegen das Regime zu planen. Achtzehn Männer und Frauen – Künstler, Interlektuelle, Architekten, Dichter und Ärzte – sind gut dokumentiert. 1937 verließ Goldy Mattéy das austrofaschistische Österreich und schloss sich den *Internationalen Brigaden* im spanischen Bürgerkrieg an. (Sonnleitner, 2012 S. 202-223)

Von September 1944 bis Oktober 1945 war sie mit ihrem Mann, *Paul Parin*, und weiteren fünf Ärzten als Freiwillige in Jugoslawien. Goldy leistete in Titos Partisanen-Armee Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht und die italienischen Streitkräfte.

Nach 1945 arbeitete Goldy Parin-Mattéy als Psychoanalytikerin.

Es ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass keine rechtsextreme Diktatur in Europa, die Anleihen beim italienischen Modell suchte, diesem im Ergebnis tatsächlich entsprach. Die Diktatur in Österreich von 1933 bis 1938 kommt – prüft man die einzelnen Kernelemente des Faschismus (s. Seite 86) – dem italienischen Vorbild vielleicht am nächsten. Das Regime unternahm wahrlich alle Anstrengungen, um „ein faschistisches System von oben zu etablieren“ (s. Kasten 25). Man kann – wie auch im Falle Spaniens – von einem *Normalfaschismus* sprechen; im Gegensatz zum *Radikalfaschismus* des Deutschen Reiches.

Aus diesem Grunde ist die Definition *Austrofaschismus* (s. Kasten 25), der ja gerade die Besonderheiten des österreichischen Modells sehr gut zum Ausdruck bringt, jedenfalls argumentierbar. Der Begriff Austrofaschismus wird von all



Bruno Kreisky

jenen Expert:innen, die sich wissenschaftlich mit der österreichischen Diktatur beschäftigen, überwiegend verwendet. (Anzenberger 2014, S. 113)

Widerstand

27

Bruno Kreisky (1911–1990)

betätigte sich als Funktionär der *Revolutionären Sozialisten*, Nachfolgeorganisation der verbotenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, am Widerstand gegen das austrofaschistische Regime.

1936 wurde er gemeinsam mit anderen Sozialisten und zwei Kommunisten wegen „Hochverrats“ vor Gericht gestellt. („Sozialistenprozess“) Für die Sozialdemokraten Karl Hans Sailer und Maria Emhart forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Aufgrund des internationalen Medienechos fielen die Urteile – im Vergleich zu den Strafforderungen – milde aus: Der Hauptangeklagte erhielt eine Haftstrafe von 20 Monaten, Kreisky ein Jahr schweren Kerker.

Als Bundeskanzler (1970 bis 1983) setzte sich Kreisky im besonderen Maße für die historische Aufarbeitung der Diktatur 1933 bis 1938 ein. Er sprach sich für die Versöhnung der vormals verfeindeten Lager aus. Dies setze, so Kreisky, allerdings voraus, dass historische Fakten anerkannt würden und Einsicht und Verantwortung der Täter gegeben seien. Kreisky legte Wert darauf, dass zwischen Täter und Opfer, Diktatur und Widerstand differenziert werde. Dies sei schon allein deshalb notwendig, weil es einen Unterschied mache, ob man „die Schläge erhalten oder nur gezählt“ habe.

Jüdinnen und Juden wurden in der österreichischen Diktatur nicht explizit verfolgt. Jüdinnen und Juden, die aus Deutschland fliehen mussten, fanden in Österreich Zuflucht. Mit *Robert Winterstein* nahm sie sogar ein jüdisches Mitglied in die Regierung auf. Als Innenminister hatte Winterstein vielfach Repression und Gewalttaten gegen die oppositionellen Teile der Bevölkerung zu verantworten. (Seite 111)

3 Der historische Faschismus

Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in einzelnen Bereichen der – in Österreich ohnehin schon traditionelle – Antisemitismus bereits während der österreichischen Diktatur verschärfte. Vor allem in den Bildungseinrichtungen, den Schulen und den Universitäten, wurden Juden – wie auch Student:innen und Lehrpersonal, die der Sozialdemokratie zugerechnet wurden – mit Hass und Häme verfolgt. Es bildeten sich braun-schwarze Netzwerke gegen alles, was man als das Ungerade bezeichnete; also gegen Juden, Liberale oder Sozialdemokraten. Die rechtsextremen Netzwerke an den Universitäten überdauerten bis in die 1980er Jahre der Zweiten Republik.

Iberische Halbinsel

a) Spanien

In Spanien herrschte mit dem *Franquismus* 1936 (vollständige Machtdurchsetzung 1939) bis 1977 eine Diktatur, die klar erkennbare faschistische Züge aufwies. Auch sie orientierte sich an den ideologisch-politischen Versatzstücken des Mussolini-Regimes.

1931 löste die Zweite Spanische Republik die Monarchie ab. Die anfänglich allgemeine Begeisterung der Bevölkerung für das republikanische Projekt schwand allerdings bald. Die enorme gesellschaftliche und ökonomische Rückständigkeit des Landes und die damit verbundenen Strukturprobleme konnten nicht rasch genug behoben werden.

Das Elend der unterprivilegierten Land- und Industriearbeiter schuf ein erhebliches revolutionäres Potential. Die Industrialisierung und Modernisierung der Städte wie Barcelona und Madrid förderten die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem kulturellen Monopolanspruch der römisch-katholischen Kirche und dem progressiven, liberal-laizistischen politischen Kräften. Der Gegensatz zwischen Konservatismus einerseits und progressiven Modernisierungstendenzen andererseits zeichnete auch die Demarkationslinie zwischen der religiös legitimierten Monarchie und den Befürwortern der Republik.



Für weiteren politischen Sprengstoff – der, abgemildert zwar, bis heute existiert – sorgten die Separationsbewegungen in Katalonien und im Baskenland. Das Militär wiederum hatte sich weitgehend von der staatlichen Kontrolle gelöst und einen eigenständigen Machtfaktor – einen *Staat im Staate* – gebildet.

Klerikale, monarchistische und rechtsautoritäre Kräfte auf der einen und demokratische, kommunistische und anarchistische Bewegungen auf der anderen Seite standen sich unversöhnlich gegenüber. Beiden Seiten gelang es allerdings nicht, geschlossene Blöcke zu bilden. Brücken zwischen den Weltanschauungen konnten kaum geschlagen werden. Im gesellschaftlich rückständigen Spanien hatte der ausgleichende politische Kompromiss, das *Salz der Demokratie*, kaum Tradition. Interessenkonflikte wurden vielfach mit Gewalt ausgetragen. Der aufkommende Faschismus in Europa, der auch in Spanien auf fruchtbaren Boden fiel, verschärfte die Situation.

1932 putschte das Militär. Die rechtsgerichtete Regierung zog nur milde Konsequenzen und amnestierte die Putschisten. Auch nahm sie vielfach die – nur unzureichenden – Sozialreformen für die notleidende Arbeiterschaft zurück.

1933 gründete *José Antonio Primo de Rivera* die *Falange Española*. Der Name dieser rechtsextrem-autoritären Bewegung leitet sich aus dem Altgriechischen ab und bedeutet *Walze* oder *Schlachtreihe*. Den Falangisten, „gekapert“ von Franco, sollte es im nachfolgenden Bürgerkrieg gelingen, in weiten Teilen der Bevölkerung *Masse* zu gewinnen und zu einer bestimmenden politischen Kraft aufzusteigen. 1937 wurde die Falange mit den monarchistischen *Karlisten* zur Einheitspartei der Diktatur *FET y de las JONS* vereinigt.

Im Februar 1936 gewann die Volksfront – eine progressive, grundsätzlich demokratische Allianz – die Wahlen. Sie bildete eine strikt republikanische Regierung. Die rechte parlamentarische Opposition anerkannte diesen Wahlsieg, nicht aber der (para)militärische spanische Rechtsradikalismus. Dieser distanzierte sich endgültig von der Republik und versuchte – mit Gewalt und vorwiegend auf der Straße – die demokratisch gewählte Regierung zu destabilisieren.

Am 17. Juli 1936 begann in Spanisch-Marokko der Staatsstreich von Teilen der Armee gegen die Republik. Federführend waren die Generäle *Francisco Franco*

3 Der historische Faschismus

und *Emilio Mola*. Der Putsch griff rasch auf die Halbinsel über. Erste Städte in Andalusien wurden besetzt. Bereits von Anbeginn gingen die Putschisten mit höchster Brutalität – auch gegen die Zivilbevölkerung – vor. (S. Kasten 27)

Personen

27

Federico García Lorca (1898–1936)

war ein spanischer Lyriker und Dramatiker. Er zählt zu den führenden Literaten der *Generación del 27*, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die spanische Literatur in die Moderne zu führen. Lorcas Gedichte sind bis heute in der ganzen Welt ausgesprochen populär. *Leonhard Cohen* vertonte Lorcas Gedicht *Kleiner Wiener Walzer* aus der Sammlung *Dichter in New York* im Lied *Take this waltz*.

García Lorca, Spross einer angesehenen südspanischen Familie mit großem Grundbesitz, wurde früh von rechtsautoritären Kräften aufgrund seines Gesellschaftsliberalismus und seiner Homosexualität angegriffen.

Als am 18. Juli 1936 die Putschisten unter Franco von Marokko auf Südspanien übersetzten, befand sich García Lorca in Andalusien. Er wurde von bewaffneten Einheiten der Putschisten verhaftet und vermutlich am 18. oder 19. August erschossen. Die Leiche wurde, wie bei Hinrichtungsoffern üblich, am Straßenrand verscharrt. Der Mord an Federico García Lorca war in Spanien bis 1975 – das Ende der Francodiktatur – ein gesellschaftliches Tabu.



Monument
„Tal der Gefallenen“



Federico García Lorca

Der *Spanische Bürgerkrieg* – auf der einen Seite die demokratisch-legitimier- te Regierung (Republikaner), auf der anderen Seite die autoritär-diktatorischen Putschisten (Nationalisten) – wurde mit äußerster Härte und Verbitterung ge- führt. Auf der Seite der Republik kämpften auch zahlreiche antifaschistische Freiwillige aus ganz Europa, die für die Werte der Zweiten Spanischen Republik einstanden. Vielfach stammten sie aus Staaten, in denen – wie Österreich – die Demokratie bereits in ein faschistisch-diktatorisches System gekippt war.

Mit Unterstützung der faschistischen Verbündeten Italien und Deutschland siegten die Nationalisten. Am 26. Jänner 1939 nahmen sie Barcelona ein, am 28. März 1939 Madrid. Am 1. April 1939 war der Spanische Bürgerkrieg offiziell beendet. Die Todesopfer, die dieser Stellvertreterkrieg zwischen den maßgeb- lichen Weltanschauungen der Zeit, insbesondere zwischen Faschisten und Anti- faschisten, gefordert hatte, werden mit etwa 500.000 beziffert.

In Francos Diktatur trat das faschistische Elemente des *Führertums* beson- ders hervor, obwohl Franco persönlich wenig Charisma entfalten konnte. Der *Caudillo*, der sich bis zu seinem Tod im Jahr 1975 mit nahezu unbeschränkter Macht halten konnte, sah als Erben seiner Diktatur die alteingesessenen spani- schen Monarchen. Francos Regime konnte sich auf keine kodifizierte Verfassung stützen. Der Diktator regierte vielmehr mit einigen wenigen, grundlegenden und von ihm selbst erlassenen „Gesetzen“. Das Gewaltregime übte Repression und Vergeltung. Die Verfolgung des oppositionellen Widerstands – im Bürgerkrieg, aber auch danach – war massiv. Systematisch setzte das Regime die üblichen



Das zerstörte Guernica nach der Einnahme durch die Franco-Truppen.

3 Der historische Faschismus

Unterdrückungsinstrumente der Diktatur ein: willkürliche Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen.

Späte politische Lockerungen und ein bescheidener Wohlstand, auch für breitere Bevölkerungsteile, erzielt vor allem aus planwirtschaftlicher Industrialisierung, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass erst Mitte der 1970er Jahre ein zivilisatorisch-politisch und kulturell rückständiges Land in die wiedererrichtete, nunmehr konstitutionell-demokratische Monarchie entlassen wurde. Die ersten demokratischen Wahlen nach dem Franco-Regime fanden 1977 statt. 1986 wurde Spanien Mitglied der Europäischen Union.

b) Portugal

1926 putschte sich in Portugal der General *Manuel de Oliveira Gomes da Costa* an die Macht. Er beendete die Erste Republik und errichtete eine Militärdiktatur. Aus ihr entwickelte sich der *Estado Novo (Neuer Staat)*, der sich – wie in Österreich – beschönigend *Ständestaat* nannte. Tatsächlich handelte es sich um eine durchgebildete Diktatur mit gut erkennbaren faschistischen Zügen.

1932 trat an die Spitze des portugiesischen Faschismus *António de Oliveira Salazar*. Ein Jahr später diktierte er seinem Volk eine neue „Verfassung“. Das politische System in Portugal von 1933 bis 1974 wird daher auch als *Salazarismus* bezeichnet.



© Mit freundlicher Genehmigung der Axel Springer SE.



© Anzenberger privat

links: eine schematische Zeichnung der Garotte, spanisches Hinrichtungsinstrument, März 1974.

rechts: Österreichischer Würgegalgen (Holzblock mit Haken); an diesem wurde Kolloman Wallisch nach dem Februar-aufstand 1934 im Hof des Kreisgerichtes Leoben gehängt.

Alle sieben Jahre sollte der Präsident direkt vom Volk gewählt werden. Dieser letzte Rest von Demokratie unterschied die portugiesische Diktatur von den zahlreichen anderen ihrer Zeit. Das Parlament hingegen war nur Mitgliedern der Einheitspartei der Diktatur, der *União Nacional (Nationale Union)*, zugänglich. Andere Parteien wurden verboten. Die Grundrechte – insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit – waren wesentlich eingeschränkt oder überhaupt eliminiert. Das Regime unterdrückte die Opposition mit Unterstützung eines effizienten Geheimdienstes brutal. Für Gegner der Diktatur richtete Salazar auf den Kapverdischen Inseln das Konzentrationslager *Tarrafal* ein. Es wurde *Campo da morte lenta, Lager des langsamen Todes*, genannt.

Die Gefangenen wurden in vielfacher Art und Weise der Folter unterzogen. Lagerleitung und Lagerarzt ließen sie durch unmenschliche Haftbedingungen vielfach langsam und qualvoll sterben. Medizinischen Behandlungen wurde den Gefangenen vorenthalten, die Ernährung war bewusst mangelhaft. Als häufigste Todesursache ist Malaria dokumentiert.

Wie in Österreich und Spanien stützte sich die portugiesische Diktatur auf die *katholische Kirche*. Diese nahm allerdings zunehmend – zu nennen ist hier vor allem der streitbare Bischof von Porto, *António Ferreira Gomes* – eine kritische Position zur Politik des Alleinmachthabers Salazar ein.



Eingangstor des ehemaligen Konzentrationslagers Tarrafal.

3 Der historische Faschismus

Die Unabhängigkeitskriege in den portugiesischen Kolonien in Afrika förderten schließlich das oppositionelle Denken im portugiesischen Mutterland und das demokratisch-revolutionäre Potential. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem rückständigen illiberalen Regime, schlussendlich aber der Abfall einzelner Teile der Armee, führten zur *Nelkenrevolution* am 25. April 1974.

Einzelne militärische Einheiten erhoben sich gegen die Diktatur, unterstützt von friedlichen Demonstranten. Die Menschen steckten den Soldaten, ob nun aufständisch oder regimetreu, rote *Nelken* in die Gewehrläufe, um sie vom Schießen abzuhalten. Einzelne, der Diktatur regimetreue Militärs taten dies dennoch. Vier Menschen starben.

Die portugiesische Diktatur unter Salazars Nachfolger, *Marcelo José das Neves Alves Caetano*, wurde gestürzt. Eine Übergangsphase führte Portugal in einen parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaat, die Dritte Republik. Seit 1986 ist Portugal Mitglied der Europäischen Union.

Ost- und Südeuropa

Bald nach der Neuordnung Europas in den Friedensverträgen von Paris, die den Ersten Weltkrieg beendeten, kippten die neugegründeten demokratisch-parlamentarischen Verfassungsstaaten in Ost- und Südeuropa nach und nach in autoritäre Regime. Diese Diktaturen – vom Baltikum bis zum Balkan – orientierten sich, mehr oder weniger, am faschistischen System Mussolinis. Zumindest in Ansätzen waren sie mit diesem vergleichbar.



Quelle: Wikipedia

Mário Castelhana war Spitzenfunktionär der Gewerkschaft CGT und Chefredakteur der Tageszeitung *A Batalha*; er wurde im Konzentrationslager Tarrafal ermordet.



Das Pfeilkreuz war das Symbol der ungarischen Faschisten.

In **Ungarn** errichtete *Miklós Horthy* nach Niederwerfung der Rätediktatur unter *Béla Kun* und *Sándor Garbai* ein repressives autoritäres Regime. Horthy selbst nahm als *Reichsverweser* der formell noch aufrechten Monarchie die Position des *starken Mannes (Führers)* an der Staatsspitze ein. Die Gesetzgebung und – vollziehung überließ er einem Ministerpräsidenten, der allerdings wie eine Marionette an seinen Fäden hing.

Vordringliches außenpolitisches Ziel des Regimes war es, die im „Schandfrieden“ von *Trianon* gezogenen Grenzen zu revidieren. Mit rechtsnationalen und revanchistischen Ressentiments in der ungarischen Bevölkerung wird bis heute politisch gespielt. Horthy und sein autoritäres Herrschaftssystem sind offenbar Vorbild für *Viktor Orbán*. Dieser verwandelt die rechtsstaatliche Demokratie in Ungarn zunehmend in einen nationalkonservativen autoritären Staat.

Der radikal-nationalistische Revanchismus, der die Wiederherstellung des „alten, großen“ Ungarn forderte und fordert, brachte das Land in einen scharfen Interessengegensatz zu den Nachbarländern. Diese sahen ihre (neuen) Grenzen gefährdet. Die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien schlossen sich daher zur *Kleinen Entente* zusammen. Dies wiederum hatte zur Folge, dass Ungarn mit dem faschistischen Italien, den Austrofaschisten und – später – auch mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich den Schulterchluss suchte.

1938 und 1939 gelang es Ungarn mit Hilfe des nationalsozialistischen Regimes, in den beiden *Wiener Schiedssprüchen* große Teile von Rumänien und der Slowakei zu annektieren. Ungarn beteiligte sich an der Seite der Deutschen Wehrmacht auch am Überfall auf Jugoslawien und die Sowjetunion 1941.

Bereits unmittelbar nach seiner Machtübernahme 1920 hatte Horthy den Antisemitismus vorangetrieben. 1938 ließ er antijüdische Gesetze beschließen, die vielfach die Züge der *Nürnberger Gesetze* trugen. Die vollständige Faschisierung des Landes erfolgte im Oktober 1944 unter den *Pfeilkreuzlern*. Diese – seit 1937 ausgewiesene faschistische – ungarische Partei errichtete unter ihrem Führer *Ferenc Szálasi* in Kollaboration mit den Nationalsozialisten ein Terror-Regime. Regimegegner, Jüdinnen und Juden und Menschen der ethnischen Minderheiten wurden verhaftet und/oder ermordet.

3 Der historische Faschismus

Zahlreiche Gefangene setzten die Regime als Arbeitssklaven an der ungarisch-burgenländischen Grenze ein. Dort sollte der Südostwall errichtet werden. Dieser wurde aufgeworfen, um – eine der letzten Verzweiflungstaten des untergehenden nationalsozialistischen Terrorregimes – den Ansturm der Roten Armee aufzuhalten.

Als dieses Ziel nicht mehr erreichbar war, schickte man die Zwangsarbeiter auf *Todesmärschen* durch das Burgenland, die Steiermark und Oberösterreich. Ziel waren die Konzentrationslager Mauthausen und Gusen. Bereits auf diesen Märschen kam es zu schweren Übergriffen und Morden. Das brutalste Massaker fand in *Eisenerz* statt, nachdem die zerlumpten, ausgehungerten und erschöpften Menschen über den Präbichl-Pass getrieben worden waren.

Rumänien hatte nach Ende des Ersten Weltkrieges von den Friedensverträgen in den Vororten von Paris entschieden profitiert. Die beachtlichen Gebietsgewinne führten allerdings zu erheblichen Spannungen mit den – zahlenmäßig sehr starken – ethnischen Minderheiten im eigenen Land. Ungarn, das weite Teile seines früheren Staatsgebietes an Rumänien verloren hatte, positionierte sich ebenso als *Schutzmacht* für „seine Leute“ wie die Sowjetunion.

Formell eine konstitutionelle, parlamentarisch-demokratische Monarchie wurde Rumänien tatsächlich vom Königshaus und einigen wenigen korrupten und rechtsautoritären Machteliten beherrscht. Der König pflegte die – ihm willfährige – Regierung noch vor den Wahlen zu ernennen. Damit verschaffte er dieser alle Möglichkeiten, die Wahlen in ihrem Sinne zu manipulieren.

Aus der *Legion Erzengel Michael*, ein von *Corneliu Zelea Codreanu* 1927 gegründetes rechtsautoritäres Bündnis, entwickelte sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 eine starke faschistische Bewegung. Diese *Eiserne Garde* (*Garda de Fier*), eine Variante des *Klerikalfaschismus*, stützte sich auch auf die rumänisch-orthodoxe Kirche. Sie agierte – vielfach gewalttätig – strikt antidemokratisch und antimarxistisch. Wie andere faschistische Bewegungen in Europa setzte sie in ihrer Propaganda auf *Blut und Boden* und männlich-nationalen Heldenkult. Ihr zunehmender Einfluss verschärfte den Antisemitismus, dem in Rumänien traditionell eine große Bedeutung zukam.



Symbol der Eisernen Garde.

Zuerst von der autoritären Königsdiktatur unterdrückt, dann zunehmend akzeptiert, gelangte die Eisernen Garde 1940 in die Regierung und unterstützte den amtierenden Ministerpräsidenten *Ion Victor Antonescu*. Das – nunmehr ausgewiesenen faschistisch und antidemokratisch ausgerichtete – Regime zwang den König zum Rücktritt. Trotz erzwungener Gebietsabtrennungen an Ungarn trat Rumänien am 23. November 1940 an der Seite der *Achsenmächte* Deutschland und Italien in den Zweiten Weltkrieg ein. Der neue Verbündete unterstützte den deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941.

Als die Eisernen Garde, die sich mittlerweile *Legionärsbewegung* nannte, allerdings gegen Antonescu putschte, wurde sie nach blutiger Niederschlagung des Umsturzversuches praktisch verboten. Sie bildete mit Unterstützung des Deutschen Reichsführers SS Heinrich Himmler und des Außenministers Joachim von Ribbentrop eine Exilregierung, die sich in Wien konstituierte. Zu Kriegsende war sie bereits zerfallen.



Quelle: Wikipedia

Eisernen Garde: Parade von Legionären in Bukarest.

3 Der historische Faschismus

In **Bulgarien** entstand aus der autoritär-konservativen Studentenbewegung 1930 der *Bund der nationalen Legionen*.

Unter der Leitung des Armeegenerals *Christo Lukow* entwickelte sich der Bund ab 1933 zu einer faschistisch ausgerichteten Organisation. Diese konnte nach Kriegseintritt Bulgariens auf Seite der *Achsenmächte* ihren Einfluss in der bulgarischen Diktatur vergrößern. Nach dem Tod Lukows 1943 erodierte der faschistische Bund mehr und mehr und löste sich bis Kriegsende auf.

In **Griechenland** trug die Diktatur des Ex-Generals *Ioannis Metaxas* von 1936 bis 1941 – gut erkennbare – faschistische Züge. Da Metaxas Putsch, der ihn an die Macht geführt hatte, die Zustimmung des Königs fand, spricht man zuweilen auch von *Monarcho-Faschismus*.

Widerstand

28

Der *Aufstand im Warschauer Ghetto*

war eine verzweifelte Erhebung gefangener Juden am 19. April 1943. Sie hatten sich bewaffnet und kämpften gegen ihre Deportation in nationalsozialistische Vernichtungslager. Trotz völlig unzulänglicher militärischer Mittel und Versorgung mit Lebensmitteln, wehrten sich die Aufständischen vier Wochen lang in erbitterten Gefechten gegen die deutsche Besatzungsmacht.

Der größte Teil der Widerstandskämpfer – koordiniert von der *jüdischen Kampforganisation* und dem jüdischen Militärverband – wurde getötet. Einigen Aufständischen gelang es allerdings, in die nahegelegenen Wälder zu entkommen. Als Zeichen des „Sieges“ ließ der Befehlshaber Jürgen Stroob die *Große Synagoge* in Warschau sprengen.



Symbol der rechtsextremen polnischen Bewegung.

Im **Warschauer Aufstand** vom 1. August bis 2. Oktober 1944 erhob sich die *Armia Krajowa* (polnische Heimatarmee; AK) gegen die deutsche Besatzung. Neben dem slowakischen Nationalaufstand (s. u. 3.6 a) gilt dieser Aufstand – von der polnischen Exilregierung in London angeordnet – als der größte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terror-Regime in Mitteleuropa. 63 Tage hielten die Polen stand. Nach der Kapitulation ermordeten die deutschen Truppen in Massen Zivilisten. Die Stadt wurde nahezu vollständig zerstört. Auf der anderen Seite der Weichsel stand die *Rote Armee*. Sie griff in die Kämpfe nicht ein.

In **Polen** gründeten vorwiegend jugendliche Rechtsradikale 1934 das *Nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR)*. Im **Baltikum** etablierten sich in **Estland** mit dem *Zentralverband der estnischen Freiheitskämpfer*, in **Lettland** mit dem *Feuerkreuz* bzw. *Donnerkreuz*, in **Litauen** – kurzfristig – mit der *litauischen Aktivistenfront* als „Befreiungsorganisation“ gegen die sowjetische Besetzung ebenfalls Bewegungen, die stark faschistisch geprägt waren. Das *Führerprinzip* stand im Zentrum dieser Ideologien. Einen solchen Führeranspruch erhob – beispielsweise – in Polen *Józef Klemens Piłsudski*.



Bund der nationalen Legionen, Bulgarien.

3 Der historische Faschismus

In der **Ukraine** strebte die rechtsextrem-nationalistisch und rassistisch-antisemitisch ausgerichtete Organisation *Ukrainischer Nationalisten* (OUN) die Unabhängigkeit von der Sowjetunion an. Die Bewegung, die sich bereits 1929 in Wien gegründet hatte, nahm in ihren Programmen und Zielen Anleihen an den faschistischen Vorbildern des Mussolini- und Hitler-Regimes.

Während des Zweiten Weltkrieges spaltete sich die OUN in zwei Organisationen. Eine wurde von *Andrij Melnyk* geführt (OUN-M), eine von *Stepan Bandera* (OUN-B). (s. Kasten 31) Mitglieder der OUN-B kämpften in den Bataillonen *Nachtigall* und *Roland* auf Seite der deutschen Wehrmacht. Sie beteiligten sich am Überfall auf die Sowjetunion 1941 und der Besetzung der Ukraine. Die OUN-M wiederum rekrutierte Soldaten für die *Waffen-SS-Division Galizien*.

Die OUN-B („Bandera-Leute“), ermordete nach neuerer Forschung, in Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern, mindestens 900.000 Juden und andere Angehörige von Minderheiten, um eine ethnisch reine Ukraine zu schaffen.

Die OUN-M kämpfte in Wolhynien und Ostgalizien gegen die polnische Heimatarmee. Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung – insbesondere auch an Juden und anderen ethnischen Minderheiten – forderten zehntausende Todesopfer.

Personen

29

Stepan Bandera (1909–1959)

wurde in der Westukraine – damals der Habsburgmonarchie zugehörig – als Sohn eines griechisch-katholischen Priesters geboren. Bereits in jungen Jahren stieg er zu einem führenden Vertreter der OUN auf. 1934 wurde Bandera in Polen wegen der Ermordung des polnischen Innenministers *Bronisław Pieracki* zum Tode verurteilt, dann allerdings zu lebenslanger Haft begnadigt. 1939 kam er frei.

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion trat er für einen ukrainischen Staat nach nationalsozialistischem Grundmodell ein.



Stepan Bandera

Das Deutsche Reich trat dieser Idee nicht näher und nahm Bandera im Konzentrationslager Sachsenhausen in „Ehrenhaft“.

Nach der Befreiung Osteuropas vom Nationalsozialismus lenkte Bandera aus seinem Exil in Westdeutschland den ukrainischen Partisanenkampf gegen die Sowjetunion. Die Reaktion der totalitären Stalin-Diktatur gegen den separatistischen Widerstand innerhalb der Sowjetunion war brutal: 150.000 Ukrainer wurden ermordet, 200.000 deportiert.

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 entstand ein Kult um Stepan Bandera, den man als Widerstandskämpfer gegen den sowjetischen Staatsterror verklärte. Banderas rechtsextrem nationalistisch-faschistische Vergangenheit spielte dabei kaum eine Rolle. Inzwischen ebte diese unangebrachte Heldenverehrung etwas ab, lebt allerdings nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wieder auf. Im aktuellen Parlament der Ukraine sitzt – soweit überschaubar – kein Vertreter einer ausgewiesenen Bandera-affinen politischen Kraft.



Warschauer-Aufstand: Die Einwohner werden aus der weitgehend zerstörten Stadt deportiert.

3 Der historische Faschismus

Sonderfälle

a) Kroatien

Ante Pavelić, ein radikaler kroatischer Nationalist, gründete 1930 im italienischen Exil die *Ustascha*. Diese politische Bewegung, benannt nach einem Aufstand im Jahr 1871 für ein unabhängiges, von Österreich-Ungarn losgelöstes Großkroatien, war tatsächlich ein ultranationalistisch-terroristischer Geheimbund. Er richtete sich vor allem gegen das Vielvölkerprojekt Jugoslawien, das 1929 in eine „Königsdiktatur“ abgeglitten war und unter – unverhältnismäßiger – serbischer Dominanz stand.

Nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf Jugoslawien kehrte Pavelić – der sich in faschistischer Tradition *Poglavnik*, also Führer bzw. Oberhaupt, nannte – nach Kroatien zurück und gründete mit Unterstützung von *Hitler und Mussolini* 1941 den *Unabhängigen Staat Kroatien (NDH)*. Dieser stützte sich auf Teile der katholischen Kirche. Man kann damit das Ustascha-Kroatien – wie auch Österreich oder die Slowakei – den *Klerikalfaschismen* zuordnen.

Der Staat ging rassistisch-exzessiv gegen Serben, Juden und andere ethnische Minderheiten vor. Ihre Existenz sollte in Kroatien ausgelöscht werden. Das Konzentrationslager *Jasenovac* muss als Vernichtungslager bezeichnet werden. In diesem Lager starben, nach dem aktuellen Forschungsstand, allein in den ersten vier Monaten 200.000 Serb:innen. 100.000 wurden aus all jenen Gebieten, die das Ustascha-Kroatien für sich beanspruchte, deportiert. Unter den Opfern waren auch zahlreiche politisch Andersdenkende, Roma und Juden.



„Steinerne Blume“, Denkmal für die Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers Jasenovac.

Pavelić und zahlreiche kriminelle Repräsentanten des Ustascha-Regimes konnten nach dem Sieg des jugoslawischen Widerstandes unter *Josip Broz Tito* über die *Rattenlinie*, eine Unterstützungsorganisation der katholischen Kirche, entkommen. Vor allem in südamerikanischen Ländern fanden die Faschisten Unterschlupf. Pavelić selbst wurde Berater des argentinischen Diktators *Juan Perón*. Dieser stand an der Spitze eines rechtsextremen und teilweise staatsterroristischen Herrschaftssystems, das zahlreiche Elemente des Faschismus (s. Seite 86) aufwies.

Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens erlangte das Ustascha-Regime unter dem kroatischen Präsidenten *Franjo Tuđman* eine politische Renaissance und Rehabilitierung. Ehemalige Ustascha-Funktionäre wurden ins Land zurückgeholt und erfuhren hohe gesellschaftliche Anerkennung. Verkehrsflächen wurden nach Repräsentanten des Regimes benannt. Ein abgewandeltes Logo der historischen Ustascha-Bewegung (s. Bild) diente in den blutigen Kroatien- und Bosnienkriegen von 1992 bis 1995 ebenso der Propaganda wie die Ustascha-Parole *Für die Heimat bereit*.

b) Slowakei

1930 spaltete sich die radikal-nationalkonservative *Völkische Slowakei* von der *slowakischen Nationalpartei* ab und wurde eigenständig. Geführt wurde die neue Partei, die später auch unter dem Begriff *Slowakischer Nationalismus* firmierte, von katholischen Geistlichen. Erst stand Andrej Hlinka, dann Jozef Tiso an der Parteispitze.



Emblem der Ustascha: Das historische Ustascha-Logo zeigt die kroatische Flagge mit Handgranate. Die kroatische Republik, 1991 im Zuge des Zerfalls Jugoslawien gegründet, verwendete dieses Logo propagandistisch bei ethnischen Säuberungen im Kroatien-Bosnien-Krieg.

3 Der historische Faschismus

In Anlehnung an die zahlreichen Varianten des Faschismus in Europa gab die Bewegung auf ihrem Parteitag 1936 die Parole aus: „Eine Nation, eine Partei, ein Führer!“ Ihre paramilitärischen Milizen, wie etwa die *Rodobrana*, destabilisierten die *Tschechoslowakische Republik*, die neben der Schweiz als einziger Staat in Mitteleuropa den demokratischen Rechtsstaat erhalten konnte.

1939 zerschlug das aggressive Deutsche Reich die Tschechoslowakei. Der slowakische *Klerikalfaschismus* errichtete den Slowakischen Staat. Das Herrschaftssystem war geprägt von Ultranationalismus, Staatskorporatismus, Rassismus und Antisemitismus. Die *Völkische Slowakei*, ihre Anhänger nannten sich auch *Ludaken*, wurde Einheitspartei der Diktatur. Tisos Slowakei kann man mit Recht als Satellitenstaat des Deutschen Reichs bezeichnen, auch wenn die Nationalsozialisten die slowakischen Faschisten im Inneren weitgehend frei gewähren ließen.

Die Slowakei beteiligte sich als Verbündete der *Achsenmächte* an den Überfällen auf Polen 1939 und die Sowjetunion 1941. Im August 1944 formierte sich der militärische Widerstand gegen den separatistischen klerikalen Terrorstaat. Der *slowakische Nationalaufstand* brach los. Die Aufständischen sahen sich als verfassungsrechtlich legitimierte *Tschechoslowakische Armee* in der Slowakei und hielten enge Verbindung mit der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Nach ihrer Niederlage von *Banská Bystrica* gaben sie den offenen militärischen Widerstand auf und kämpften als Partisanen auf Seite der Alliierten weiter für



Ehemaliges Konzentrationslager Hodonín mit Gedenkstätte „Protektorat Böhmen und Mähren“, damals „Zigeunerlager“ genannt.



Die Flagge der Ludaken (seit 1939)
war Symbol der völkischen Slowakei.

© Fry 1989, recoloured by NordNordWest, Vojtech Karpáty; Slovenská politická symbolika 1939–1945 [= The Slovak political symbolism 1939–1945]. In: Peter Sokolovič (Ed.): Od Salzburgu do vypuknutia Povstania. Slovenská republika 1939–1945 očami mladých historikov VIII [= From Salzburg to the breakout of the Uprising. The Slovak Republic 1939–1945 in the eyes of the young historians VIII], p. 31–47, CC BY-SA 3.0, wikimedia

die Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik. Dieses Ziel wurde 1945, nach der Befreiung des gesamten ehemaligen Staatsgebietes durch die Rote Armee, erreicht.

Demokratien im Westen und Norden

Auch in den Demokratien im Westen Europas und in Skandinavien formierten sich faschistische Bewegungen. Diese kamen allerdings kaum über Splittergruppen hinaus. Einen Sonderfall bildet **Frankreich**. Hier konnte der demokratische Verfassungsstaat zwar bis zum Einmarsch der deutschen Truppen im Frühjahr 1940 verteidigt werden. Allerdings hatte bereits zuvor die faschistische Bewegung der *Action française* bedeutend an Boden gewonnen und die rechtsstaatliche französische Demokratie erheblich destabilisiert.

Die von den deutschen Okkupanten erzwungene und gestützte französische *Kollaborationsregierung von Vichy* (*État français*) unter General *Philippe Pétain* von 1940 bis 1944 war nicht nur von der Ideologie der nationalsozialistischen Besatzer geprägt. Vielmehr trug die Diktatur ein originär-französisches faschistisches Konzept.

In **Großbritannien** einigten sich 1932 ultranationalistische und rassistisch-antisemitische Gruppierungen nach Mussolinis Vorbild unter dem ehemali-



Symbol der Action française.

3 Der historische Faschismus

gen Labour-Abgeordneten *Oswald Mosley* zur *British Union of Fascists (BUF)*. Der Bewegung gelang es nie, ein kritisches politisch-revolutionäres Potential zu erreichen. 1940 wurde die Partei verboten, Mosley interniert. Nach 1945 sollte Mosley eine unrühmliche Rolle bei dem Versuch spielen, eine neue, europa-übergreifende neofaschistische Bewegung (s. Seite 126) zu gründen.

Die faschistische **Irish Brigade** (*Briogáid na hÉireann*) warb unter *Eoin O'Duffy* für Freiwillige, um sie nach Spanien zu schicken. Diese kämpften im Bürgerkrieg (s. Seite 64) auf Seite der Generäle Franco und Mola gegen die demokratische Spanische Republik.

In den **Niederlanden**, in **Belgien** und in **Luxemburg** konnten faschistische Parteien kaum an Boden gewinnen. Einzelne Bewegungen, wie die wallonischen *Rexisten*, gewannen nach der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland 1940 an Bedeutung. Sie kollaborierten mit den Okkupanten.

1930 gründete sich in **Dänemark** – in Anlehnung an die NSDAP in Deutschland, die bei der Reichstagswahl gerade die ersten großen Erfolge hatte verzeichnen können – die *Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei*. Aufgrund der traditionell antideutschen Ressentiments in Dänemark konnte die Bewegung in der Bevölkerung nie wirklich Boden gewinnen. Anders als *Vidkun Quisling* in **Norwegen** wurde der maßgebliche Führer *Anton Mussert* nach der national-



Das Camp de Gurs (Pyrénées-Atlantiques, Frankreich) wurde eingerichtet um republikanische Flüchtlinge aus Spanien aufzunehmen. Sie waren geflohen, als die Franco-Faschisten den Bürgerkrieg gewonnen hatten. Gurs war allerdings kein Flüchtlings-, sondern ein Internierungslager.



Denkmal des militärischen tschechoslowakischen Widerstandes
in Banská Bystrica.

sozialistischen Invasion Dänemarks 1940 nicht an der Macht beteiligt. Dänemark übte während der Besatzungszeit bis 1945 geschickt Widerstand. Zahlreiche Jüdinnen und Juden des Landes konnten vor dem tödlichen Zugriff der Nationalsozialisten gerettet werden.

Die *Nationalsocialistiska Arbetarepartiet* – gegründet am 24. Jänner 1933, also kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland – propagierte in **Schweden** vorerst pure nationalsozialistische Ideologie. Später trat die Bewegung für eine eigenständige schwedische Form des Faschismus ein. Im Gegensatz zu anderen faschistischen Bewegungen, die rasch eine Einigung mit den etablierten wirtschaftlich-kapitalistischen Eliten suchten, unterstrichen die schwedischen Faschisten antikapitalistische Ziele. Die Partei löste sich erst 1950 auf.

In **Finnland** gewann die *Vaterländische Volksbewegung*, gegründet 1932, eine beachtliche politische Bedeutung. Sie wurde 1940 Teil der Allparteienregierung. Die Bewegung war klerikal-faschistisch ausgerichtet und positionierte sich – nationalistisch und strikt antimarxistisch – gegen die Sowjetunion. Im Inneren richtete sich ihre scharfe rassistische Rhetorik gegen ethnische oder sprachliche Minderheiten wie die schwedisch-sprachigen Finnen. 1944 wurde die Partei verboten.



Anne Frank: Anne Frank hielt sich mit ihrer Familie in einem Hinterhaus in Amsterdam versteckt, um der Deportation in ein Vernichtungslager zu entgehen. Dort schrieb sie ihr berühmtes Tagebuch. Kurz vor Kriegsende wurde sie entdeckt und im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordet. Frühere Vermutungen, dass Anne Frank durch einen oder mehrere niederländische Kollaborateure verraten wurde, konnten bislang wissenschaftlich nicht bestätigt werden.

3 Der historische Faschismus

In **Norwegen** konnte sich mit der *Nasjonal Samling* 1933 eine starke faschistische Bewegung etablieren. Sie übernahm aus den faschistischen Programmen Europas vor allem das Führerprinzip, den Antimarxismus und die explizite Ablehnung demokratischer Regierungsformen. Ab 1935, zeitgleich zur Erlassung der *Nürnberger Gesetze* (s. Seite 31), verschärfte die Partei in ihrem Programm und ihrer propagandistischen Agitation Rassismus und Antisemitismus.

Nach der Besetzung des Landes durch das nationalsozialistische Deutsche Reich 1940 stieg die Bewegung unter ihrem Führer *Vidkun Quisling* zur einzig zugelassenen Partei in Norwegen auf. Sie kollaborierte eng mit der deutschen Besatzungsmacht. Die Mitverantwortung der Partei und ihrer Funktionäre an den Nazi-Gräueln wurde in Nachkriegsprozessen aufgearbeitet. Die Gerichte fällten zahlreiche Schuldsprüche.

Der österreichische Schriftsteller *Heimito von Doderer* – in der Nachkriegszeit sollte er zum *Poeta austriacismus* aufsteigen – war am Ende des Krieges als Offizier der deutschen Wehrmacht in Norwegen stationiert. Hier geriet er auch in Kriegsgefangenschaft. Er – der selbst früh der NSDAP beigetreten war – sollte sich später vom totalitären Unrechtstaat der Nationalsozialisten distanzieren. Er



Vidkun Quisling während seiner Ansprache auf einer deutsch-norwegischen Kundgebung, bei der das Gesetz zum allgemeinen Arbeitseinsatz veröffentlicht wurde.



links: Oswald Mosley

rechts: Heimito von Doderer

gestand seine „Beteiligung an dem heutigen allgemeinen Unglück der Welt, an der Herbeiführung dieses Unglücks nämlich“ – ein. (Fleischer, 1995 S. 158) Ein wahres Verständnis für die Opfer der Diktatur brachte Doderer allerdings nie auf. Den Opfern seiner „Beteiligung“ reichte diese halbherzige Distanzierung – zu Recht – nicht.

4 Kernelemente des Faschismus

Ist von Faschismus die Rede, stellt sich folgende Frage: Haben die zahlreichen rechtsautoritären oder -totalitären Herrschaftssysteme in Europa – aber auch in anderen Erdteilen – in ihren Strukturen soweit übereingestimmt, dass wir von ihnen, im Sinne eines Sammelbegriffs, von *faschistischen Regimen* sprechen können.

Es ist offensichtlich, dass sich die europäischen radikal-nationalen und anti-demokratischen revolutionär-politischen Bewegungen am – einzig originären – faschistischen Regime in Italien orientierten. Mussolinis Herrschaftssystem faszinierte nicht nur in einem abstrakten, theoretischen Sinne, sondern ganz konkret *realpolitisch* (s. Seite 16). Mussolini hatte – in einem völlig neu aufgesetzten, innovativen Dialog, in einem Wechselspiel mit den *Massen* – unter bewusstem Einsatz paramilitärischer Gewalt – den pluralistisch-demokratischen Verfassungsstaat destabilisiert und, in scharfer Abgrenzung zum willkommenen Feindbild *Marxismus*, einen *eigenständigen Diktaturtypus* geschaffen. Der Anspruch – und zwar nicht nur der italienischen, sondern aller Faschisten – war und ist *totalitär*. Allumfassend.

Die *faschistische Revolution* unter Mussolini hatte allerdings nur deshalb eine Chance, weil es ihr gelang, die *nationalkonservativen Eliten* für das Umsturzprojekt zu gewinnen. *Hannah Arendt* (1986, S. 507) merkte an: „Insofern die totalitären Bewegungen ungeachtet der Herkunft ihrer Führer, den Individualismus sowohl der Bourgeoisie wie des von ihr erzeugten Mobs liquidieren, können sie mit Recht behaupten, daß sie die ersten wirklich antibürgerlichen Parteien in Europa darstellen.“ Arendt bringt es damit auf den Punkt: *Faschismus ist die Verbindung zwischen Mob und Eliten*.

Das Resultat der – in dieser Form noch nie dagewesenen – Politik in Mussolinis Italien war eine Art *Vermittlungsdiktatur*. Die *faschistische Ursprungsdiktatur* war daher weder bloß ein Einparteienstaat noch eine Königsherrschaft, deren monistischer Charakter historisch aus dem Gottesgnadentum abgeleitet gewesen wäre. Es blieben, im Sinne eines eingeschränkten Pluralismus, auch andere Machtzentren in der faschistischen Gesellschaft erhalten.

Die Diktatur Italiens, das *Role model* des Faschismus, konnte also ihr ursprüngliches Ziel, den *stato totalitario*, den totalen Staat, realpolitisch nie verwirklichen.

An der Spitze der Diktatur stand ein Führer, ein starker Mann. Durch ihn wurde sie zusammengehalten. Mussolini, *Duce del fascismo*, und seine unmittelbar an ihn gebundenen Eliten hatten aber keine absolute, schon gar keine totalitäre Macht. Mussolinis Diktatur stützte sich auf brutale polizeistaatliche Repression und die Einheitspartei *Partito Nazionale Fascista*. Die militärische Gewalt verblieb – zumindest formal – aber beim König. Immerhin änderte diese formale Gewaltenteilung nichts an der Tatsache, dass in Italien – wie in allen anderen faschistischen Ländern – eine starke Verbindung zwischen Ideologie und Militarisierung der Gesellschaft bestand.

Darüber hinaus verteidigten die nationalkonservativen Eliten des 19. Jahrhunderts, das ökonomisch und sozial aufgestiegene Bürgertum, den politischen Einfluss. Aber auch die katholische Kirche, vielfach Nutznießerin dieser Revolution des Autoritarismus, trug dazu bei, dass gewisse pluralistische – wenn auch nicht demokratische – Reste in der Mussolini-Diktatur erhalten blieben.

Allen autoritären und totalitären Diktaturen in Europa, die wir heute *faschistisch* nennen, zeichnet ein – regional unterschiedlich und kulturell erklärbarer – *Ekλεκtizismus* aus. Man kann auch von einer auffallenden *Beliebigkeit* der politischen Mittel, Instrumente und Motive in faschistischen Diktaturen sprechen. Was man brauchen konnte für die Rechtfertigung des eigenen – anmaßend diktatorisch-autoritären – Machtanspruchs, nahm und verwendete man in der politischen Rhetorik gerne. Andere *Versatzstücke des Faschismus* ließ man liegen.

Freilich, all diese Diktatoren und Mächtegern-Diktatoren, von Portugal bis ins Baltikum, hätten gerne Mussolinis Strahlkraft erreicht. Wer, gerade in diesen Heldenzeiten, wäre nicht gerne ein *starker Mann* gewesen? Vielfach scheiterte man allerdings an den eigenen Unzukömmlichkeiten. Als Beispiele für solche Kleinausgaben des Originals können die Austrofaschisten Dollfuß und Schuschnigg herhalten, die sich gerne *Führer* nennen ließen; aber auch der *Caudillo* Franco.

Das Vorbild Mussolinis zeigt sich auch in den ersten Monaten nach der Macht ergreifung Hitlers im Jänner 1933. Bereits Jahrzehnte zuvor hatte man – ähnlich wie in Italien – Paramilitärs eingesetzt, um den politischen Wettbewerb und Teile der Bevölkerung zu terrorisieren. Sobald allerdings der Coup gegen die demokratische Weimarer Republik vollzogen war, zeigte sich der Unterschied

4 Kernelemente des Faschismus

zum Mussolini-Regime deutlich. Im Gegensatz zum Vorbild, dem original-faschistischen italienischen Diktator, gelang es Hitler nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg, seine nationalkonservativen Steigbügelhalter politisch völlig kalt zu stellen.

Hitler und die Nationalsozialisten konnten damit – als einzige Vertreter der *faschistischen Familie*, sieht man von Ausnahmen wie dem Satellitenstaat Kroatien (s. Seite 78) ab – das *Traumziel aller Faschisten* tatsächlich erreichen: den *totalitären Staat*. Die übrigen faschistischen Systeme in Europa hatten sich in ihrer realpolitisch-konkreten Verfasstheit mit autoritären Systemen zu begnügen; selbst wenn man beobachten kann, dass diese Diktaturen – wie der Austrofaschismus – zuweilen auch totalitäre Züge trugen.

Um die Frage zu beantworten: Was ist Faschismus? sind die *Kernelemente* dieser Ideologie näher zu beleuchten. Sie können Auskunft geben, welche europäischen Systeme der Vergangenheit man mit guten Gründen als *faschistisch* bezeichnen kann. Eine solche Analyse ist auch für politische Zuordnungen in heutiger Zeit bedeutsam: An den *Kernelementen des Faschismus kann beurteilt werden*, wie sehr rechtsradikale und rechtsautoritäre Ideologien der Gegenwart dem Faschismus als *Typus* entsprechen.

In die folgende Darstellung soll mit **Japan** auch eine außereuropäische (Militär) Diktatur einfließen. Japan war wohl nie faschistisch im Sinne der historisch-politikwissenschaftlichen Einordnung. Das japanische Regime war – und das ist eine Parallele – wie Deutschland und Italien nach dem Ersten Weltkrieg von den Friedensverträgen enttäuscht. Dies förderte einen *Opfermythos* und den Traum von einem imperialistischen Revanchismus. Ab 1936 entwickelte Japan endgültig ein diktatorisches Herrschaftssystem und Strukturen, die man aus gutem Grunde protofaschistisch nennen kann.

Zwar gelang es nie, eine *Einheitspartei* – wie etwa die NSDAP in Deutschland oder die Vaterländische Front in Österreich – zu etablieren. Doch war 1940 der Mehrparteienstaat praktisch tot.

Ab 1941, als sich die europäischen und asiatischen Kriege durch den – erzwungenen – Kriegseintritt der USA endgültig zu einem Weltkrieg, dem zweiten



Benito Mussolini und Kardinal Pietro Gasparri beim Unterzeichnen der Lateranverträge 1929.

innerhalb von nur 30 Jahren, weiteten, standen zwei Blöcke gegenüber. Auf der einen Seite die „unheilige“ Allianz der westlichen Demokratien mit dem kommunistisch-marxistischen Totalitarismus der Sowjetunion und auf der anderen Seite die Achsenmächte mit Japan. Letzteren könnte man durchaus als den *fascistischen Block* bezeichnen.

Schlussendlich war es nicht der Faschismus, der sich als „progressiv“ und „revolutionär“ verstand und einen „neuen Menschen“ zu schaffen vorgab, durchsetzen sollte. Sondern die als *schmalbrüstig* und *historisch hinauf* verspotteten westlichen Demokratien. Freilich aber auch die totalitär-diktatorische realsozialistische Sowjetunion und das aufsteigende, ideologisch ähnlich ausgerichtete China.

Nationalismus

Der Nationalismus, wie wir ihn heute kennen, wurzelt in der *Romantik*. Mitte des 19. Jahrhunderts gewann er als politische Idee an Fahrt. Der Nationalismus strebt die Identifizierung und Solidarisierung von Menschen an, die sich nach bestimmten Merkmalen von anderen unterscheiden. Im *Faschismus* wird der Nationalismus radikalisiert. Faschistische Diktaturen fördern radikal das Nationalgefühl jener Menschen, die sich selbst als Mitglieder der Nation definieren. Ja, mehr noch: Das Nationalbewusstsein wird autoritär oder totalitär eingefordert.

Zitate

34

„Was in der Geschichte nutzbringend germanisiert wurde, war der Boden, den unsere Vorfahren mit dem Schwert erwarben und mit deutschen Bauern besiedelten. Soweit sie dabei unserem Volkskörper fremdes Blut zuführten, wirkten sie mit an jener unseeligen Zersplitterung unseres inneren Wesens, die sich in dem – leider vielfach sogar noch gepriesenen – deutschen Überindividualismus auswirkt.“

(**Adolf Hitler**, Mein Kampf, 1924; 2016 II/21)

4 Kernelemente des Faschismus

„Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreichs. Wir sind so deutsch, so selbstverständlich deutsch, dass es uns überflüssig vorkommt, dies eigens zu betonen. Dass wir diesem deutschen Volke ehrlich und treu dienen wollen, das erklären wir hier. Wir wollen die guten Charaktereigenschaften des deutschen Volkes pflegen und hüten, wir wollen die dem Deutschtum eigene Mannigfaltigkeit zur Einheit führen und wollen die Tugenden der Ehrlichkeit und der deutschen Treue in unserer Heimat pflegen. Wir wollen uns auch davon nicht abbringen lassen, wenn man uns auch unser wirklich ehrliches Deutschtum abzusprechen versucht. Wir glauben, dass wir ehrliche deutsche Kultur in diesem christlichen Teile Mitteleuropas zu erhalten und zu hüten und in österreichischer Form die christlich-deutsche Kultur in diesem Land zu gestalten haben... dass wir es ehrlich meinen, kann ich aus tiefster Seele hier vor der ganzen Versammlung beschwören... Ich kann nur eines sagen: Wir sind uns immer dessen bewusst, dass wir Deutsche sind.“

(Engelbert Dollfuß, „Trabrennplatzrede“, 11.9.1933)

„Der Weg zur neuern Bildung geht/ Von Humanität/ Durch Nationalität/ Zur Bestialität.“

Franz Grillparzer (1791, Wien – 1872, Wien) war ein österreichischer Beamter, Schriftsteller und Dichter. Er hat die Gefahren des Nationalismus früh erkannt.

Grundsätzlich sind die Unterscheidungsmerkmale und Identitätskriterien einer Nation – also das Resultat der Abgrenzung zu anderen Nationen – höchst unterschiedlich: Sie können kulturell oder ethnisch motiviert sein, territorial oder religiös. Im Faschismus werden die *Abstammungsmerkmale* besonders wichtig. Die moderne Definition der Nation knüpft hingegen in erster Linie an der Staatsangehörigkeit (*Verfassungspatriotismus*) an.

In völliger Übersteigerung des herkömmlichen Nationalismus im 19. Jahrhundert verherrlicht und mystifiziert der Faschismus *Blut und Boden*. Das Land, der

Boden, soll eine Einheit mit einem rassistisch definierten Volkskörper – „dem Blut“ – bilden. Die lange Kette der Toten eines Volkes, die in der *Erde* eines bestimmten Territoriums begraben werden, machen aus dieser Erde eine ganz besondere, ja *heilige*. Das Sinnbild von Blut und Boden unterstreicht auch einen – vorgeblichen – Gegensatz zwischen dem angeblich so ursprünglichen und „gesunden“ Landleben, den *bäuerlichen Werten*, und dem *urbanen Raum*. In der Stadt herrschen, so diese nationalkonservativen Ideologien, *verdorbene Sitten*. Die Stadt repräsentiert Werte, die Faschisten besonders scharf ablehnen: Liberalität, Emanzipation, zivilisatorischer Fortschritt; in Kultur, Kunst und Politik.

Es ist das Siedlungsgebiet, das grundsätzlich die faschistische Vorstellung von Nation prägt. Aber man will – oft mit aberwitzigen historischen Begründungen – über die gegebenen Grenzen hinausgreifen. Gerade jene neuen Grenzziehungen, die durch die Pariser Friedensverträge geschaffen worden waren, lehnten viele europäische Faschisten ab.

Der italienische, aber viel mehr noch der deutsche Faschismus war eng verbunden mit einem aggressiven *imperialistischen Anspruch*. Neue Siedlungsräume für das eigene *Volk* sollten erschlossen werden: *Ein Volk braucht Raum*. Zur Verwirklichung dieses Zieles ist jedes Mittel – vor allem die brachiale militärische Gewalt – recht. Italiens Repressionspolitik am Balkan und der Abessinienkrieg stehen ebenso für den faschistischen Imperialismus wie die Angriffskriege des Deutschen Reichs, um „Lebensraum im Osten“ zu erobern.

Der übersteigerte Nationalismus in faschistischen Herrschaftsideen findet Ausdruck in exzessiver Heldenverehrung und militarisiert-uniformiertem Männerkult.

Andere diktatorische Herrschaftssysteme, die sich nach Vorbild des italienischen Modells in Europa etabliert hatten, konnten hingegen aufgrund ihres mangelnden militärischen Potentials einen aggressiven Expansionstrieb nicht entwickeln. Dazu zählen die autoritären Regime in Portugal und Ungarn ebenso wie die österreichische Diktatur (Moos, 2021 S. 497). Da der Imperialismus als faschistisches Kernelement nicht verwirklicht ist, prägte *Florian Wenninger* für diese Diktaturmodelle – wie insbesondere den Austrofaschismus – den zutreffenden Begriff *Kleinstaatsfaschismus*.

4 Kernelemente des Faschismus

Mangelnde militärische Durchsetzungskraft hinderte diese – ebenso als *faschistisch* zu bezeichnenden – historischen Herrschaftssysteme nicht, eigene, mythendurchwirkte nationalistische Erzählungen zu entwickeln. Diese wiesen allerdings – geradezu naturbedingt – erhebliche Brüche und Widersprüche auf. Der Austrofaschismus ist dafür ein gutes Beispiel. Er strapazierte einerseits die Besonderheiten der österreichischen Mentalität, der österreichischen Geschichte. So nahm er bewusst Bezug auf das untergegangene österreichisch-habsburgische Großreich, das aus der *Kaiserstadt Wien* die Geschicke des *Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation* gelenkt hatte. Daraus leitete man einen historischen Sendungsanspruch Österreichs ab, auch wenn mit dem Friedensvertrag von Saint Germain das Land auf ein Kleinstaatsniveau geschrumpft war.

Andererseits nützte der Austrofaschismus – zuweilen im Widerspruch zu den Zielen und der Politik des Habsburger Reiches – jede Gelegenheit, auf das *deutsche Blut* der Österreicher hinzuweisen. Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur definierte Österreich als das *bessere Deutschland*. (S. Kasten 34)

Das Lebensbiotop des Faschismus ist die *soziale Volksgemeinschaft*. In ihr wurzelt die Nation als eine natürlich strukturierte und damit harmonische Gesellschaft. Die soziale Volksgemeinschaft baut auf die bäuerliche und kleingewerbliche Lebensform. In der Praxis schützte der Faschismus aber die Vorrechte des Kapitals und der besitzenden Schichten.

Ziel der *sozialen Volksgemeinschaft* soll es sein, Interessenkonflikte – vor allem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Arbeit und Kapital – weitgehend zu unterbinden. Der Faschismus habe die Aufgabe, Klassenschranken aufzuheben und den *Klassenkampf*, den sozialistische Bewegungen für unausweichlich halten, hinter sich zu lassen.

In diesem Sinne wird die nationale soziale Volksgemeinschaft auch definiert: als patriarchale, autoritär-führerorientierte Gesellschaftsordnung; ohne Opposition, ohne unabhängige Arbeitnehmer-Interessenvertretungen, ohne Demonstrations- und Streikrecht. Die öffentliche Meinung wird als unabhängiger, individuell-politischer Faktor ausgeschlossen. Vielmehr werden Medien gleichgeschaltet und für das eigene Ziel instrumentalisiert. (Anzenberger, 2017 S. 45)

Unterminierung des Rechtsstaates

Gelangt der Faschismus zur Macht, setzt er alle Hebel in Bewegung, die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative aufzuheben. Die unabhängige Rechtsprechung, ein entscheidendes Hindernis bei der Absicherung diktatorischer Gewalt, steht dabei besonders im Fokus. Faschistische Herrschaftssysteme – wie im Übrigen alle Diktaturen – achten penibel darauf, den *Anschein der Rechtsstaatlichkeit* zu wahren. Gleichzeitig werden die unabhängigen Gerichte und das unabhängige rechtssprechende Personal – die Richter – gleichgeschaltet. Durch die Beseitigung des demokratischen Überbaus kann die Bestellung und Abberufung der Richter unmittelbar an die Eliten der Diktatur gebunden werden.

Auf legislativer Ebene werden in faschistischen Systemen die *Grund- und Freiheitsrechte*, rechtsstaatliche Pfeiler zur Sicherung der individuellen Rechte gegenüber dem allmächtigen Staat, erheblich eingeschränkt oder überhaupt aufgehoben. „Gesetze“ gegen die Opposition werden diktatorisch erlassen und – oft mit brutalen Polizeistaatsmethoden – durchgesetzt.

Die faschistische Vorstellung von einer gerechten – und damit stimmigen – Rechtsordnung entspringt der antimodernen Vorstellung, dass die *Wurzel des Rechts die Gewalt sei* (s. Kasten 15). Die faschistisch geprägte Rechtsphilosophie trat damit klar der humanistisch-zivilisatorischen Auffassung entgegen, dass Menschen schon allein deshalb Träger von elementaren Rechten sind, *weil sie Menschen sind* (Patzelt, 2013 S. 527).

Es stellt sich damit die Frage, ob faschistische Herrschaftssysteme grundsätzlich als *Unrechtsstaaten* zu bezeichnen sind. Ein Unrechtsstaat ist nach gängiger juristischer Definition ein Staat, der sich systematisch über das Recht hinwegsetzt und Bürgerinnen und Bürger staatlichem Unrecht schutzlos preisgibt. Nach dem deutschen Generalstaatsanwalt und Rechtstheoretiker *Fritz Bauer* fallen in diese Definition nur das nationalsozialistische Deutsche Reich und die stalinistische Sowjetunion, beides totalitäre Systeme.

Legt man also den Begriff Unrechtsstaat so eng aus, wie Bauer dies tut, wäre unter den historischen faschistischen Herrschaftssystemen nur das national-

4 Kernelemente des Faschismus

sozialistische Deutschland ein Unrechtsstaat gewesen. Definiert man Unrechtsstaat aber als *Gegenteil von Rechtsstaat* nach heutigem Verständnis – mit dessen Verbürgung von Grundrechten, der Garantie der Gewaltenteilung und der Bindung von Verwaltung und Rechtsprechung an Gesetz und Recht sowie der unantastbaren Unabhängigkeit der Richter – sind auch Mussolinis Italien, die spanische Diktatur oder der Austrofaschismus Unrechtsstaaten gewesen.

Verwerfung der Demokratie und Einparteienstaat

Faschismus nützt die demokratischen Freiheiten, um die demokratischen Freiheiten einzuschränken oder überhaupt zu eliminieren. Der liberale demokratische Verfassungsstaat, gegen den sich die faschistische Aggression richtet, schützt eine Gesellschaft, in der die Gestaltungsfreiheit der einzelnen Bürger und selbstbestimmter Bürgergruppen weitgehend uneingeschränkt bleibt. In einem solchen Staat ist die politische Macht auf verschiedene Machtträger aufgeteilt. Kein Machtträger kann unabhängig oder unkontrolliert von einem anderen handeln. Dies zwingt einerseits alle Inhaber politischer Macht, sich an gemeinsame Spielregeln zu halten. Andererseits fördert der liberal-demokratische Verfassungsstaat den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen durch *Kompromiss*.

Zitate

35

„Der völkische Staat duldet grundsätzlich nicht, daß über Belange besonderer, zum Beispiel wirtschaftlicher Art, *Menschen um Rat* oder Urteil befragt werden, die aufgrund ihrer Erziehung und Tätigkeit nichts von der Sache verstehen können. Er gliedert deshalb jeden Vertretungskörper von vornherein in *politische und berufliche ständische Kammern*... Dieser Grundsatz unbedingter Verbindung von absoluter Verantwortlichkeit mit absoluter Autorität wird allmählich eine Führerauslese heranzüchten, wie dies heute

im Zeitalter des *verantwortungslosen Parlamentarismus* (Hervorhebung vom Autor) gar nicht denkbar ist".

(Adolf Hitler, Mein Kampf, 1924; 2016 II/89)

„Das Parlament hat sich selbst ausgeschaltet, ist an seiner eigenen Demagogie und Formalistik zugrunde gegangen. Dieses Parlament, eine solche Volksvertretung, eine solche Führung unseres Volkes, wird und darf nie wiederkommen ...

Ständischer Neubau ist die Aufgabe, die uns diesen Herbstmonaten gestellt ist. Der Berufsstand ist die Ablehnung klassenmäßiger Zusammenfassung des Volkes. Berufsauffassung besagt die gemeinsame Arbeit, die die Menschen einigt. Wir wollen dafür in den Organen des öffentlichen Lebens die Voraussetzungen schaffen. Der Mensch will im Betriebe nicht nur eine Nummer sein, sondern will auch als Mensch gewertet und behandelt werden. Ständische Auffassung berechtigt und verpflichtet den Herrn ebenso wie den Knecht. Wir werden daher wieder zurückgreifen müssen auf ältere Formen, aber nicht nur formalistisch ...

Im Bauernhause, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schlüssel seine Suppe isst, da ist berufständische Zusammengehörigkeit, berufständische Auffassung ...

Wir wollen uns gemeinsam zur österreichischen Vaterländischen Front bekennen. Die Zugehörigkeit zur Vaterländischen Front ist ein Bekenntnis des Willens zur Mitwirkung am Aufbau unserer Heimat auf christlicher und ständischer Grundlage, ist ein Willensbekenntnis zur Überwindung des Parteienstaates ...

Gott will es!"

(Engelbert Dollfuß, „Trabrennplatzrede“ 11.9.1933)

4 Kernelemente des Faschismus

Demokratisch ist ein Staat dann, wenn jedem Gesellschaftsmitglied – das bestimmte Voraussetzungen erfüllt, etwa ein festgelegtes Lebensalter erreicht hat – das Recht zukommt, sich nach eigenem Ermessen und persönlich definierten Mitwirkungs- und Gestaltungsabsichten am politischen Wettbewerb zu beteiligen. Dies setzt Kommunikations-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit ebenso voraus wie ein aktives und passives Wahlrecht. Demokratie verwirklicht sich vor allem in den Parlamenten. Dort werden durch regelmäßig und frei gewählte Mandatare – im besten Fall sachgerecht und konstruktiv – gesellschaftliche Interessen abgeglichen und Kompromisse ausverhandelt. Man nennt dies auch das *repräsentative Prinzip*. In bestimmten Fragen kann die repräsentative Willensbildung auch durch unmittelbare Volksrechte wie Volksabstimmungen, Volksbegehren oder Volksbefragungen (*plebiszitäres Prinzip*) ergänzt werden. (Patzelt, 2021 S. 264-265).

Die Parlamente waren den Faschisten ein Dorn im Auge, weil sie dem *Führerprinzip* entgegenstanden. Faschisten bevorzugten ein Herrschaftssystem, in dem die „Repräsentanten des Volkes“ nicht gewählt, sondern von der Diktatur bestimmt werden (*Scheinparlamente*). Den „Mandataren“ kommt allenfalls beratende Funktion zu. Die – uneingeschränkte – Macht, das *letzte Wort*, liegt bei einem *Duce, Caudillo* oder *Führer*.

Parlamente werden als unnötige *Quatschbuden* denunziert. Will man Parlamente zerstören, macht man sie lächerlich. Faschisten verhöhnen die parlamentarische Kompromissfindung. Parlamentssitzungen stören sie mit ihren eigenen – zwar gewählten, aber aggressiven wie gewaltbereiten – Mandataren.

Im nationalsozialistischen Deutschen Reich blieb der Reichstag als gesamtdeutsches Parlament zwar formal aufrecht, doch wurde es zu einem bloßen Scheinparlament degradiert. Dieses diente nahezu ausschließlich zur propagandawirksamen Akklamation des Führerwillens und zum Absingen der Nationalhymne. In Flüsterwitzen nannte man den Reichstag daher auch den „*teuersten Gesangsverein Deutschlands*“.

In Italien, dem *Ursprungsfaschismus*, traten nach dem endgültigen Verbot aller Oppositionsparteien 1926 nur noch Kandidaten des *Partito Nazionale Fascista* zur Wahl des neuen „Parlaments“ an. Schließlich beschränkte man sich auf den *Faschistischen Großrat*, der als einziges Gremium alle Partei- und Staatsfunktio-

nen vereinen sollte. Der Parlamentarismus war damit bis zur Befreiung Italiens Geschichte.

In Österreich nutzten im März 1933 die faschistisch-autoritären Kräfte einen – einfach und rechtskonform zu behebenden – Geschäftsordnungsfehler im Nationalrat, um den Parlamentarismus zu beseitigen. (Seite 45) Die „Mai-Verfassung“ 1934 sah Vertretungskörper wie „Bundestag“, „Bundesversammlung“ oder „Staatsrat“ vor, doch wurden diese nicht frei gewählt, sondern von den diktatorischen Eliten entsandt. Damit war ein *Scheinparlamentarismus* geschaffen, der demokratischen Ansprüchen in keiner Weise genügen konnte.

Ein wesentlicher Pfeiler jeder Diktatur ist die *Einheitspartei*. In Italien war es Mussolini geschickt gelungen, seinen Partito Nazionale Fascista zu einem effektiven Transmissionsriemen einer militanten (Massen?)Bewegung auszubauen. 1942 zählte die Partei – seit 1926 Einheitspartei der Diktatur – 2,4 Millionen Mitglieder. Der Zulauf war allerdings wohl weniger der Begeisterung der Massen für das Parteiprogramm geschuldet. Vielmehr war der Zuspruch wohl darauf zurück zu führen, dass ohne einen Beitritt zur Partei zahlreiche berufliche Karrieren – oder auch nur die Deckung von Grundbedürfnissen wie eine angemessene Wohnung – nicht möglich waren.

Gerade in diesem Punkt weist der Austrofaschismus eine signifikante Ähnlichkeit mit dem italienischen Faschismus auf. Die Einheitspartei der Diktatur, die *Vaterländische Front*, zählte 1938 – zu Ende der Diktatur – allerdings wesentlich mehr Mitglieder, nämlich drei Millionen. (Talos, 2013 S. 558) Damit übertrifft – vor allem, wenn man die Größen der beiden Staaten in Relation setzt – die österreichische Einheitspartei in ihrer Organisationsdichte jene des italienischen Ursprungsfaschismus weit. Freilich: Bei den Mitgliedern handelte es sich auch hier vielfach nicht um begeisterte Parteigänger, sondern um Opportunisten. Die faschistischen Schwesterparteien in Italien und Österreich unterschieden sich in diesem Punkt kaum.

Die NSDAP als Einheitspartei im Deutschen Reich – 1933 bis 1945 – erreichte kurz vor ihrem Untergang eine Mitgliedszahl von 7,5 Millionen. Auch ihre Organisationsdichte blieb somit hinter der Vaterländischen Front in Österreich zurück. Die NSDAP beschränkte allerdings zeitweise den Zugang zur Mitgliedschaft, um Anspruch und Schein einer „elitären Kaderpartei“ zu wahren.

4 Kernelemente des Faschismus

Dennoch konnte die NSDAP das antidemokratisch-totalitäre Konzept der Nationalsozialisten effizient abdecken. In der tatsächlichen Willensbildung innerhalb der Diktatur spielte sie ab 1933 allerdings kaum mehr eine Rolle. Der Wille der Partei war unabänderlich im totalitären Führerstaat aufgegangen.

Parlamente in der Demokratie – Parlamente in der Diktatur

36

*Verfassung der Ersten (demokratischen) Republik Österreich 1920**

Art 1 B-VG:

Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.

...

Art 26 B-VG:

Der Nationalrat wird vom Bundesvolk aufgrund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

...

Art 56 B-VG:

Die Mitglieder des Nationalrates ... sind bei der Ausübung dieses Berufes an keinen Auftrag gebunden.

* Nahezu unverändert angepasst an heute geltende Fassung.



Italienischer
faschistischer
Großrat.

Verfassung des Bundesstaates Österreich 1934

Präambel

Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das Österreichische Volk für seinen christlichen Deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.

...

Art 44:

Die Gesetzgebung des Bundes übt nach Vorberatung der Gesetzesentwürfe durch den Staatsrat, den Bundeskulturrat, den Bundeswirtschaftsrat und den Länderrat (vorbereitende Organe) der Bundesstag (beschließendes Organ) aus.

...

Art 46:

In den Staatsrat beruft der Bundespräsident auf die von 10 Jahren verdiente, charaktervolle Bundesbürger, von denen nach ihrem bisherigen Verhalten und nach ihren bisherigen Leistungen volles Verständnis für die Bedürfnisse und die Aufgabe des Staates zu erwarten ist.

...

Art 50:

Der Bundestag besteht aus 20 Abgeordneten des Staatsrates, 10 Abgeordneten des Bundeskulturrates, 10 Abgeordneten des Bundeswirtschaftsrates und 9 Abgeordnete des Länderrates.

— — —

Die *Unterschiede* zwischen Demokratie und Diktatur sind evident. Während die Gesetzgebung in einer Demokratie Parlamenten mit freigewählten Abgeordneten unter freiem Mandant obliegt, werden in einer Diktatur willfährige Organe der autoritären oder totalitären Herrschaftsausübung bestellt.

4 Kernelemente des Faschismus

Der korporative Staat

Nimmt man das bestimmende Symbol des italienischen *Ursprungfaschismus*, die *Fasces* (Bündel; Bünde), für bare Münze, muss ein idealer faschistischer Staat ein *korporativer Staat* sein. In einem solchen Gesellschaftssystem werden Korporationen – „Kammern“ oder „Berufsstände“ – autoritär eingerichtet. Diese haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu diskutieren – und im besten Fall – auch ergebnisorientiert zu verhandeln. Durch ein – vorgeblich – konstruktives Zusammenwirken von Arbeit und Kapital, Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollen im Sinne der *sozialen Volksgemeinschaft* ernsthafte Konflikte vermieden werden. Kampfmaßnahmen im Falle der Nichteinigung – wie Streik oder Aussperrung – sind verboten.

Die Verhandlungsergebnisse der Korporationen sind freilich für die Diktatur nicht bindend. Schlussendlich entscheidet der Führer und/oder seine elitäre Entourage. Die Korporationen, soweit sie überhaupt eingerichtet wurden, verschafften den faschistischen Diktaturen allenfalls einen letzten Rest von Anschein, den Willen des Volkes in der Entscheidungsfindung zu respektieren.

In keinem der faschistischen Systeme, die sich im Europa des 20. Jahrhunderts bildeten, wurde der Korporatismus – nach der Ideologie vielleicht wesentlichstes Kernelement des Faschismus – tatsächlich verwirklicht. In diesem Sinne könnte man überspitzt auch sagen: *Kein Faschismus der Geschichte war tatsächlich faschistisch.*

Es kann kaum überraschen, dass der totalitäre Nationalsozialismus im Deutschen Reich den „Fasces“ als Kernkriterium des Faschismus am wenigsten gerecht wurde. Die beratenden Korporationen, von denen Hitler noch in seinem Machwerk *Mein Kampf* fabuliert hatte (s. Kasten 35), entwickelten in seinem „Tausendjährigen Reich“ realpolitisch keinen Einfluss auf die Staatsführung. Diese brauchte keine Korporationen, sie brauchte unbedingten Gehorsam: *ein Volk, ein Reich, ein Führer.*

Im faschistischen Italien ließ immerhin der Justizminister *Alfredo Rocco*, früher Rektor der Universität *La Sapienza* in Rom, 1927 die italienische Wirtschaft in

22 Korporationen aufteilen. Diese wurden in der *Camera dei fasci e delle corporazioni* beheimatet. Zwar entsprachen die berufsständischen Vertretungen der Form nach der Ideologie des Faschismus. Sie berücksichtigten auch grundlegende Aspekte der katholischen Soziallehre im Sinne der *Enzyklika Quadragesimo Anno* des Papstes Pius XI. Doch waren diese Korporationen – vor allem auch in ihrem überschießenden antidemokratischen Anspruch – nicht in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Interessenkonflikte der italienischen Gesellschaft tatsächlich zu überwinden. Sie hatten auf die politische Entscheidungsfindung des Staates kaum Einfluss.

Ein nahezu identisches Bild bietet sich in der österreichischen Diktatur 1933 bis 1938. Auch die autoritär-rechtskonservativen Putschisten 1933/1934 unter Engelbert Dollfuß konnten ihren (angeblichen) Anspruch, einen „neuen Staat“ im Sinne einer berufsständischen Ordnung auf katholisch-christlicher Basis errichten zu wollen, nicht erfüllen. Die „Verfassung“ von 1934, beschlossen in einem Schein(Rumpf)Parlament Ende April 1934, sah – analog zu Italien – Berufsstände vor. Sie umfassten sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerkurien und hatten – auf dem Papier – die Aufgabe, den Führer („Kanzlerdiktatur“) oder seine Regierung („Regierungsdiktatur“) zu beraten. Mehr allerdings nicht.

Von diesen vorgesehenen Korporationen, „Berufsständen und Kulturgemeinschaften“ wurden zudem bis 1938 lediglich zwei eingerichtet; eine für die Land- und Forstwirtschaft und eine für den öffentlichen Dienst. Von beiden Berufsständen erhoffte man sich offensichtlich besondere Loyalität. Wie in Italien kann man daher auch für Österreich festhalten, dass der *Korporatismus* – das faschistische Kernelement schlechthin – ebenso gescheitert ist wie in anderen faschistischen Staaten.

Die faschistischen Diktaturen auf der spanischen Halbinsel, der Franquismus und der Salazarismus, boten kein anderes Bild: In ihren Realverfassungen pro forma „Ständestaaten“, waren sie ebenfalls nicht in der Lage, mehr als nur einen Anschein von Pluralismus zu erwecken. Das völlig unübersichtliche Netz dieser Körperschaften konnte inhaltlich äußerst wenig zur – unbeeinflusst autoritär geprägten – Staatspolitik beitragen.

4 Kernelemente des Faschismus

Antimarxistisch und antisozialistisch

Der Faschismus wurzelt auch – wie oben bereits dargestellt – in marxistischen und syndikal-sozialistischen Strömungen des 19. Jahrhunderts. Doch spätestens nach der politischen Verbindung von korporativ-sozialistischen Ideen (Fasces) mit radikal-nationalistischen und rechtsautoritären Positionen, trat der Faschismus in scharfen Gegensatz zu den – internationalistisch ausgerichteten – kommunistischen und sozialistischen Kräften. Das Erstarken des Faschismus in Italien – später in ganz Europa – kann daher auch als völlig überschießende Reaktion auf die *Oktoberrevolution in Russland 1917* gelesen werden.

Der völlige gesellschaftliche Umbruch im russischen Zarenreich und die Errichtung der Sowjetunion – eine Rätediktatur – ließ die „bürgerlichen“ Parteien ebenso erzittern wie die reformistisch ausgerichtete Sozialdemokratie. Das *rote Schreckgespenst*, das die Eliten des Zarenreiches – Adel, Großgrundbesitz, Kirche – mit ungemeinem revolutionären Elan hinweggefegt hatte, erzeugte *Angst*.

Diese Angst mag selbst jenes liberale Bürgertum, das die Errungenschaften der neuen demokratischen und rechtsstaatlichen Herrschaftssysteme in Europa nach dem Ersten Weltkrieg durchaus schätzte, verleitet haben, sich reaktionär-autoritären Programmen zuzuwenden. Dies förderte den Aufstieg des Faschismus als vorgeblich verlässliche Schutzmacht gegen jede konkrete Form kommunistischer oder sozialistischer Machtbeteiligung im Staat.



Einzug der Württemberger in die Stadt München nach dem militärischen Sieg über die Räterepublik.

Damit war aber auch unablässlich, dass sich der Faschismus ideologisch scharf und klar gegen den Marxismus abgrenzte. Dieses Vorhaben war allerdings äußerst schwierig: Die politische Ähnlichkeit der Methoden und Instrumente der Machtergreifung und -bewahrung musste ebenso erklärt werden wie die Analogie der propagandagestützten Monopolisierung in Form einer Einheitspartei. Die einfache faschistische Botschaft für den einfachen, verführbaren Bürger? Die *Diktatur des Proletariats*, ein Ziel des radikalen Sozialismus, könne nur durch das Gegenmodell, die *Diktatur des Faschismus*, verwirklicht werden. Das Angebot des Faschismus richtete sich daher an alle, die glaubten, durch den Sozialismus etwas zu verlieren; an das Kleinbürgertum, den entmachteten Adel und – schlussendlich – auch an die Arbeiter:innen, die noch Arbeit hatten oder Arbeit wollten. Die Eliten der Industrie und des Großgrundbesitzes zogen nach.

Vom verteufelten Marxismus konnte man aber auch lernen. Zum Beispiel neue und effizientere Methoden der Agitation und Propaganda. Adolf Hitler schrieb in *Mein Kampf*: „Was dem Marxismus die staunenswerte Macht über die breiten Massen gegeben hat, ist keineswegs das formale, schriftlich niedergelegte Werk jüdischer Gedankenarbeit, als vielmehr die ungeheuerliche rednerische Propagandawelle, die im Verlauf der Jahre sich der breiten Masse bemächtigte... Denn das ist es, was die marxistische Presse von unserer bürgerlichen unterscheidet: Die marxistische Presse ist geschrieben von Agitatoren, und die bürgerliche möchte gerne Agitation treiben durch Schreiber.“ (Mein Kampf, II 2016, S. 114)

Besonders aggressiv richteten sich die faschistischen Angriffe gegen die *Sozialdemokratie*. Ihr Programm, im Rahmen des liberalen, demokratischen – „bürgerlichen“ – Verfassungsstaates bei Wahlen so viel Zustimmung zu gewinnen, um maßgebend die eigenen sozialen und ökonomischen Programme umsetzen zu können, sah der Faschismus wohl als größtes Hindernis für seinen Aufstieg. Solange Menschen vom Wert der Demokratie und des Ausgleichs der Interessengegensätze in Parlamenten und anderen demokratischen Institutionen überzeugt werden können, ist eine faschistische Machtübernahme wohl undenkbar.

In Österreich gab die Diktatur vor, die Demokratie im Hinblick auf die nationalsozialistische Bedrohung – quasi in einem Notstandsakt – beseitigt zu haben. Tatsächlich bekämpfte das Regime weniger die Nationalsozialisten als die linke

4 Kernelemente des Faschismus

Opposition. Die starke österreichische Sozialdemokratie – die demokratische Spielart des Sozialismus – war das mächtigste Hindernis gegen den autoritären faschistischen Gewaltanspruch.

Vor der Hinrichtung des Sozialdemokraten *Josef Gerl*, der nach einem Sprengstoffanschlag im Widerstand gegen das Regime verhaftet und im Juli 1934 vor Gericht gestellt worden war, erwiderte Dollfuß auf eine Gnadenintervention „seines“ Wiener Vizebürgermeisters *Ernst Winter*: „Wir können Gott danken, dass es ein Roter war und kein Nazi, gegen den wir das neue Gesetz zuerst anwenden mussten.“

Der spanische Bürgerkrieg war nicht nur ein innerstaatlicher Kampf zwischen den Republikanern, die ihre – demokratisch übertragene – Gestaltungsmacht im Staat verteidigten, und den putschenden Nationalisten. Er war auch ein Stellvertreterkrieg: zum einen zwischen Demokraten und Autoritären, zum anderen zwischen faschistischen und marxistisch-sozialistischen Weltanschauungen. Auf beiden Seiten gab es internationale Unterstützung. Mussolini und Hitler griffen – offen oder verdeckt – für die (faschistischen) Nationalisten in die Kämpfe ein. Sie begründeten dies in erster Linie damit, Marxismus, Sozialismus und Bolschewismus bekämpfen zu wollen.

Rassismus und Antisemitismus

Mussolinis *Ursprungsfaschismus* war nicht grundsätzlich rassistisch oder antisemitisch ausgerichtet. (Seite 16) Der italienische Faschismus, aber auch alle anderen faschistischen Regime, verschärften allerdings die bestehenden rassistischen und antisemitischen Ressentiments in der Bevölkerung. Vor allem die Hetze gegen Jüdinnen und Juden – Jahrtausende lang „nur“ religiös geprägt (*Anti-Judaismus*), nun aber im wesentlich gefährlicheren Gewand des Rassismus – fiel auf fruchtbaren Boden.

Der Judenhass und sonstiger Rassismus – so vor allem gegen die „Zigeuner“, Roma und Sinti, aber auch andere „genetisch-minderwertige Rassen“ – erreichten mit dem totalitären Nationalsozialismus ihren Höhepunkt. Dieser überstei-



Robert Winterstein

gerte selbst den ohnehin schon zutiefst menschenverachtenden klassischen Faschismus. Die gezielte industrielle Massenvernichtung aus rassistischen Gründen räumt der nationalsozialistischen Aggressionspolitik ein Alleinstellungsmerkmal ein. (Pelinka, 2022 S. 97).

Österreichische Politiker und Theoretiker – wie der christlichsoziale Bürgermeister von Wien *Karl Lueger* oder der Deutschnationale *Georg von Schönerer* – hatten bereits zur Jahrhundertwende im besonderen Maße zur Intensivierung der antisemitischen Hetze beigetragen. Allerdings war der österreichische Antisemitismus – wie auch in Italien, Spanien oder Portugal – schon traditionell etwas „gemütlicher“. „Wer a Jud is, bestimm i“, soll Lueger zynisch angemerkt haben.



Holocaust-Mahnmal, Berlin.



Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, ebenfalls Berlin.

4 Kernelemente des Faschismus

In der österreichischen Diktatur 1933 bis 1938 wurden Jüdinnen und Juden, die nach der Machtergreifung Hitlers aus Deutschland fliehen mussten, allerdings aufgenommen. *Robert Winterstein*, Politiker jüdischer Herkunft, saß sogar im austrofaschistischen Regierungskabinett. (Seite 16) Wintersteins Schicksal zeigt im Übrigen die ganze Tragik des – zuerst autoritären, dann totalitären – Faschismus in Österreich. Nach dem *Anschluss* wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet und 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Es wäre allerdings ein Fehler, den Antisemitismus der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur kleinzureden. Dollfuß hatte bereits als Studentenvertreter und CV-Funktionär das Zurückdrängen jüdischen Lehrpersonals an den Universitäten gefordert. Er vertrat auch die Auffassung, dass – im Sinne eines explizit-rassistischen Antisemitismus – Mitglieder christlicher Studentenverbindungen ihre „arische Abstammung“ nachzuweisen hätten. (Anzenberger 2017, S. 45)

Die Verantwortung für die beiden faschistischen Diktaturen – unterschiedlicher Intensität – in Österreich von 1933 bis 1945, tragen vor allem konservativ-autoritäre Intellektuelle und Politiker, die sich in einem faschistisch orientierten Konglomerat – aus Deutschnationalen ebenso wie Christlichsozialen – der Zwischenkriegszeit bewegten. *Janek Wasserman* (2014, 2020) bringt es auf den Punkt: „Their debates in favor of authoritarianism, fascism and Anti-Semitism paved the way for Hitler- an inconvenient truth that was lost when conservatives themselves became victims.“

Sozialstaat und Gewerkschaften

Faschismen erheben den Anspruch, den *sozialen Staat* zu verwirklichen.

Die Realität sieht freilich anders aus. So bemächtigten sich die italienischen Faschisten sofort nach der Machtergreifung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme. Die Gewerkschaften, die durch kollektiven Zusammenschluss und solidarisches Vorgehen das Machtgefälle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszugleichen versuchten, wurden ausgeschaltet. Sowohl die Sozialversicherungsträger als auch die bisherigen Gewerkschaftsverbände wurden zu profaschistischen Organisationen zusammengelegt.

Bis heute hält sich in Italien die Erzählung, Mussolini hätte erstmals ein effizientes soziales Netz für alle geschaffen. Seine Leistungen – etwa das „Pensionsrecht“ – seien in diesem Punkt richtungsweisend gewesen. Die Behauptung hält keiner Überprüfung stand (Filipi, 2020 insbes S. 13-27). Im Gegenteil: Der italienische Faschismus führte zu einer Erosion der sozialen Sicherungsnetze. Dies kann kaum erstaunen. Gerade in rechtskonservativ-autoritären, faschistischen Herrschaftssystemen gelingt es den Wirtschaftsinteressen – zumal diesen keine unabhängige Gewerkschaftsmacht mit Demonstrations- und Streikrecht gegenübersteht – das natürliche Machtgefälle zwischen Arbeit und Kapital unverhältnismäßig zu deren Vorteil zu nützen.

Das faschistische Österreich bildete in diesem Punkt keine Ausnahme. Zwar hatte Dollfuß in seiner *Trabrennplatzrede* 1933 angekündigt: „Wir kämpfen gegen den Marxismus, wir kämpfen auch gegen den braunen Sozialismus, aber wir werden niemals die Lebens- und Grundrechte der Arbeiter antasten, im Gegenteil, ein gerechter, christlicher Staat muss gerade den Ansprüchen der arbeitenden Menschen in erster Linie gerecht werden.“ Doch begann bereits Tage später die soziale Demontage.

Die austrofaschistische Politik endete in einem wirtschafts- und sozialpolitischen Fiasko, das vor allem die unterprivilegierten Schichten vielfach ins Elend trieb. (Tálos, 2013 S. 326-327) Der Hartwährungskurs und die Austeritätspolitik, an der das Regime selbst mitten in der Wirtschaftskrise festhielt, waren für das Land fatal. Das Regime schaltete die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die für soziale Verbesserungen gerungen hatten, aus. Die demokratische Willensbildung in den Arbeiterkammern wurde mit Dekret beseitigt. (S. Kasten 37) Der neu geschaffene *Einheitsgewerkschaftsbund* stand unter diktatorisch-staatlicher Aufsicht. Er schloss neue „Kollektivverträge“ ab, die empfindliche Lohnkürzungen vorsahen. Arbeitskräften im Gast- und Fremdenverkehrsgewerbe wurde das Entgelt überhaupt weitgehend entzogen. Sie waren auf Trinkgelder angewiesen und mussten zudem ihre Sozialversicherungsbeiträge selbst bezahlen. (Tálos, 2013, S. 328)

4 Kernelemente des Faschismus

Arbeitnehmervertretungen in Diktaturen

37

Austrofaschismus

Nach dem gescheiterten Aufstand im Februar 1934 wurden die freien, sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbände verboten. Am 2. März 1934 richtete das Regime mit Verordnung einen Einheitsgewerkschaftsbund ein. Er wurde autoritär zum „Träger der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten“ bestimmt. Politische Mitsprache wurde ihm aber weitgehend verweigert.

Nach Vorbild des faschistischen Italiens und in Gleichklang mit dem nationalsozialistischen Deutschland wurde das Betriebsrätegesetz von 1919 außer Kraft gesetzt. Zwar hatte man Wahlen der neuen „Vertrauensmänner“ ursprünglich vorgesehen, doch zögerte man, solche durchzuführen. Die „Vertrauensmänner“ wurden vielmehr über das Sprachrohr *Einheitsgewerkschaftsbund* regimегerecht bestellt.

Die Gleichschaltung der Arbeiterkammern war bereits Ende 1933 erfolgt. Die demokratische Willensbildung in den Vollversammlungen wurde durch „Verwaltungskommissionen“ ersetzt. So wurden in der Verwaltungskommission der Arbeiterkammer Steiermark – durch autoritäres Dekret – fünf christliche, drei unabhängige (sozialdemokratische) und ein deutschnationales Mitglied autoritär in die Kommission entsandt. Hatten die sozialdemokratischen Kammerräte aufgrund der letzten demokratischen Wahl noch eine absolute Mehrheit von 80 % gehabt, waren sie nun – in der gleichgeschalteten Institution – mit einem Drittel der Kommissionsmitglieder in der krassen Minderheit. (Anzenberger/Halbrainer/Grabuschnig, 2020, S. 41)

Die sogenannte *Doppelverdiener-Verordnung* des Regimes wiederum hatte zum Ziel, Frauen aus dem Erwerbsleben zu drängen. Diese Maßnahme war ein empfindlicher Schlag gegen den Gleichheitsgrundsatz, eine wesentliche emanzipatorische und zivilisatorische Errungenschaft der demokratischen Ersten Republik. (S. Kasten 19) Die Verordnung traf vorerst „nur“ Frauen in der staatlichen Verwaltung. Parallel forderte das Regime allerdings auch private Dienstgeber

brieflich auf, ihre weiblichen Bediensteten zu kündigen und männlichen Arbeitskräften den Vorzug zu geben. Aus feministischer Sicht war die austrofaschistische Diktatur ein besonders schmerzhafter Entwicklungsbruch.

Das Sozialversicherungssystem wurde geschwächt, um den Wirtschaftsinteressen entgegenzukommen. Das austrofaschistische Regime senkte die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und damit die Leistungsfähigkeit des sozialen Netzes. Tausende Menschen waren „ausgesteuert“. Sie konnten ihren Lebensunterhalt weder durch Erwerbseinkommen noch durch Leistungen der Sozialversicherung oder des Staates bestreiten.

Diese Sozialpolitik der harten Hand in der österreichischen Diktatur trug wesentlich dazu bei, dass selbst der Rest der Arbeiterschaft, der nach dem gescheiterten Aufstand im Februar 1934 noch zum Regime stand, jegliches Vertrauen in die Staatsgewalt verlor. Mit – zuweilen fatalistischer – Hoffnung blickte man nach Deutschland. Nationalsozialistische Propaganda wie „Brot und Arbeit“ blieben nicht ohne Wirkung. Der österreichische Schriftsteller *Fritz Weber* dazu: „Die Welle der Begeisterung, die dem als „Führer“ Heimgekehrten im März 1938 entgegenschlug, spiegelte nicht zuletzt die blinden Hoffnungen eines Volkes von Zermürbten wider, das die Arbeitslosigkeit mehr fürchten zu müssen glaubte, als die Tyrannei und den Krieg, der sich am Horizont bereits abzeichnete.“ (Tálos, 2013 S. 359).

38

Nationalsozialismus

Auch in Deutschland ging man nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten vorerst nach dem faschistischen italienischen Grundmodell vor. Die Gewerkschaften wurden verboten und durch die *Deutsche Arbeitsfront* ersetzt. Diese war ein Einheitsverband von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Sinne des faschistischen Korporatismus. Das nationalsozialistische Regime betonte in der Propaganda ein *Recht auf Arbeit*. In der Realität stand allerdings die *Pflicht zur Arbeit* im Vordergrund. 1935 wurde der *Reichsarbeitsdienst* geschaffen, der junge Männer – vor ihrem Wehrdienst –

4 Kernelemente des Faschismus

für sechs Monate für den Arbeitsdienst verpflichtete. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dehnte man diese Zwangsverpflichtung auf die weibliche Jugend aus.

Der *Reichsarbeitsdienst* war Bestandteil der Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Er diente vorwiegend auch der Gleichschaltung der Jugend im Sinne der nationalsozialistisch-totalitären Doktrin und militärischen Disziplinierung.

Um die Arbeiterschaft für das nationalsozialistische Programm zu gewinnen, pumpte das Regime beachtliche finanzielle Mittel in das Wirtschafts- und Sozialsystem. Die Rüstungsindustrie wurde neu aufgebaut, mächtige Infrastrukturprojekte schufen neue Arbeit. Nicht zuletzt durch Beschönigung der Statistik konnte die Arbeitslosenquote beachtlich gesenkt werden.

Die Sozialprogramme gingen auf Kosten der zunehmend diskriminierten Jüdinnen und Juden und die repressive Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben. Anstelle der ehemaligen demokratischen Betriebsverfassung mit gewählten Belegschaftsvertretungen wurde das nationalsozialistische *Betriebsführerprinzip* eingeführt.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme und die punktuellen Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht rissen große Lücken in das staatliche Budget. 1938 war das nationalsozialistische Regime mehr oder weniger konkursreif. Nur die Überfälle auf Österreich und die Tschechoslowakei und der Raub deren Goldreserven wendeten den Kollaps ab. Die folgenden Angriffskriege, die die Welt in einen umfassenden Krieg stürzen sollten, sind auch in diesem Lichte zu sehen.

Spätestens im Zuge der Kriegswirtschaft mussten auch jene Teile der Arbeitnehmerschaft, die von Verbesserungen wie die Erholungsaktion *Kraft durch Freude*, Erhöhung des gesetzlichen Urlaubs oder besserer sozialer Absicherung profitiert hatten, erkennen, dass Faschismus und verantwortungsvolle Sozialpolitik nicht zu vereinbaren sind. Die Versorgungslage in der „eigenen“ Bevölkerung verschlechterte sich zusehens. Das Kriegswirtschaftssystem

konnte nur durch brutale Ausbeutung der Fremd- und Zwangsarbeiter, der Kriegsgefangenen und Häftlinge in den Konzentrationslagern aufrechterhalten werden.

Die Zwangsarbeit in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wurde im Nationalsozialismus nicht zuletzt als systematisches Mittel eingesetzt, unerwünschtes Leben auszulöschen: *Vernichtung durch Arbeit*.

Gewalt

Faschismus ist eine revolutionäre Bewegung. In seinem Streben, zur Macht zu gelangen und – wenn er dieses Ziel erreicht hat – diese Macht auch zu sichern, übt er exzessive Gewalt. Diese ging in allen faschistischen Modellen weit über jene hinaus, die ein Staat – auch ein demokratisch-rechtsstaatlicher – braucht, um das Gemeinwohl zu sichern.

Man kann also sagen: Faschismus ist Gewalt. Dennoch ist Gewalt kein konstitutives Element des Faschismus. Alle diktatorischen Bewegungen und Herrschaftssysteme setzen allerdings auf – zuweilen völlig willkürliche – Gewalt, ausgeübt durch ihre Polizei- und Militärapparate.



Auf dem Weg zur Arbeit im Ausbildungslager des Reichsarbeitsdienstes.

4 Kernelemente des Faschismus

In der Regel bestimmt der Unterschied zwischen autoritärer und totalitärer Diktatur das Ausmaß des Staatsterrors. Im *faschistischen Italien* mag die latente Gewaltbereitschaft in den ersten eineinhalb Jahrzehnten für den „gewöhnlichen“ Bürger noch abschätzbar gewesen sein. Wer nicht offenen Widerstand gegen das Regime übte, wurde vielfach in Ruhe gelassen. Nach dem Schulterchluss mit dem totalitären Deutschen Reich nahm das Ausmaß des Staatsterrors allerdings zu. Jede und jeder konnte in die schwer abschätzbaren Mühlen von Polizei und Justiz geraten.

In *Österreich* etablierte das Regime einen Polizeistaat, der mit jenem Italiens vergleichbar war. Politisch Andersdenkende – oder auch Bürgerinnen und Bürger, deren Zuverlässigkeit in Frage stand – bekamen die repressive Gewalt des Regimes zu spüren. Polizei- und Justizapparate gingen *zweigleisig* vor. Für ein und dasselbe „Delikt“ konnte man doppelt verurteilt werden. Willkürliche Verhaftungen wurden vorgenommen, für die zahlreichen politischen Gefangenen Anhaltelager eingerichtet.

Das Regime griff auch zur *Folter*. Selbst wenn – nach dem aktuellen Forschungsstand – das Foltern von Gefangenen nicht systematisch eingesetzt wurde, als Mittel der „Wahrheitsfindung“ und der Abschreckung diente sie allemal. Auch vor Hinrichtungen – das letzte Mittel zur Disziplinierung von Regimegegnern – schreckte man nicht zurück.

Im totalitären *Deutschen Reich* erreichten faschistische Gewalt und Terror freilich den Höhepunkt. Diese Gewalt richtete sich nicht nur gegen die eigenen – missliebigen – Bürger, sondern – *ein Volk braucht Raum!* – nach außen. Die faschistische Aggression des Deutschen Reiches übertraf jene Italiens, das mit dem Abessinienkrieg bereits zahlreiche zivilisatorische Grenzen überschritten hatte, bei weitem.

Faschismus ist Zerstörung. Anton Pelinka (2022, S. 205) bringt es auf den Punkt. Mussolini, Hitler und die protofaschistische Militärdiktatur in Japan wollten den Krieg. Die imperialistische Aggression – die umfassende Ausübung von Gewalt – kannte keinerlei Rücksichtnahme. Sie ist dem Faschismus ganz offensichtlich immanent.



Ruinenlandschaft: Nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands wurde die Stadt völlig zerstört (Aufnahme 1945).

Österreich konnte aufgrund seiner Kleinstaatlichkeit und der damit verbundenen militärischen Schwäche, keine (faschistischen) Expansionskriege führen. Nach dem Anschluss an das Deutsche Reich war die Ostmark aber sehr wohl Teil der faschistischen Aggressionspolitik.

Spanien, das wie Österreich faschistische Züge trug, hat aus ähnlichen Gründen weitgehend auf eine rassistisch-imperialistische Außenpolitik verzichtet. Franco verweigerte im Übrigen der faschistischen Allianz in Europa, gegen die westlichen Demokratien und den „Bolschewismus“ einen gemeinsamen Krieg zu führen, die Unterstützung. Eine schmerzliche diplomatische Niederlage für Hitler. Franco musste wohl geahnt haben, dass im Falle eines Kriegseintrittes auf Seite der Achsenmächte sein Faschismus mit den anderen europäischen Faschismen untergehen werde. So konnte sich der Franquismus immerhin bis 1975 halten.

Massenbewegung und Propaganda

Ganz im Sinne der Theorien von Le Bon (s. Seite 16) sah sich der Faschismus als eine Kraft des Volkes – der Masse. Will er Erfolg haben, muss es ihm gelingen, die *Masse* zu lenken. Ein solcher Anspruch setzt allerdings ein totalitäres Herrschaftssystem voraus. Nur der Nationalsozialismus in Deutschland – später auch in den besetzten Satellitenstaaten – konnte dieses Vorhaben tatsächlich zur Gänze erfüllen.

Massenbewegung und die dazugehörige Propaganda – als Mittel der Agitation – sind dennoch wichtige Identifikationsmarker für alle Faschismen. Dem italienischen Regime gelang es immerhin recht bemerkenswert, Menschen und Massen zu emotionalisieren. Die Begeisterung beschränkte sich nahezu ausschließlich auf die Person Mussolini, den charismatischen Duce. Eine programmatische Durchdringung weiter Bevölkerungsteile – wie im Deutschen Reich – gelang dem faschistischen Italien nicht.

Der Nationalsozialismus schaffte hingegen jene *Massenpsychose*, von der jeder Faschismus träumt: Als Propagandaminister *Joseph Goebbels* rhetorisch in die Menge fragte, ob man den „totalen Krieg“ wolle, schmetterten ihm tausende –

4 Kernelemente des Faschismus

allerdings vom Regime auf ihre Verlässlichkeit geprüfte – Menschen 1943 im Berliner Sportpalast entgegen: „Ja!“

Auch in der *austrofaschistischen Diktatur* waren Ansätze der Massenmobilisierung durchaus vorhanden. Die zahlreichen Aufmärsche und Ansprachen im Dollfuß-Schuschnigg-Regime waren gut besucht. Das Begräbnis des „Martyrer-Kanzlers“ Dollfuß im Sommer 1934 wurde – teilweise freilich auch mit totalitärem Druck – zum propagandistischem Massenevent. Und die Einheitspartei des Austrofaschismus *Vaterländische Front* schaffte es zu einer Massenpartei (s. Seite 45), auch wenn eine hohe Mitgliederdichte nicht immer mit Massenbegeisterung gleichzusetzen ist.

Dass andere faschistische Systeme hinter dem nationalsozialistischen Deutschland zurückblieben, lag neben der mangelnden totalitären Intensität der gesellschaftlichen Durchdringung vor allem am *Charisma der Führer*. Franco und Salazar, Dollfuß und Schuschnigg waren schon alleine von ihrer Persönlichkeit nicht Mussolini oder Hitler. Die Bedeutung der Führerqualität für die Massenmobilisierung zeigte sich auch im Falle Mussolinis. Als er 1943 – ohnehin bereits abgenutzt – abgesetzt und verhaftet wurde, sank die Begeisterungsfähigkeit für sein faschistisches Staatsmodell entscheidend. Die faschistischen Staatsstrukturen im befreiten Italien waren – nach nur wenigen Wochen – vollständig beseitigt.



© bpb/Bayerische Staatsbibliothek/Archiv Heinrich Hoffmann

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels propagiert in seiner Rede den „totalen Krieg“.

Faschismus – eine substanzlose Beliebigkeit?

Kein Faschismus – in seinen vielfältigen historischen Gestalten – hat die oben aufgezählten Kernelemente, an denen die wissenschaftliche Forschung das *Phänomen Faschismus* beurteilt, gänzlich erfüllt. Im Gegenteil: Faschismus idealtypisch zu leben, daran sind alle Faschisten dieser Welt grandios gescheitert.

Machen die Schwammigkeit, die Dubiosität, ja vielfach die Beliebigkeit des *Begriffes Faschismus* diesen im Sinne einer – historischen oder tagesaktuellen – politischen Zuordnung von Bewegungen und Herrschaftssystemen überhaupt obsolet? Kann die Aussage *Du bist ein Faschist* überhaupt einen vernünftigen, sachlichen Inhalt und Diskussionswert haben? Die Antwort ist ein entschiedenes: *Ja!* Es macht nach wie vor Sinn, zu prüfen inwiefern politische Konzepte und Phänomene anhand des *Kriterienkatalogs als Faschismus* oder als *faschistisch* identifiziert werden können.

Man prüfe: In welchen Punkten erfüllt ein politisches Programm den faschistischen Anspruch? Wie weit ist es bestrebt, ein antimodernes, radikal-nationalistisches, antidemokratisches und damit diktatorisches, ein antisozialistisches, zuweilen auch imperialistisches Gesellschafts- und Herrschaftssystem zu errichten oder aufrecht zu erhalten? Ein Gewaltmonopol, das sich auf Propaganda und Populismus, Polizei, Militär und Staatsterror stützt?



Trauerkundgebung für Engelbert Dollfuß am Wiener Heldenplatz.

5 Die Aufarbeitung

Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, des nationalsozialistischen Deutschen Reiches, im Mai 1945 brachte auch weitgehend ein Ende des staatlichen Faschismus in Europa. Nur die faschistisch-autoritären Systeme auf der iberischen Halbinsel, Portugal und Spanien, konnten sich weiterhin halten.

Die siegreichen Alliierten forderten von Deutschland und Österreich, die sie in Zonen besetzt hielten, dezidiert die strafrechtliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und Gesetze gegen ein Wiederaufkommen des Faschismus.

In Deutschland erfolgte diese legistische Vergangenheitsbewältigung auf Verfassungsebene durch das *Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland* (Westzone; BRD) und der *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik* (DDR; Ostzone). Die nationalsozialistische Gesetzgebung wurde in Deutschland – wie in Österreich – einer Revision unterzogen. Österreich knüpfte – nach der Unabhängigkeitserklärung 1945 – grundsätzlich am Verfassungs- und Rechtsbestand der Ersten Republik – also vor dem Verfassungsbruch 1933 – an. Die deutsche Gesetzgebung, soweit nicht antidemokratisch faschistisch inspiriert, wurde aber zu einem guten Teil bei der Rechtsüberleitung berücksichtigt.

Ziel der Westmächte unter Führung der USA war neben der ideologischen Entnazifizierung eine nachhaltige Demokratisierung der westdeutschen und österreichischen Gesellschaft. Verlässliche Partner für die Zukunft sollten gewonnen werden.

Nach einer bemerkenswerten strafrechtlichen Aufarbeitung unmittelbar nach Kriegsende – die *Nürnberger Prozesse* unter alliierter Führung sind hier ebenso zu nennen wie die *österreichischen Volksgerichte* – setzte man nach Beginn des Kalten Krieges 1947 zunehmend auf die Reintegration des nationalsozialistischen Klientels. Dies hatte zur Folge, dass selbst ausgewiesene nationalsozialistische Täter amnestiert, vielfach sogar rehabilitiert wurden.

Im Gegensatz dazu wurden *Widerstandskämpfer*, die sowohl in Deutschland als auch auf dem Boden des ehemaligen Österreich gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten und damit auf Seite der Alliierten gestanden waren,

zunehmend diskriminiert und ausgegrenzt. Besonders zynisch zeigte sich diese Haltung in Österreich. Nach außen hin berief man sich auf den – wenn auch schwachen – Widerstand gegen die nationalsozialistischen Okkupanten. Das große Ziel des Staatsvertrages und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit (1955) – strategisch bereits in der Unabhängigkeitserklärung im April 1945 vorgegeben – durfte nicht gefährdet werden. Schließlich hatte bereits die Moskauer Deklaration der Alliierten 1943 festgehalten, dass Österreich politisch danach zu beurteilen sei, wie weit es zur eigenen Befreiung selbst beitragen werde.

Im Lande selbst allerdings wurden Widerstandskämpfer als „Vaterlandsverräter“ denunziert. Sie wurden vielfach gesellschaftlich geächtet und in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Fortkommen behindert. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass auf Initiative der Opferverbände (Sozialdemokratische Freiheitskämpfer:innen, ÖVP-Kameradschaft und KZ-Verband) 1963 das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) gegründet wurde. Das Archiv wird finanziell maßgeblich von der Republik Österreich und der Stadt Wien getragen.

1949 und 1954 verabschiedete der westdeutsche Bundestag einstimmig Amnestiegesetze. Eine große Mehrheit von Nationalsozialisten, die von deutschen Gerichten bereits verurteilt waren, wurden begnadigt.

In Österreich schloß die Verfolgung von Nationalsozialisten, die schwere Verbrechen auf sich geladen hatten, überhaupt ein. Exemplarisch für die Verwei-



© Willi Hofer

Heinrich „Heina“ Kohnhauser, ein „Keuschler“ aus Tragöb, kämpfte auf Seite der Österreichischen Freiheitsfront (ÖFF) gegen das nationalsozialistische Regime. Er wurde in der Nähe des Kollmannstocks (Hochschwab) gestellt und an Ort und Stelle erschossen. Die überparteilichen Opferverbände errichteten in der Seeau Eisenerz eine Gedenktafel, die an Kohnhauser und den Widerstand gegen den Faschismus in den steirischen Bergen erinnern soll.

5 Die Aufarbeitung

gerung einer adäquaten Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gräueltaten wird der sogenannte Murer-Prozess 1963 genannt. Franz Murer, der „Schlächter von Wilna“, war im Ghetto der Stadt, heute Vilnius, für „Judenfragen“ zuständig. Seine zynisch-menschenverachtenden Übergriffe auf die Gefangenen sind vielfach belegt. In einem aufsehenerregenden Schwurgerichtsprozess in Graz wurde er – nach äußerst fragwürdiger Verhandlungsführung und unverhohlener Sympathie des Gerichts für den Angeklagten – freigesprochen. Die Zustimmung weiterer Teile der österreichischen Bevölkerung war überwältigend. Man berichtet, dass Grazer Blumenläden von Gratulanten leer gekauft wurden.

Auch die *Entschädigung von Opfern* ging in Deutschland und in Österreich nur schleppend voran. Das *deutsche Bundesentschädigungsgesetz* von 1953 beschränkte Wiedergutmachung weitgehend auf deutsche Opfer, wobei Kommunisten, Homosexuelle, „Asoziale“ sowie Sinti und Roma („Zigeuner“) größtenteils von der Entschädigung ausgeschlossen waren. Immerhin zahlte Deutschland an den Staat Israel und die jüdische *Claims Conference* eine DM-Milliardensumme aufgrund des deutsch-israelischen *Wiedergutmachungsabkommen* 1952. Im Jahr 2000 richtete die BRD schließlich die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter des NS-Regimes ein.

Die Unrechtsurteile der nationalsozialistischen Justiz hob der Bundestag der – wiedervereinigten – Bundesrepublik Deutschland erst 1998 auf. Diese so notwendige juristische Klärung betraf vorerst allerdings nur Entscheidungen des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs und der Standgerichte. Die Aufhebung der Urteile der Militärgerichte gegen sogenannte Kriegsverräter – also Desserteure, die sich den verbrecherischen Angriffskriegen des Deutschen Reiches entzogen und dadurch tatsächlich Widerstand geleistet hatten – erfolgte erst 2009.

Österreich regelte die juristische Entnazifizierung in einem eigenen Gesetz. Das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 verbot – und verbietet bis heute – jede Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus („Wiederbetätigung“). Die NSDAP, ihre Wehrverbände sowie sämtliche Organisationen, die mit ihr zusammenhängen, wurden offiziell aufgelöst und verboten. Die Leugnung, Verharmlosung, Gut-

heißung und Rechtfertigung nationalsozialistischer Verbrechen stehen unter hohen Strafdrohungen. Als politische Delikte sind sie von den Schwurgerichten zu ahnden. Ein *Abzeichengesetz* verbietet zudem nationalsozialistische Symbole in der Öffentlichkeit.

Nationalsozialistische Wiederbetätigungsprozesse, so zahlreiche Beobachtungen, werden von Teilen der österreichischen Justiz noch heute mit erkennbarem Unwillen geführt. Dies mag zuweilen daran liegen, dass man zum einen – unverständlich – das Verbotsgesetz grundsätzlich als „Gesinnungsstrafrecht“ ablehnt; zum anderen aber an der – wesentlich verständlicheren – Tatsache, dass selbst die unbedachte Kundgabe von Sympathie für den Nationalsozialismus mit so hohen Strafen bedroht ist, dass eine Anwendung des Gesetzes oft unverhältnismäßig erscheint. Die Überarbeitung des Verbotsgesetzes 1992 war daher durchaus sinnvoll. Zum einen wurden Strafdrohungen gesenkt, zum anderen Tatbestände ergänzt und klarer gezogen. Auch die – aktuell geplante – weitere Novellierung des Gesetzes, wiederum im Sinne einer zeitgemäßen Strafanpassung, aber auch der Schaffung neuer adäquater Straftatbestände aufgrund der veränderten rechtsextremen Bedrohungslage, ist grundsätzlich positiv zu bewerten.

Wohl noch beharrlicher wurde in Österreich die *Wiedergutmachung* an den Opfern – vor allem den Jüdinnen und Juden – hintertrieben. Bekannt ist die zynische Haltung der österreichischen Politik, die „Sache in die Länge zu ziehen“. Erst 1995 wurde der *Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus* eingerichtet. Der Fonds steht im Zusammenhang mit den Reden *Franz Vranitzkys* an der Universität von Jerusalem 1993 und bereits zuvor – im österreichischen Nationalrat 1991. Vranitzky bekannte erstmals öffentlich die besondere Verantwortung für die *Shoa* ein. 2001 erfolgte die Errichtung des allgemeinen *Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus* und 2010 des *Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich*.

Die nationalsozialistischen Unrechtsurteile wurden auch in Österreich aufgehoben. Die Rehabilitierung der *Deserteure* – die sich ihrer „Pflichterfüllung“ (Kurt Waldheim) entzogen hatten und damit tatsächlich einen wertvollen Beitrag zum Wiedererstehen des freien demokratischen Österreich geleistet hatten – dauerte

5 Die Aufarbeitung

allerdings bis 2009. 2014 enthüllte Bundespräsident *Heinz Fischer* das Deserteursdenkmal am Wiener Ballhausplatz.

Noch schleppender als die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ging in Österreich allerdings die adäquate Bewertung des *Austrofaschismus* voran. Noch bis heute halten sich diktaturaffine Geschichtsdarstellungen in wissenschaftlichen Publikationen. Reste der Dollfuß-Ära im öffentlichen Raum – wie etwa in der Votivkirche in Wien oder der „Doktor-Dollfuß-Platz“ in der Stadtgemeinde Mank – sind nicht beseitigt oder mit erklärenden Zusatztafeln kommentiert. Das *Dollfuß-Museum*, langjährig unterstützt vom aktuellen Innenminister *Gerhard Karner*, wird endlich der Revision einer Historikerkommission unterzogen.

Austrofaschistische Politiker, die nicht explizit von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren (Konzentrationslager), erhielten nach 1945 vorerst Berufsverbot. Schließlich aber nahmen sie prominente Positionen in der neugegründeten bürgerlichen Sammelpartei, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ein. Dies mag dazu beigetragen haben, dass eine Distanzierung dieser Partei vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime erst sehr spät erfolgte.

2015 – zum 70-jährigen Gründungstag der ÖVP – definierte der Parteivorsitzende Reinhold Mitterlehner das österreichische Regime 1933 bis 1938 als „eine Kanzlerdiktatur“, von der sich die ÖVP klar „distanziere“. 2017 wurde das Bild des Diktators Dollfuß aus den Klubräumlichkeiten der ÖVP im österreichischen Parlament entfernt. Zuletzt anerkannte der ÖVP-Kanzler *Karl Nehammer* den Begriff Austrofaschismus und trug damit zur Normalisierung des politischen Selbstverständnisses seiner Partei bei. Diese hat schließlich – ganz unbestritten – große Verdienste zur Redemokratisierung Österreichs nach 1945 aufzuweisen.

Demokraten des Landes nehmen auch zufrieden zur Kenntnis, dass das Häuflein jener Unbelehrbaren, die regelmäßig „Gedenkveranstaltungen“ am Hietzinger Grab des Diktators Dollfuß abhalten, weiter zunehmend schrumpft. Dessen ungeachtet bleiben öffentliche Reden und Darstellungen, in denen die Verfassungs- und Rechtsbrüche der Putschisten von 1933 und die polizeistaatliche austrofaschistische Diktatur beschönigt und gerechtfertigt werden, weiterhin ein Defizit in der Aufarbeitung des österreichischen Faschismus.

2011 hat das österreichische Parlament mit dem *Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz* ein bemerkenswertes juristisches Zeichen gesetzt. Man kann durchaus von einem Meilenstein in der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Austrofaschismus sprechen. Die Opfer der österreichischen Diktatur, soweit sie noch leben, und/oder deren Angehörige haben Genugtuung erfahren. Die Unrechtsurteile der austrofaschistischen Gerichte und Behörden wurden rückwirkend aufgehoben. Das Gesetz anerkennt, dass das Herrschaftssystem Österreich von 1933 bis 1938 den *demokratischen Prinzipien widersprochen* habe. Urteile und Bescheide, die der autoritäre Polizeistaat zur Unterdrückung der Opposition erlassen hat, werden als „*Unrecht im Sinne des Rechtsstaates*“ definiert.

Das Gesetz bricht damit mit der „großkoalitionären Geschichtsbetrachtung“ im Sinne eines „Burgfriedens“ und geht von der – in der Nachkriegszeit opportunen, aber historisch unzutreffenden – Symbolik der „geteilten Schuld“ ab. Es trifft ein klares Werturteil gegen die Diktatoren und für den Widerstand. (Anzenberger 2014, S. 114)

Wohl noch schwerer als Österreich im Hinblick auf den Austrofaschismus tat und tut sich Italien bei der Aufarbeitung seiner faschistischen Vergangenheit. Mussolini wird in bemerkenswert großen Teilen der Bevölkerung noch immer als „guter Diktator“ (Filippi, 2019) verehrt, der dem Land „große Errungenschaften“ hinterlassen habe. Diese Geschichtsvergessenheit führt dazu, dass rechtskonservativ-autoritäre Parteien und Bewegungen ganz offen als Neofaschisten oder neofaschistisch zu Wahlen antreten können.

Zumindest bis vor kurzem waren in Italiens Geschäften faschistische Devotionalien – wie Weinflaschen mit Etiketten von Mussolini, aber auch Hitler – völlig legal zu erwerben. Das mangelnde Problembewusstsein in Italien ist wohl auch darauf zurück zu führen, dass das Land bis heute jede Verantwortung für den Holocaust – nationalsozialistischen „Supergau“ – ablehnt.

Die Partei Fratelli d'Italia der 2022 gewählten Ministerpräsidentin *Giorgia Meloni* distanziert sich offiziell vom (Neo)Faschismus. Sie wird aber zurecht als rechtsextreme und radikal nationale Bewegung klassifiziert. Dass in der Realpolitik – insbesondere in den ersten Regierungserklärungen Melonis – dieses

5 Die Aufarbeitung

Bild relativiert wird, ist wohl dem – entschieden antifaschistischen – Selbstverständnis der Europäischen Union geschuldet.

Spanien setzte erst im Juli 2022 ein entscheidendes legislatives Zeichen zur Aufarbeitung der Franco-Diktatur. Mit dem Gesetz zur demokratischen Erinnerung wird der Putsch der Generäle gegen die spanische Republik 1936 endgültig als illegal definiert. Sämtliche Urteile und Verfahren gegen Regimekritiker werden als rechtswidrig aufgehoben. Das demokratische Spanien setzt sich zum Ziel, Menschenrechtsbrüche des Unrechtsstaates zu untersuchen und im Schulunterricht zu behandeln. Das Gesetz stieß auf heftigen Widerstand der rechtskonservativen Opposition.

2019 wurde der Leichnam Francos aus dem monströsen „Heldenmonument“ im *Valle de los Caídos* (Tal der Gefallenen) exhumiert. Franco hatte politische Gefangene als Zwangsarbeiter eingesetzt, um – mit Dynamit, Spitzhacke und Schaufel – eine riesige Basilika und Grabkapellen in die *Sierra de Guadarrama* zu treiben. Er ließ 35.000 Tote des Bürgerkriegs – unabhängig, auf welcher Seite sie gestanden waren, und oft gegen den Willen der Angehörigen – exhumieren und hier bestatten. Damit sollte der spanischen Gesellschaft in der Franco-Diktatur „Versöhnung“ oktroyiert werden. Nach der Exhumierung aus seiner „Ehrengruft“ fand der spanische Diktator nunmehr seine – hoffentlich letzte – Ruhe in einem Familiengrab, das sich auf einem kleinen Friedhof, etwas außerhalb der Hauptstadt Madrid, befindet.

Treibende Kraft für das neue Demokratie- und Rechtsverständnis in Europa und für die Aufarbeitung der Faschismen ist unzweifelhaft die *Europäische Union*. Das Konzept der Neuen Europäischen Friedensordnung richtet sich gegen den Nationalsozialismus, aber auch die anderen – „kleinen“ – Faschismen wie in Italien, Spanien, Portugal oder Österreich. Manche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wie beispielsweise *Ungarn*, versuchen allerdings beharrlich, sich ihrer Verantwortung für die faschistische Vergangenheit Europas zu entziehen. So setzt *Viktor Orbán* in seiner mittlerweile *defekten Demokratie*, die er selbst – offenbar mit Stolz – *illiberal* nennt, bewusst Anleihen aus dem Horthy-Regime ein, um seine national-autoritäre Politik zu rechtfertigen und voranzutreiben. Auch die offizielle *polnische Politik* entzieht sich bis heute weitgehend einer (Mit)



Matteo Salvini

Verantwortung für faschistische Exzesse. Die polnische Bevölkerung, die einerseits unter der Besatzung des Deutschen Reiches nach 1939 besonders gelitten hatte, hatte andererseits den Judenmord vielfach unterstützt. Nach Kriegsende richtete sich der aggressive polnische Antisemitismus gegen jene Jüdinnen und Juden, die nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern nach Polen zurückkehren wollten. Im Juni 1946 wurden in Kielce über 40 polnische Juden ermordet. Dem Pogrom war das Gerücht vorangegangen, ein „christlicher“ Bub sei entführt worden. Unter den Opfern befanden sich auch zwei nichtjüdische Polen. Sie waren ihren jüdischen Mitmenschen zur Hilfe gekommen.

Auseinandersetzungen unter europäischen Intellektuellen – oftmals auch als Historikerstreit bezeichnet – haben zur Entwicklung der demokratisch-liberalen Gesellschaft in der Europäischen Union entscheidend beigetragen. In der Bundesrepublik Deutschland stellte *Hermann Nolte* die Einzigartigkeit der nationalsozialistisch-faschistischen Verbrechen in Frage. War der Stalinismus – in dessen totalitär-krimineller Monstrosität – nicht mit dem Nationalsozialismus auf unrühmlicher Augenhöhe? Und könnte man die Hitler-Diktatur nicht auch als historische Reaktion auf den Bolschewismus sehen; und damit – wenn schon nicht rechtfertigen – so doch verstehen? Die Antwort jener Historiker:innen und Politiker:innen, deren Weltbild unverrückbar antifaschistisch geprägt war, ließ nicht lange auf sich warten. Und sie war eindeutig: nein!



Dreisprachige Gedenktafel (polnisch, jiddisch, englisch) in Erinnerung an das Pogrom von Kielce vom 4. Juli 1946.

5 Die Aufarbeitung

In Österreich wiederum löste die Kandidatur *Kurt Waldheims* 1986 zum Bundespräsidenten einen Historikerstreit aus, der nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch an den viel zitierten Stammtischen für heftige Debatten sorgte. Waldheim war – wie auch eine eigens eingesetzte Historikerkommission bestätigten sollte – *kein Kriegsverbrecher*. Er hat aber wesentliche Inhalte seines Lebens während der nationalsozialistischen Diktatur – insbesondere seines Einsatzes am Balkan als Offizier der Deutschen Wehrmacht – in seiner Autobiografie *Im Glaspalast der Weltpolitik* verschwiegen. Dem ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde nachgewiesen, dass er bewusst die Unwahrheit gesagt hatte.

Waldheims Behauptung, er habe als Soldat der Deutschen Wehrmacht „nur seine Pflicht erfüllt“, zeigte den Widerspruch und die Brüchigkeit der österreichischen Nachkriegserzählung gnadenlos auf. Wenn Österreich tatsächlich (nur) Opfer der aggressiven Nazi-Diktatur war, konnte man dann in der Deutschen Wehrmacht, die sowohl Österreich „angeschlossen“ als auch verbrecherische Angriffskriege in ganz Europa geführt hatte, als Österreicher „seine Pflicht erfüllen“? Wäre es nicht eher die Pflicht gewesen, sich dieser, vielfach verbrecherischen Armee zu



© Werner Anzenberger, privat

Am Gebäude des Klagenfurter Landesarchives wird – spät aber doch – mit Terezija Mičej den slowenischsprachigen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung in Kärnten gedacht.



© Werner Anzenberger, privat

Der Park daneben ist noch immer nach Ludwig Hugo Hülgerth benannt. Büste und Tafel würdigen ihn als Kärntner Landeshauptmann von 1934 bis 1936 und Vizekanzler von 1937 bis 1938. In diesen Funktionen hat er maßgeblich die austrofaschistische Unterdrückung der Bevölkerung mitgetragen.

entziehen? Zu desertieren? Oder, zumindest nach der Befreiung, darauf hinzuweisen, dass man in diese Armee gegen seinen Willen gepresst wurde und den Widerstand für ein eigenständiges Österreich, für das man ja angeblich immer eingestanden war nicht riskieren wollte? Letzteres hätte, Waldheim, gewiss niemand nachgetragen.

Mit ähnlichen Fragen waren im Übrigen auch das „*geteilte Frankreich*“ und vor allem jene zahlreichen Franzosen, die im Vichy-Regime mit dem Deutschen Reich kollaboriert hatten, konfrontiert. Franzosen hatten vielfach geholfen, Jüdinnen und Juden ebenso wie französische Antifaschisten und Widerstandskämpfer in die Konzentrationslager zu transportieren. Der Prozess gegen den Kriegsverbrecher *Klaus Barbie* 1987 löste in Frankreich eine scharfe Debatte über Kollaboration und Verantwortung des eigenen Landes aus.

Am *Yasukuni-Schrein* gedenkt noch heute das (halb)offizielle *Japan* den getöteten japanischen Militärs, die in den zahlreichen bewaffneten Konflikten seit 1868 ums Leben gekommen waren. Die Kriegstoten werden als „Heldenseelen“ (*kami*) verehrt. Davon mitumfasst („ingeschreint“) sind jene Kriegsverbrecher, die in den Tokioter Prozessen verurteilt und hingerichtet wurden. Nord- und Südkorea, China und – verhaltener – auch Taiwan protestieren regelmäßig gegen diesen Heldenkult und das damit verbundene fatale Geschichtsbild. Diese Länder waren von der japanischen Aggressionspolitik besonders betroffen.



© Wikipedia

Yasukuni-Schrein: problematisches „Heldengedenken in Japan“.

6 Neofaschismus. Postfaschismus. Rechtsextremismus

Am 22. Juli 2011 schoss *Anders Behring Breivik* in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen nieder. 69 davon waren Jugendliche, die sich in einem Zeltlager befanden, organisiert von der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Seine Tat begründete der Attentäter mit anti-islamistischen, antisemitischen, antikommunistischen und nationalsozialistischen Motiven. Die sozialdemokratische Jugendorganisation hatte er offenbar deshalb besonders aufs Visier genommen, um ein Zeichen gegen die liberal-demokratische, menschenrechtsorientierte Politik dieser Partei zu setzen.

Wie der Massenmörder Anders Breivik berief sich auch der Rechtsterrorist *Brenton Tarrant* auf rechtsextreme und islamfeindliche Theorien. Er äußerte die Sorge, dass durch Zuwanderung die „angestammte, autochthone Bevölkerung“ ausgetauscht werden könnte. Auf diesen angeblichen *großen Austausch* beziehen sich auch rechtsextreme Theoretiker in Europa, nicht zuletzt in Österreich („*Umvolkung*“). Brenton Tarrant hatte bei seinem Terroranschlag auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) am 15. März 2019 51 Menschen getötet und weitere 50 schwer verletzt.

Im Zuge der sicherheitsbehördlichen Untersuchungen wurde bekannt, dass der Attentäter einen namhaften finanziellen Betrag an den Führer der *Identitären Bewegung Österreich* (IBÖ), *Martin Sellner*, gespendet hatte. Die Identitäre Bewegung ist eine radikale Gruppierung der *Neuen Rechten*, einer – zwar gut vernetzten, aber wenig einheitlichen – rechtsextremen politischen Strömung in zahlreichen Staaten. Identitäre wenden sich gegen die Werte der Aufklärung, vor allem die universellen Menschenrechte. Die „kulturelle Identität eines Volkes“ solle erhalten bleiben. Im „Multikulturalismus“ sieht man eine Bedrohung der Vielfalt der verschiedenen Traditionen und Kulturen. Zuwanderung und Geburtendefizit sei entgegenzuwirken, um das „Aussterben des Volkes“ zu verhindern. Die Begriffe *rassistisch* oder *ausländerfeindlich* werden bewusst vermieden; stattdessen wird das Wort „identitär“ verwendet. Gemeint ist im Resultat offensichtlich dasselbe. Das Wort „*Remigration*“ ersetzt *Abschiebung*, die *Apartheid* der „*Ethnopluralismus*“.

Der Verfassungsschutz zählt Identitäre zu den rechtsextremen Bewegungen. Anlässlich der Aufführung des Theaterstücks *Die Schutzbefohlenen* von *Elfriede*

Jelinek durch ein Ensemble, das hauptsächlich aus Flüchtlingen bestand, enthüllten österreichische „Identitäre“ ein ausländerfeindliches Transparent auf dem Wiener Burgtheater.

In Deutschland verübte der rechtsradikale rassistische Mob und/oder *Skinheads* Brandanschläge auf Asylheime: 1990 Eberswalde; 1991 Hoyerswerda; 1991 Hinxe; 1992 Rostock. Zahlreiche weitere ausländerfeindliche nationalistisch-rassistische Anschläge folgten. Am 16. Februar 2020 tötete ein Hanauer Bürger, selbst mit Migrationshintergrund, neun Mitmenschen. Die Sicherheitsbehörden führen diese Tat auf Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und paranoide Wahnvorstellungen zurück. Bereits 2002 hatte der hessische Rechtsextremist Stefan Ernst den Regierungspräsidenten von Kassel, *Walter Lübke*, Politiker der konservativen CDU, vor dessen Wohnhaus mit einem Revolver erschossen.

In ganz Europa, auch in Österreich, zogen während der Covid-19-Gesundheitskrise, die im Frühjahr 2019 ihre Anfänge nahm, „Corona-Leugner“ bzw. „Corona-Maßnahmen-Gegner“ auf die Straßen. Sie nahmen ihr Demonstrationsrecht auf Grundlage der liberal-demokratischen Verfassung wahr. Das war und ist ihr gutes Recht.

Begriffe

39

Rechtsextremismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Bewegungen und Parteien, die in radikalen nationalstaatlichen Positionen die ethnische Zugehörigkeit und deren Einordnung in die Gesellschaftsordnung in den Mittelpunkt ihrer Programme stellen. Ihre Vertreter sind antidemokratisch und ziehen die Bürger- und Menschenrechte, vor allem den *Gleichheitssatz*, in Zweifel.

Gerne nehmen Rechtsextreme Anleihen an historischen faschistischen Modellen und verwenden deren Parolen und Symbole. Ob Rechtsextremismus als *faschistisch* zu bewerten ist, kann nur am Kriterienkatalog des Faschismus (s. Seite 86) geprüft werden. Rechtsextreme selbst weisen vielfach den Vorwurf, Faschisten zu sein, „entrüstet“ zurück.

Verteidiger Europas

Unter diesem Titel wurden im Oktober 2016 und im März 2018 in Oberösterreich Kongresse abgehalten, die man als rechtspopulistisch, rechtsextrem oder auch neofaschistisch bezeichnen kann.

Angemeldet hatte diese Veranstaltungen die deutschnationale Burschenschaft *Arminia Czernowitz*. Unter den „Ausstellern“ befanden sich die rechtsextreme – (neo)faschistische – Partei *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* ebenso wie neurechte Medien („*Blaue Narzisse*“; „*Compact*“). Der nunmehrige Bundesparteiobermann der FPÖ, *Herbert Kickl*, fungierte als Redner.

Ist Rechtsextremismus Faschismus?

Faschismus ist rechtsextrem. Aber nicht jeder Rechtsextremismus ist auch Faschismus.

Die gesellschaftliche Brisanz dieser Demonstrationen bestand allerdings darin, dass vielfach genau jene Freiheitsrechte, auf die sich die Demonstranten – mit Recht – beriefen, gleichzeitig in Frage gestellt wurden. Vielfach sprachen die Demonstranten dem Staat jegliche Legitimität ab („*Staatsverweigerer*“; „*Reichsbürger*“). In die Menge friedlicher, an sich rechtstreuer Demonstranten mischten sich radikale, gewaltbereite Gruppen. Der Ruf nach einer autoritären Gesellschaftsordnung, einem starken Mann, wurde vielfach laut. Diese wären die einzigen Garanten, jene politischen Vorstellungen – und nur diese! – zu verwirklichen, die hier lautstark gefordert wurden.

Einige Demonstranten trugen gelbe Judensterne mit der Aufschrift „*Impfen macht frei*“. Andere führten das graphisch-stilisierte Tor der nationalsozialistischen Konzentrationslager mit sich. Deutlich darauf sichtbar der Schriftzug: „*Arbeit macht frei.*“ Eine zynische Anspielung an die antijüdischen Rassengesetze der Nationalsozialisten. Die – gewiss diskutierbaren – Einschränkungen der persönlichen Freiheit während der Covid-19-Krise, Lockdowns oder Masken- und Impfpflicht werden mit der menschenverachtenden Judenverfolgung im Dritten Reich gleichgesetzt. Vielfach sind Bürger:innen des demokratischen



Demonstrantin mit einem „Ungeimpft-Zeichen“
in Form eines Judensterns (2021).

Verfassungsstaates nicht bereit, den Rechtsstaat und die Bestätigung der Covid-Maßnahmen durch die Urteile der europäischen Verfassungsgerichte zu akzeptieren.

In letzter Konsequenz werden *faschistische Flaggen und Abzeichen*, bevorzugt aus dem nationalsozialistischen Dritten Reich, geschwungen bzw. stolz an der Brust getragen. Stiefeltragende Hooligans aus der Neonazi-Szene mischen die Demonstrationen – weitgehend akzeptiert von den anderen Teilnehmern – mit gewalttätigen Übergriffen auf. Das Spiel mit dem Faschismus wird zum Event.

Im Dezember 2022 nahmen die deutschen Behörden nach einer Razzia zahlreiche Verdächtige fest. Diese wollten als „Reichsbürger“ und „Staatsverweigerer“ offenbar einen Anschlag auf den Bundestag in Berlin verüben. Sogar eine AfD-Bundestagsabgeordnete wurde in Untersuchungshaft genommen. Die AfD (*Alternative für Deutschland*) wird vom deutschen Verfassungsschutz als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ eingeschätzt.

In Österreich sitzt derzeit eine „*Staatsverweigerin*“ ihre zwölfjährige Haftstrafe ab. Die ehemalige Lokalpolitikerin der FPÖ hatte das Bundesheer schriftlich aufgefordert, den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler zu verhaften. Die Begründung der „Energetikerin und Präsidentin eines Staatenbundes“? Österreich sei „nur eine Firma“, aus der man jederzeit „austreten“ könne. Die beiden Repräsentanten der Republik Österreich hätten im Zusammenwirken mit dunklen Mächten – „den Banken, dem Vatikan, Washington, der jüdischen Familie Rothschild und den Freimaurern“ – den Bürgerinnen und Bürgern des Landes schwer geschadet.

Am 6. Jänner 2021 stürmten Anhänger des abgewählten US-Präsidenten *Donald Trump* das Kapitol in Washington. Ihr Ziel war es, die demokratisch-liberale Verfassung auszuhebeln und eine Angelobung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Joe Biden gewaltsam zu verhindern. Fünf Menschen kamen ums Leben, zahlreiche weitere wurden verletzt.

Die 800 bis 1.200 Aufrührer beriefen sich auf antidemokratische und rassistische Verschwörungstheorien. Die Gesetzesbrecher wurden – zumindest indirekt – vom Amtsinhaber Trump zu ihrer Tat angestiftet. Untersuchungen und Amtsenthebungsverfahren im Kongress waren die Folge. Im Dezember 2022 empfahl

6 Neofaschismus. Postfaschismus. Rechtsextremismus

ein Kongressausschuss die Anklage. Das FBI wertet den Aufruhr als Putsch und gefährlichsten Angriff auf die liberal-demokratische Verfassung der Vereinigten Staaten seit ihrem Bestehen.

Das *Mauthausen-Komitee Österreich* listete in einer Broschüre allein in der Zeit von Februar 2013 bis Mai 2018 105 rechtsextreme, antidemokratische, rassistische oder antisemitische politische Äußerungen oder Taten auf. Zu einem Gutteil sind diese verbalen oder tätlichen Übergriffe Anhängern der rechtspopulistischen Partei FPÖ zuzurechnen. Die Partei distanziert sich, wenn auch halbherzig. Sie verharmlost diese Angriffe auf den demokratischen Verfassungsstaat als „Einzelfälle“.

In Italien und Spanien formieren sich seit Kriegsende immer wieder politische Parteien, die sich ganz bewusst auf das Erbe von Mussolini und Franco beziehen. Sie werden vielfach als *postfaschistisch* bezeichnet. (S. Kasten 39) Der deutsche Publizist und Politikwissenschaftler *Reinhard Opitz* hat sowohl auf die Kontinuität des (*Neo*)*Faschismus* in Deutschland als auch die enge Vernetzung von neofaschistischen und postfaschistischen Bewegungen in Europa hingewiesen. (1984, insbes S. 239 bis S. 265)

Begriffe

40

Unter **Neofaschismus** versteht man politische Bewegungen und Parteien der extremen *Neuen Rechten*, die – ausdrücklich oder verdeckt – auf die Wiedererrichtung faschistischer Herrschaftssysteme zielen. Sie bekennen sich zum Führerprinzip, zu völkisch bzw. rassistisch begründetem Elitedenken und aggressivem Nationalismus. Sie lehnen jede Art von Sozialismus ebenso ab wie die demokratisch-rechtsstaatliche Grundordnung. Der Neofaschismus ist bereit, sein Programm revolutionär und unter Einsatz von Gewalt umzusetzen.

Postfaschismus ist eine politische Strömung in Italien, die unmittelbar in der Nachkriegszeit entstanden ist und ganz bewusst am Erbe des – gerade überwundenen – Faschismus anknüpft.

Nach 1946 formierte sich um ehemalige Funktionäre der *Sozialrepublik Italien* (s. Seite 16) mit *Giorgio Almirante* eine politische Partei im Sinne faschistischer Werte. *Gianfranco Fini* konnte Anfang der 1990er Jahre den Niedergang der *Democrazia Cristiana*, des Sammelbeckens der demokratischen Konservativen nützen, um eine – nunmehr bereits ausgewiesene – postfaschistische Partei, die *Alleanza Nazionale* (AN), zu gründen. Sie beteiligte sich an der Regierung im Kabinett *Berlusconi*.

In Spanien vertrat die *Alianza Popular* ein post-franquistisches Programm, das – ähnlich wie in Italien – als postfaschistisch gilt. Nachfolger ist der *Partido Popular*, eine bedeutende konservative politische Kraft im heutigen Spanien.

Postfaschistische Parteien verharmlosen und beschönigen die historischen faschistischen Diktaturen. Vielfach loben sie die „Errungenschaften“ dieser Herrschaftssysteme. Sie halten offen am Mussolini- oder Franco-Kult fest. Sie selbst bezeichnen sich als *rechtskonservative Parteien*, die den demokratischen rechtsstaatlichen Rahmen akzeptierten. Diese Strategie zeigt sich im besonderen Maße an der italienischen *Fratelli d'Italia*, die seit Herbst 2022 mit *Giorgia Meloni* die Ministerpräsidentin stellt.

Können die hier geschilderten Phänomene – die sich ja immerhin selbst im demokratischen Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft, des Gegenentwurfes zu den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, sehen – tatsächlich als Fortbestand oder Wiederaufleben des Faschismus verstanden werden? Die Schwierigkeit einer zutreffenden Antwort liegt allein schon darin, dass rechtsextreme Phänomene – vielfach aufgrund ihrer programmatischen Verworrenheit – nur schwer typologisch einzuordnen sind. Dazu kommt, dass sich Forderungen und Ziele von *rechtsradikalen* und *linksradikalen* Strömungen in vielen Punkten decken.

Schon der historische Faschismus ist – wie die Darstellung in den vorangegangenen Kapiteln zeigt – kaum fassbar. Politisch relevante Strömungen in Europa, die dezidiert die faschistisch-diktatorischen Strukturen in der ersten Hälfte des

6 Neofaschismus. Postfaschismus. Rechtsextremismus

20. Jahrhunderts wiederherstellen wollen, sind selten. Wie alle rechtsextreme Bewegungen sind sie aber gefährlich, weil sie enorm gewaltbereit sind. Mangels Unterstützung in der Bevölkerung bleiben ausgewiesene Faschisten, insbesondere Nationalsozialisten, (derzeit) noch realpolitisch unbedeutend.

Und doch haben die demokratischen Gesellschaften selbst bei diesem nüchternen Befund wachsam zu bleiben. Ständig ist zu beobachten, welche *Kern-elemente* des *Faschismus* (s. Seite 86) rechtskonservative und rechtsautoritäre politische Strömungen vertreten oder gar in Einzelaktionen verwirklichen. Sind es gleich mehrere dieser Kriterien, kann eine *Nähe zu faschistischen Ideologien* bescheinigt und aufgezeigt werden.

Eine solche – wissenschaftsbasierte – typologische Zuordnung ist schon allein deshalb notwendig, weil die zahlreichen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa (s. Kasten 41) in ihre Politiken regelmäßig – bewusst provozierend – *faschistische Versatzstücke* einbauen. Damit soll signalisiert werden: Die liberal-demokratische Grundordnung hat eine Alternative.

So zeichnen *James Kirchick* in seinem Buch *The End of Europe* und *Timothy Snyder* in *Übertyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand* (2017) ein unerfreulich-kritisches Bild von der Zukunft Europas. Vor allem die Flüchtlingskrisen, die Europas Fähigkeiten zu Zusammenhalt und Solidarität ganz offensichtlich überfordern, destabilisieren die demokratische und antifaschistische Ausrichtung der Staatengemeinschaft. In manchen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden mit den alten rechtsautoritären (faschistischen) Methoden – Populismus, Propaganda und dem massenwirksamen Schüren von Ängsten – das demokratische Selbstverständnis und der Rechtsstaat ausgehöhlt.

In Ungarn und in Polen träumen der Machthaber *Viktor Orbán* und die von den Brüdern *Kaczyński* aufgebaute rechtsautoritäre Bewegung von der *illiberalen Demokratie*. Unverhohlen wird das – formal aufrechte – demokratische System autoritär gelenkt und umgebaut. Die neuen Autoritären schalten die Medien gleich und verhöhnen die liberal-demokratische Freiheitsordnung. Die Europäischen Union wird zum Feindbild. Gleichzeitig werden finanzielle Unterstützungsprogramme aus Brüssel gerne in Anspruch genommen.



links: Gianfranco Fini

rechts: Giorgia Meloni

Begriffe

41

Populismus:

Unter *Populismus* versteht man das politische Ziel, durch Dramatisierung und Überzeichnung der politischen Lage, durch Verschwörungstheorien und einfache Antworten auf hochkomplexe Problemstellungen die Gunst der Massen zu gewinnen. Populismus ist von Opportunismus geprägt. Populistische Politik gibt sich volksnahe und setzt demagogische, die Massen lenkende, oft auch verhetzende Mittel ein.

Zeigen sich faschistische Grundmuster, ist zu handeln. Der Politologe *Anton Pelinka* hat mit Recht darauf hingewiesen, dass nur eine gefestigte demokratische, dem Recht verbundene Gesellschaft rechtsautoritären und rechtspopulistischen Strömungen die richtigen Antworten entgegensetzen kann: *Die Stärke der Demokratie ist die Schwäche des Faschismus*. (2022, S. 254) Die Demokratie, so Pelinka, soll ihre Stärke vor allem auch dadurch beweisen, „dass sie sich eingesteht, nicht perfekt zu sein“; und sich gleichzeitig als realen, unvollkommenen, aber nicht ersetzbaren Gesellschaftsentwurf – und nicht bloß als Utopie – versteht.

Eine solche *Strategie gegen den Faschismus* hat gute Chancen auf Erfolg. Denn schließlich haben die demokratischen Gesellschaften nach 1945 enorme zivilisatorische Fortschritte und Errungenschaften aufzuweisen. Die europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten können sich im globalen Vergleich wahrlich sehen lassen. Eine beachtliche Rechtssicherheit schützt den Einzelnen nicht nur vor Rechtsbrechern, sondern auch vor polizeistaatlichen Übergriffen. Tatsache ist: Die Demokratie hat sich gegenüber allen Alternativen, welche die Menschheitsgeschichte als Herrschaftssysteme hervorgebracht hat, als überlegen erwiesen. Eine starke Demokratie ist die richtige Antwort auf faschistisches oder faschistoides Gedankengut.

Begriffe

42

Neuer Nationalismus

Der *neue Nationalismus* – vorangetrieben von „Führerpersönlichkeiten“ wie Wladimir Putin, Donald Trump oder Xi Jinping, von Recep Erdogan, Viktor Orbán oder Jaroslaw Kaczynski – stützt sich auf „Werte“ und politische Instrumente, die vielfach mit jenen des Faschismus deckungsgleich sind: Opferdiskurs, Identitätsappelle, Polarisierung, Vereinnahmung des Volkes und Entmenschlichungsrhetorik. Der Antisemitismus flackert immer wieder auf, wird aber prominent überdeckt von einer aggressiven Islamfeindschaft. Die neuen Nationalisten missbrauchen die Vergangenheit für ihre Politik durch ein geklittertes Geschichtsverständnis. Sie kritisieren scharf die Demokratie und den liberalen Verfassungsstaat. Wie eh und je trägt ihre Blut- und Bodenrhetorik einen „Kult der starken Männer“.

Der *neue Nationalismus* ist rechtsextrem wie jeder Nationalismus, wenn er auch zuweilen „sozialistisch“ daherkommt. *Michael Thumann* (2020, S. 257-258) dazu: „Nationalismus taugt nicht als Heilmittel, höchstens als Droge. Die nationalistische Ideologie radikalisierte sich im 20. Jahrhundert massiv, Nationalismus und Krieg gingen eine unzertrennliche Verbindung ein, die Forderungen nach gesellschaftlicher, religiöser und ethnischer Homogenität gipfelten in gigantischen Verbrechen. Mit Massenvertreibungen, Bevölkerungsaustausch und Völkermord wurde der Nationalismus zur tödlichsten Ideologie der Weltgeschichte. Dahinter folgt der Sozialismus, der sich mit den nationalistisch angehauchten Diktaturen von Stalin und Pol Pot den zweiten Platz in dieser traurigen Disziplin erobert hat.“

... Jeder Nationalismus arbeitet sich an der Außenwelt ab, er zieht seine Daseinsberechtigung aus der radikalen Abgrenzung vom anderen und hat gerade deshalb so massive Auswirkungen auf die Nachbarschaft und auf die Welt – bis hin zum Krieg.“

Der scharfe, kritische Blick ist gefragt. Faschistische Ideologien müssen sich gar nicht faschistisch nennen – sie kommen vielfach auch als *antifaschistisch* daher. *Wladimir Putin* kaschiert seine Diktatur und den russischen Ukraine-Krieg – tatsächlich eine anmaßende diktatorisch-nationalistische Aggression, die gut erkennbare faschistische Züge trägt – als „*Kampf gegen den Faschismus*“. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, dass Faschismus immer eine Tatsache in Frage stellt: Der Mensch hat Rechte. Und er hat das Recht, in einer frei gewählten Gesellschaftsordnung seine Rechte auch demokratisch mitzugestalten.

→ Mehr zu „Rechtsextremismus“ im Skriptum PZG-6.

© State Emergency Services of Ukraine/Alamy Stock Photo



Nationalismus und Krieg:
Überfall Russlands auf die
Ukraine, 2022.

Verwendete und weiterführende Literatur

- ANZENBERGER, WERNER/RADNER, THOMAS/RAUSCHER-KALOD, DORIS (Hg.): COVID-19 in der Arbeitswelt. Eine juristische Aufarbeitung. Wien 2022.
- ANZENBERGER, WERNER/GRABUSCHNIG, ANJA/WEINGAND, HANS-PETER (Hg.): Otto Bauer. Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Wien 2021.
- ANZENBERGER, WERNER/GRABUSCHNIG, ANJA/HALBRAINER, HEIMO (Hg.): Festschrift Arbeiterkammer Steiermark. 100 Jahre Gerechtigkeit. Wien 2020.
- ANZENBERGER, WERNER: 130 Jahre Koloman Wallisch. Ein sozialer Gestalter zwischen Demokratie und Diktaturen. In: Funk, Bernd-Christan/Melzer-Azodanloo, Nora (Hg.): Festschrift für Günther Löschnigg. Arbeiten in Würde. Wien 2019. 1.137-1.150.
- ANZENBERGER, WERNER: Alles zu Ende - Wohin für den Anfang? Flucht nach dem gescheiterten Februar-Aufstand 1934. In: Halbrainer, Heimo (Hg.): Fliehen, schleppen und schleusen. Flucht und Fluchthilfe in der Steiermark im 20. Jahrhundert. Graz 2018. 13-34.
- ANZENBERGER, WERNER: Die österreichische Diktatur – ein faschistisches Gewaltregime? In: Historicum. Zeitschrift für Geschichte, Bd. 111. Linz 2017. 42-51.
- ANZENBERGER, WERNER/HALBRAINER, HEIMO (Hg.): Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus. Graz 2014.
- ANZENBERGER, WERNER/ EHETREIBER, CHRISTIAN/HALBRAINER, HEIMO (Hg.): Die Eisenstraße 1938-1945. NS-Terror - Widerstand - Neues Erinnern. Graz 2013.
- ANZENBERGER, WERNER/POLASCHEK MARTIN F. (Hg.): Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934. Graz 2004.
- ANZENBERGER, WERNER: Casa De Austria Republicana. „Haus Österreich“ in Literatur und Politik. Graz 1999.
- ARENDET, HANNAH: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1991.
- BARANYI, FLORIAN/LUSTIG, MONIKA: Pier Paolo Pasolini. Eine Jugend im Faschismus. Wien 2022.
- BAUER, KURT: Der Februar Aufstand 1934. Fakten und Mythen. Wien 2019.
- BAUER, KURT: Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934. Wien 2014.

- BEEVOR, ANTONY: Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939. München 2016.
- BINDER, DIETER A.: Österreichs Außenpolitik. Wie faschistisch war die Außenpolitik der ständestaatlichen Diktatur? In: Anzenberger, Werner/Halbrainer, Heimo (Hg.): Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus. Graz 2014. 87-100.
- BOTZ, GERHARD: Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. In: Österreich in Geschichte und Literatur. Heft 1. 1977.
- BUCHMAN, BERTRAND MICHAEL: Insel der Unseligen. Das autoritäre Österreich 1933-1938. Wien 2019.
- CALIC, MARIE-JANINE: Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region. München 2016.
- CALIC, MARIE-JANINE: Geschichte Jugoslawiens. München 2018.
- CANETTI, ELIAS: Masse und Macht. Düsseldorf 1980.
- CĀSAR, MARIA/HALBRAINER, HEIMO: „Die im Dunkeln sieht man doch“ Frauen im Widerstand – Verfolgung von Frauen in der Steiermark. Graz 2007.
- DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hg.): Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938-1945. Graz 2019.
- DREIDEMY, LUCILE: „Ein leuchtend Zwerglein!“ Karl Kraus' Bewunderung für Österreichs Diktator Engelbert Dollfuß. In: Prager, Katharina (Hg.): Geist versus Zeitgeist: Karl Kraus in der Ersten Republik. Wien 2018. 86-99.
- DREIDEMY, LUCILE: Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen. Wien 2014.
- DUMA, VERONIKA: Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin. Wien 2019.
- DUMA, VERONIKA/LICHTENBERGER, HANNA: Geschlechterverhältnisse im Widerstand: Revolutionäre Sozialistinnen im Februar 1934. In: VGA: Abgesang der Demokratie. Der 12. Februar 1934 und der Weg in den Faschismus. Wien 2013. 55-82.
- EBNER, KATHARINA: Politische Katholizismen in Österreich 1933-1938. Aspekte und Desiderate der Forschungslage. In: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien 2013. 159-222.
- ECO, UMBERTO: Der ewige Faschismus. München 2020.

Verwendete und weiterführende Literatur

- FLEISCHER, WOLFGANG: Das verleugnete Leben. Die Biographie des Heimito von Doderer. Wien 1996.
- FILIPPI, FRANCESCO: Y a-t-il de bons dictateurs? Mussolini, une amnésie historique. Frankreich 2020.
- FITZPATRICK, SHEILA: Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times. Soviet Russia in the 1930s. New York 1999.
- FRANKENBERG, GÜNTER: Autoritarismus. Verfassungstheoretische Perspektiven. Berlin 2020.
- FRANZ, MARGIT/HALBRAINER, HEIMO: Going East – Going South. Österreichisches Exil in Asien und Afrika. Graz 2014.
- FUKUYAMA, FRANCIS: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, aus dem Englischen von Bernd Rullkötter. Hamburg 2019.
- GARSCHA, WINFRIED R.: Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938. In: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933-1938. Wien 2005. 100-123.
- GIETINGER, KLAUS/KOZICKI, NORBERT: Freikorps und Faschismus. Stuttgart 2022.
- GILES, TREMLETT: Ghost of Spain. Travels Through a Country's Hidden Past. Croydon 2012.
- GLENNY, MISHA: The Balkans 1804-2012. Nationalism, War and the Great Powers. New York 2012.
- GOLDHAGEN, DANIEL JONAH: Hitler's willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust. London 1996.
- GOLDINGER, WALTER/ BINDER, DIETER A.: Geschichte der Republik Österreich 1918-1938. Wien, München 1992.
- GOLLER, PETER: Otto Bauer – Max Adler. Beiträge zur Geschichte des Austromarxismus (1904-1938). Alfred Klahr Gesellschaft, Bd. 9. Wien 2008.
- GULICK, CHARLES: Österreich von Habsburg zu Hitler. Wien 1976. 491-500.
- HALBRAINER, HEIMO: Sepp Filz. Walz, Widerstand, Wiederaufbau. Graz 2021.
- HALBRAINER, HEIMO/POLASCHEK, MARTIN F. (Hg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark. Graz 2007.

- HALBRAINER, HEIMO/KURETSIDIS-HAIDER, CLAUDIA (Hg.): *Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag*. Graz 2007.
- HANISCH, ERNST: *Das System und die Lebenswelt des Katholizismus*. In: Talos u.a. (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933*. Wien 1995. 444-453.
- HANISCH, ERNST: *Der große Illusionist: Otto Bauer (1881-1938)*. Wien 2011.
- HASLINGER, JOSEF: *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*. Frankfurt am Main 1995.
- HEER, FRIEDRICH: *Der Kampf um die österreichische Identität*. Graz 1981.
- HEGEL, GEORG WILHELM FRIEDRICH: *Die Phänomenologie des Geistes*. Bamberg 1807.
- FONZI, PAOLO: *Fame di Guerra. L'occupazione italiana della Grecia (1941-1943)*. Rom 2019.
- HINDEL, JOSEF: *Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934-1945*. Wien 1976.
- HARTMANN, CHRISTIAN/VORDERMAYER, THOMAS/ PLÖCKINGER, OTHMAR/TÖPPEL, ROMAN (Hg.): *Hitler: Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II*. München, Berlin 2016.
- HÖBELT, LOTHAR: *Austro-Fascismus?* in: *Historicum. Zeitschrift für Geschichte*, Bd. N.F. III/IV. Wien 2017. 62-69.
- HOLZER, WILLIBALD I.: *Im Schatten des Faschismus. Der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1938-1945 (= Archiv 31, Zeitdokumente; 13)*. Wien 1981.
- ITORECO: *Banditi e ribelli. Die italienische Resistenza 1943-1945*. Köln 2019.
- JENKINS, BRIAN/MILLINGTON, CHRIS: *Le fascisme français. Le 6 février 1934 et le déclin de la République*. Paris 2020.
- JOHANSSON, KALLE: *Was ist eigentlich Faschismus?* Wien 2018.
- KELSEN, HANS: *Vom Wesen und Wert der Demokratie [1929]*. Stuttgart 2019.
- KHOL, ANDREAS: *Die Wende ist geglückt*. Wien 2001.
- KIERKEGAARD, SÖREN: *Entweder – Oder. Teil I und Teil II*. München 1975.
- KONRAD, HELMUT: *1933/34 in der Geschichtswissenschaft*. In: Anzenberger, Werner/ Halbrainer, Heimo (Hg.): *Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus*. Graz 2014. 37-46.

Verwendete und weiterführende Literatur

KULEMANN, PETER: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Wien: Junius 1979.

KURETSIDIS-HAIDER, CLAUDIA/NÖBAUER, IRMGARD/GARSCHA, WINFRIED R./SANWALD, SIEGFRIED/SELEROWICZ, ANDRZEJ (Hg.): Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz. Strafverfolgung und verweigerter Gerechtigkeit: Polen, Deutschland und Österreich im Vergleich. Graz 2011.

LE MOAL, FRÉDÉRIC: Mussolini, du rouge au noir. In: Guez, Olivier (Hg.): Le Siècle Des Dictateurs. Paris 2019. 49-50.

LOH, WERNER: Faschismus kontrovers. Stuttgart 2002.

LÖWENTHAL, RICHARD, HRSG. UND EINGELEITET VON SCHMEITZNER, MIKE: Faschismus-Bolschewismus-Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert. Göttingen 2009.

MADERTHANER WOLFGANG, MAIER MICHAELA (Hg.): „Der Führer bin ich selbst.“ Engelbert Dollfuß und Benito Mussolini. Briefwechsel. Wien 2004.

MASON, PAUL: Faschismus und wie man ihn stoppt. Berlin 2022.

MATTARUCCO, TOMASO: Mussolinis Faschismus : militärische und politische Aspekte. Stuttgart 2022.

MATZER, LISBETH: Herrschaftssicherung im „Grenzland“. Nationalsozialistische Jugendmobilisierung im besetzten Slowenien. München 2021.

MAUTHAUSEN KOMITEE ÖSTERREICH: Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Einzelfälle und Serientäter. Wien 2018.

MAYER, GREGOR/ODEHNAL, BERNHARD: Aufmarsch. Die Rechte Gefahr aus Osteuropa. Salzburg, Wien 2010.

McLOUGHLIN, FINBARR: Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923-1934. Dissertation. Wien 1990.

MEHRING, REINHARD: Carl Schmitt, Denker im Widerstreit: Werk – Wirkung – Aktualität. Freiburg 2017.

MICHALKA, WOLFGANG (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen-Grundzüge-Forschungsbilanz. München 1990.

MIKUSCH, FRANZ: Für die Freiheit Österreichs! Bei den slowenischen Partisanen und im Ersten Österreichischen Bataillon. Graz 2020.

MOOS, CARL: (K)EIN AUSTRUFASCHISMUS. Studien zum Herrschaftssystem 1933-1938. Wien 2021.

MÜLLER, JAN-WERNER: Furcht und Freiheit. Berlin 2019.

NETZL, GERALD: Niemals vergessen! 70 Jahre Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. Wien 2019.

NOLTE, ERNST: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus. München 1963.

ÖSTERREICHISCHE MEDIATHEK: Die Trabrennplatzrede – Ansprache von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit Prinzipienklärung des autoritären Regimes am 11. September 1933. Sig.: 99-33003_k02. URL: <https://www.mediathek.at/atom/015C5D1D-222-002CE-00000D00-015B7F64> (03.11.2020).

ÖSTERREICHISCHE MEDIATHEK: Letzte Rundfunkansprache als Österreichischer Bundeskanzler von Kurt Schuschnigg. Ab Minute 2:45. Sig.: 99-38002_k02, URL: <https://www.mediathek.at/oesterreich-am-wort/suche/treffer/atom/015C6FC2-2C9-0036F-00000D00-015B7F64/pool/BWEB/> (03.11.2020).

PATZELT, WERNER J.: Einführung in die Politik Wissenschaft: Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Wien 2021.

PAYNE, STANLEY: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung. Berlin 2001.

PEBALL, KURT: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934. Wien 1983.

PEILNKA, ANTON: Faschismus? Zur Beliebigkeit eines politischen Begriffs. Wien 2022.

PEILNKA, ANTON: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938. Wien 2017.

PICHLER, GEORG/HALBRAINER, HEIMO (Hg.): Camaradas. Österreicherinnen und Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939. Graz 2017.

PRESTON, PAUL: The Spanish Civil War. Reaction, Revolution and Revenge. London 2016.

Verwendete und weiterführende Literatur

- PROST, ANTOINE: Préface (Deutsch: Vorwort). In: Soucy, Robert (Hg.): *Fascismes français? 1933-1939 Mouvements antidémocratiques*. Paris 2004.
- RADONIC, LJILJANA: *Die friedfertige Antisemitin reloaded. Weibliche Opfermythen und geschlechtsspezifische antisemitische „Schiefeilung“* (= Vorlesungen des Centrums für Jüdische Studien 12). Graz 2020
- REES, LAURENCE: *Auschwitz. Geschichte eines Verbrechens*. Berlin 2012.
- REICH, WILHELM: *Die Massenpsychologie des Faschismus*. Köln 1971.
- REICHARDT, SVEN: *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*. Köln 2002.
- REITER ZATLOUKAL, ILSE/ROTHLÄNDER, CHRISTIANE/SCHÖLNBERGER, PIA (Hg.): *Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime*. Wien 2012.
- RENNER, KARL: *Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik*. Wien 1953.
- ROSANVALLON, PIERRE: *Le siècle du populisme. Histoire, théorie, critique*. Paris 2020.
- SAAGE, RICHARD: *Faschismus. Konzeption und historische Kontexte. Eine Einführung*. Wiesbaden 2007.
- SCHAMA, SIMON: *A History of Britain 1776-2000. The Fate of Empire*. Bd. 3. London 2002.
- SCHAUSBERGER, FRANZ: *Letzte Chance für die Demokratie. Die Bildung der Regierung Dollfuß I im Mai 1932: Bruch der österreichischen Proporzdemokratie*. Wien 1993.
- SCHMIDLECHNER KARIN M.: *Austrofaschistische Geschlechterpolitik und Frauenwiderstand in der Steiermark*. In: Anzenberger, Werner/Halbrainer Heimo (Hg.): *Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus*. Graz 2014. 197-216.
- SCHNEIDER, ULRICH: *Auschwitz*. Köln 2020.
- SCHIEDER, WOLFGANG: *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*. Göttingen 2008.
- SCHIEDER, WOLFGANG: *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*. Göttingen 1983.

SCHMIECHEN-ACKERMANN, DETLEF: Diktaturenvergleich. In: Docupedia-Zeitgeschichte. 09.05.2014. URL: <https://docupedia.de/zg/Diktaturenvergleich> (26.11.2020).

SONNLEITNER UTE: Widerstand gegen den „Austro-Faschismus“ in der Steiermark 1933-1938. Graz 2012.

SONNLEITNER, UTE: Zwischen Jugoslawien und Spanien. Exil und (steirischer) Widerstand 1933 bis 1938 aus der Geschlechterperspektive kritisch hinterfragt. In: Adunka, Evelyn/Gruber, Primavera Driessen/Usaty, Simon (Hg.): Exilforschung: Österreich. Leistungen, Defizite und Perspektiven. Wien 2018. 54-71.

SOUCY, ROBERT: Fascismes français? 1933-1939. Mouvements antidémocratiques. Paris 2004.

STEFFEK, ANDREA: Rosa Jochmann – „Nie zu sehen, wenn Unrecht geschieht.“ Ihr Leben und Wirken von 1901-1945 als Grundlage für ihre ständige Mahnung gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Vergessen. Wien 1999.

STEPANEK, FRIEDRICH: Ich bekämpfe jeden Faschismus. Lebenswege Tiroler Spanienkämpfe. Innsbruck 2010.

STIEG, GERALD: Frucht des Feuers. Canetti, Doderer, Kraus und der Justizpalastbrand. Wien 1990.

TÁLOS, EMMERICH: Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Wien 2013.

TÁLOS, EMMERICH: Das austrofaschistische Österreich 1933. Unter Mitarbeit von Florian Wenninger. Wien 2017.

TÁLOS, EMMERICH/NEUGEBAUER, WOLFGANG (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. Wien 2005.

TREMLET, GILES: Ghosts of Spain. Travels Through a Country's Hidden Past. Now with a new Chapter. United Kingdom 2007.

VLASTOS, MICHAEL: Faschismus. Wien 2010.

WASSERMAN, JANEK: Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918-1938. United States of America 2014.

WEBER, PATRICK: La grande histoire de la Belgique. Paris 2013.

WEINZIERL, ERIKA/SKALNIK, KURT (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik; 2. Graz 1983.

Verwendete und weiterführende Literatur

WENNINGER, FLORIAN/DREIDEMY, LUCILE (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien 2013.

WEINGAND, HANS-PETER: Die KPÖ und der Februar 1934. Mit den internen Berichten der KP-Bezirksgruppen und Karten des Bundesheeres. Graz 2020.

WEINKE, ANNETTE: Die Nürnberger Prozesse. München 2015.

WEINZIERL, ERIKA: Kirche und Nationalsozialismus. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW): URL: <https://www.doew.at/erkennen/ausstellung/1938/kirche-und-nationalsozialismus> (19.10.2022).

WINKLER, HEINRICH AUGUST: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin. Bonn 1985.

WOHNOUT, HELMUT: Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932-1934. In: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien 2013. 601-632.

WOHNOUT, HELMUT: Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Anmerkungen zur österreichischen Kanzlerdiktatur 1933/34-1938. In: Anzenberger, Werner/Halbrainer, Heimo (Hg.): Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus. Graz 2014. 19-36.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-2	Konjunktur
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-9	Finanzmärkte
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften
PZG-11	Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands
PZG-12	Wege in den großen Krieg
PZG-14	Die Geschichte der Mitbestimmung in Österreich

SOZIALE KOMPETENZ			
SK-1	Grundlagen der Kommunikation	SK-6	Grundlagen der Beratung
SK-2	Frei reden	SK-7	Teamarbeit
SK-3	NLP	SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-4	Konfliktmanagement	SK-9	Verhandeln
SK-5	Moderation	SK-10	Politische Rhetorik

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

Personenverzeichnis

A

Adler, Max 46
Almirante, Giorgio 131
Andejowitsch, Ferdinand 58
Antonescu, Ion Victor 73
Arendt, Hannah 13, 14, 86
Austerlitz, Friedrich 49

B

Bakunin, Michail Alexandrowitsch 18
Bandera, Stepan 76
Barbie, Klaus 125
Bauer, Fritz 93
Bauer, Otto 46, 54, 55, 56
Bernaschek, Richard 54
Biden, Joe 129
Bonaparte, Napoleon 24
Breivik, Anders Behring 126

C

Caetano, Marcelo José das Neves
Alves 70
Canetti, Elias 26
Castelhano, Mário 70
Codreanu, Corneliu Zelea 72
Costa, Manuel de Oliveira
Gomes da 68

D

Deutsch, Julius 55
Doderer, Heimito von 84, 85

Dollfuß, Engelbert 12, 21, 42, 51, 53,
55, 56, 61, 87, 90, 92, 95, 101, 104,
106, 107, 114, 120

E

Eichmann, Adolf 58
Emanuel, Viktor 29
Emhart, Maria 63
Erdogan, Recep 134
Ernst, Stefan 127

F

Fey, Emil 55
Filz, Josef (Sepp) 58
Fini, Gianfranco 131, 133
Fischer, Heinz 120
Franco, Francisco 12, 28, 65, 66, 67,
87, 113, 114, 122, 130
Frank, Anne 83

G

Garbai, Sándor 71
Garibaldi, Guiseppe 18
Gasparri, Pietro 89
Gentile, Giovanni 30, 31
Gerl, Josef 104
Globocnik, Odilo 58
Goebbels, Joseph 113
Göhring, Hermann 37
Gomes, António Ferreira 69
Gramsci, Antonio 23, 25
Grillparzer, Franz 90

H

Haefthen, Werner von 44
Harnack-Fish, Mildred 43
Hartleb, Karl 49
Hilferding, Rudolf 46
Himmler, Heinrich 73
Hindenburg, Paul von 33
Hitler, Adolf 6, 15, 22, 28, 29, 30, 31,
32, 33, 57, 60, 78, 87, 88, 89, 95, 100,
103, 106, 112, 114, 121, 123
Hlinka, Andrej 79
Horthy, Miklós 71, 122

J

Jinping, Xi 134

K

Kaczynski, Jaroslaw 134
Kaltenbrunner, Ernst 58
Kapp, Wolfgang 21
Karner, Gerhard 120
Kelsen, Hans 47, 48
Kickl, Herbert 128
Kreisky, Bruno 63
Kun, Béla 71

L

Lahousen, Erwin 59
Le Bon, Gustave 24, 25, 113
Lorca, Federico García 66, 67
Lübke, Walter 127
Lueger, Karl 105

Lukow, Christo 74
Lüttwitz, Walther von 21

M

Machiavelli, Niccolò 23
Marx, Karl 18, 24
Mazzini, Guiseppe 18
Melnyk, Andrij 76
Meloni, Giorgia 121, 131, 133
Metaxas, Ioannis 74
Mitterlehner, Reinhold 120
Mola, Emilio 66
Molden, Fritz 59
Mosley, Oswald 82, 85
Muchitsch, Max 58
Murer, Franz 118
Mussert, Anton 82
Mussolini, Benito 6, 10, 12, 16, 17,
18, 19, 20, 22, 23, 29, 30, 41, 42, 50,
78, 86, 87, 88, 94, 97, 104, 107, 112,
113, 114, 121, 130

N

Nehammer, Karl 120
Nietzsche, Friedrich 23
Nolte, Hermann 123

O

O'Duffy, Eoin 82
Opitz, Reinhard 130
Orbán, Viktor 71, 122, 132, 134

Personenverzeichnis

P

Pahor, Boris 27
Parin-Mattéy, Goldy 62
Parin, Paul 62
Pavelic, Ante 78
Perón, Juan 79
Pétain, Philippe 81
Pfrimer, Walter 21
Pieracki, Bronisław 76
Piłsudski, Józef Klemens 75
Pot, Pol 134
Putin, Wladimir 134, 135

Q

Quisling, Vidkun 82, 84

R

Renner, Karl 45
Ribbentrop, Joachim von 73
Rivera, José Antonio Primo de 65
Röhm, Ernst 35

S

Sailer, Karl Hans 63
Salazar, António de Oliveira 68, 114
Salvini, Matteo 123
Samling, Nasjonal 84
Schmitt, Carl 36, 39
Schober, Johannes 49
Schönerer, Georg von 105
Schuschnigg, Kurt 12, 51, 52, 55, 56,
57, 61, 87, 92, 106, 114

Sellner, Martin 126
Semprún, Jorge 39
Spitzmüller, Alexander 56
Stalin, Josef 15, 134
Stauffenberg, Claus Schenk
Graf von 43
Stroob, Jürgen 74
Szálasi, Ferenc 71

T

Tarrant, Brenton 126
Tiso, Jozef 79
Tito, Josip Broz 79
Tresckow, Henning von 44
Trump, Donald 129, 134
Tudman, Franjo 79

V

Vranitzky, Franz 119

W

Wagner, Anton 58
Waldheim, Kurt 119, 124
Wallisch, Koloman 54, 55
Weber, Fritz 109
Weissel, Georg 55
Wels, Otto 35, 37
Winter, Ernst 104
Winterstein, Robert 63, 105, 106

SKRIPTEN ÜBERSICHT



PRAKTISCHE GEWERKSCHAFTSARBEIT

PGA-1	Sitzungen, die bewegen
PGA-2	Die Betriebsratswahl
PGA-4	Die Zentralbetriebsratswahl
PGA-8	Gender Mainstreaming im Betrieb
PGA-9	Betriebsversammlungen aktiv gestalten
PGA-10	Projektmanagement
PGA-13	Unsere Anliegen im Betrieb durchsetzen
PGA-14	Mobilisierung und Mitgliedergewinnung
PGA-15	Der Betriebsratsfonds

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

WIRTSCHAFT, RECHT, MITBESTIMMUNG

WRM-1	Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
WRM-2	Mitwirkung im Aufsichtsrat
WRM-3	Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung
WRM-4	Bilanzanalyse
WRM-5	Konzerne wirtschaftlich betrachtet
WRM-6	Mitbestimmung im Konzern und auf EU-Ebene
WRM-7	Umstrukturierungen: Ausgliederungen, Fusionen, Outsourcing & Co
WRM-8	Investition und Finanzierung
WRM-10	Kostenrechnung
WRM-11	Risikomanagement und Controlling
WRM-12	Konzernabschluss und IFRS
WRM-13	Psychologie im Aufsichtsrat
WRM-14	Wirtschaftskriminalität

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

OEA-1	Damit wir uns verstehen
OEA-2	Auf den Punkt gebracht
OEA-3	Social-Media und Social-Web

ARBEIT UND UMWELT

AUW-2	Arbeiten und Wirtschaften in der Klimakrise
AUW-3	Hitze und UV-Strahlung am Brennpunkt Arbeitsplatz

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

7 Zum Autor

Werner Anzenberger, Prof. MMag. DDr., Jurist und Historiker, ist Bereichsleiter für Recht, Sozialpolitik und Außenstellen der Arbeiterkammer Steiermark. In seinen Kompetenzbereich fallen auch die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation der ArbeitnehmerInnenbewegung. Zahlreiche geschichts-, rechts- und politikwissenschaftliche Publikationen. Historische Forschungsschwerpunkte: Austrofaschismus, Nationalsozialismus sowie Verfassungs- und Organisationsrecht.

Publikationen zum Thema: Absage an eine Demokratie. Karl Kraus und der Verfassungsbruch 1933/34 (1997); Casa de Austria. Haus Österreich in Literatur und Politik (1999); Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934 (gemeinsam mit Martin F. Polaschek 2004); Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofaschismus (gemeinsam mit Heimo Halbrainer 2014); Die österreichische Diktatur – ein faschistisches Gewaltregime? (HISTORICUM N. F. III; V 2017); 130 Jahre Koloman Wallisch. Ein sozialer Gestalter zwischen Demokratie und Diktaturen (in FS Günther Löschnigg, Arbeiten in Würde 2019); Parteipolitik (in Karl Kraus-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung 2022).

In *Arbeit. Recht. Verfassung. Eine Krise?* (ÖGB-Verlag 2022) bewertet der Autor die grundrechtliche Zulässigkeit der COVID-Maßnahmen und der (rechtsextremen) Proteste dagegen. Nähere Informationen finden sich auf der Homepage www.werneranzenberger.at. Hier ist auch ein umfassender **Fragenkatalog** zur vorliegenden Publikation Politik und Zeitgeschehen 7 „Faschismus“ für Diskussionsvorbereitungen und Arbeitskreise abrufbar.